

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Vertreter der Presse! Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen zu unserer heutigen GR-Sitzung und eröffne diese. Ich darf feststellen, daß die Einberufung ordnungsgemäß erfolgt ist und die Beschlußfähigkeit gegeben erscheint. Als Protokollprüfer sind mir Fr. GR Brigitte Lohnecker und Hr. GR Dr. Tilman Schwager gemeldet. Nehmen die Herrschaften diese Funktion an? Danke sehr. Entschuldigt haben sich Fr. GR Anna Jeloucan, Hr. GR Josef Brandstötter, Hr. GR DI Frank Mundorff, Hr. GR Wilhelm Spöck, Hr. GR Franz Rohrauer und Hr. GR Richard Gollatsch.

Meine Damen und Herren, zu Punkt Nr. 2) "BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN" darf ich mitteilen, daß Hr. GR Klaus Jansky mit Schreiben vom. 19. 4. 1995 folgende Anfrage an mich gerichtet hat:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Aus der Presse mußte ich mit Bedauern erfahren, daß die Fa. Engel beabsichtigt, ihre Betriebsanlage in Steyr-Münichholz abzusiedeln, um in Dietach anzusiedeln. Wie in den Oö. Nachrichten berichtet, wurden von der Fa. Engel Grundverhandlungen mit Ihnen geführt.

Mir ist bekannt, daß vor allem in letzter Zeit mehrfach Firmen, z. B. die Fa. Weinbergmaier, ebenfalls ihre Betriebsstandorte von Steyr in andere Gemeinden verlegt haben. In diesem Zusammenhang ergeben sich für mich daher folgende Fragen:

1. Welche Grundstücke wurden der Fa. Engel konkret in Aussicht gestellt?
2. Wann wurden diese Grundverhandlungen durchgeführt?
3. Warum wurde der Gemeinderat über diese Verhandlungen nicht informiert?
4. Was werden Sie in Zukunft tun, um solchen Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken?

Ich ersuche um geschäftsgemäße Erledigung meiner Anfragen in der nächsten GR-Sitzung."

Hiezu kann ich Ihnen, Hr. Koll. Jansky, folgendes mitteilen:

Betreffend die Grundstücke: Es war das Grundstück in Hinterberg, das der Euro-Leasing gehört und nicht uns, wie fälschlicherweise in der Zeitung berichtet wurde. Dieses Grundstück hat 44.000 m². Die Firma Engel ist an den Tisch gekommen - das geht schon in die zweite Frage hinein - im Jahr 1993 und hat ihr Interesse erklärt, eine Betriebserweiterung durchführen zu wollen, und daß sie ein Grundstück suchen. Ich habe sie auf dieses Grundstück aufmerksam gemacht und ihnen mitgeteilt, daß sie Grundstücks-Verhandlungen mit der Euro-Leasing aufnehmen sollen. Die Fa. Engel hat dies auch getan. Die Euro-Leasing hat bei uns rückgefragt, wie die Position der Stadt ist. Ich habe eine Präferenz für die Stadt in Richtung Fa. Engel bei der Euro-Leasing abgegeben und signalisiert. Die Gespräche sind weiter gegangen. Ich habe mit der Fa. Engel 3 Gespräche über eine mögliche Förderung geführt und hier eine - wie ich meine - großzügige Förderung in Aussicht gestellt. Vorbehaltlich, daß natürlich die Gremien der Stadt dem beitreten; aber es war eben so, daß für mich zu erwarten war, daß dies der Fall sein würde.

Nach dem 3. Verhandlungsgespräch, das ich mit Geschäftsführern der Fa. Engel und der Tochter der Fam. Schwarz dort geführt habe, haben sie erklärt, daß sie den internen Diskussionsprozeß und Meinungsfindungsprozeß noch fortsetzen möchten, haben sich aber nicht mehr gemeldet. Sie haben

sich aber in einem Schreiben an den damaligen Hrn. Wirtschafts-Landesrat Dr. Leitl aus OÖ höflich verabschiedet. Dr. Leitl hat mit mir Kontakt aufgenommen. Er hat sich auch interessiert und bemüht gezeigt, Engel zu halten - was ja auch in unserem Interesse der Fall war. Ich habe Dr. Leitl mein Förderungsangebot an Engel mitgeteilt. Er hat mir gesagt, "mehr können Sie eigentlich wirklich nicht mehr tun". Ursprünglich hat also Engel erkennen lassen, daß als Alternative ihr Betriebsareal in St. Valentin für sie auch von Interesse wäre. Das haben sie zu einem Preis von damals 50 S in der Hand gehabt - wie ich weiß, weil ich beteiligt war an dieser Betriebsansiedlung.

Mir ist nicht bekannt geworden, daß auch Verhandlungen mit einem privaten Grundstückseigentümer in Dietach stattgefunden haben. Ich habe das auch erst vor einigen Wochen - zunächst gerüchteweise - gehört. Es ist eben so, daß der Grundstücks-Preis bei der Euro-Leasing etwa 720 S war; das war der Preis, um den auch wir das Grundstück für die Geschützte Werkstätte gekauft haben. Wahrscheinlich war der Grünlandpreis für das Feld unterhalb des Heuberges in der Gegend von 10 % davon - das ist meine Einschätzung. Allerdings - das muß auch dazu bemerkt werden - handelt es sich bei diesem Grundstück rechts unterhalb des Heuberges um ein "Feld". Natürlich wird es dort massiver Bemühungen bedürfen, um diese Qualität zu erreichen. Wie das ist mit Industriewidmung, wie das ist mit der Energieversorgung und der ganzen Infrastruktur, die natürl. bei unserem Grundstück in Steyr vorhanden ist, ist eine andere Frage. Es ist auch so, daß es die Fa. Engel offenbar nicht so eilig hatte.

Trotzdem ist es eine bedauerliche Entwicklung - das stelle ich fest und gehe völlig mit Ihnen konform, Hr. Koll. Jansky. Warum solche Gespräche nicht im GR mitgeteilt wurden, darf ich Ihnen sagen. Sämtliche Firmen und Unternehmungen, die beim Bgm. oder beim Amt anfragen wegen einer Betriebsansiedlung, verlangen natürlich vertrauliche Behandlung, weil hier viele Dinge im Fluß sind. Daher kann man so etwas nicht mitteilen!

Zur Frage, was man tun kann oder was ich tue, um solchen Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken, kann ich nur sagen: Man muß verhandeln mit den Leuten, die ein Interesse haben; weiters muß man schauen, daß Förderungsmöglichkeiten aufrecht sind - wie es ja in unserem Fall oft genug unter Beweis gestellt wurde; natürl. müssen wir auch in der Lage sein, geeignete Grundstücke bereitzustellen. Mit diesen Fragen werden wir uns auch in der Zukunft beschäftigen müssen. Es ist übrigens so, daß sich - noch während Engel in der Bedenkzeit war - die Fa. Rukapol bei mir gemeldet und ihr Interesse erklärt hat, sich in Steyr anzusiedeln. Ich habe den Herrschaften von der Fa. Rukapol erklärt, daß dieses Grundstück noch nicht verkauft ist, daß wir jedoch eine Präferenz für Engel erkennen ließen und dies auch der Euro-Leasing mitgeteilt haben, und daß hier allfällige Gespräche mit der Euro-Leasing im Hinblick auf den Ankauf dieses Grundstückes zweckmäßig erscheinen.

Rukapol hat Verhandlungen mit der Euro-Leasing aufgenommen. Die Euro-Leasing hat mitgeteilt, daß sich Engel auch von ihnen zurückgezogen hat, und Rukapol hat das Grundstück gegen Ende des vergangenen Jahres erworben; und zwar das gesamte Grundstück! Ich gehe davon aus bzw. meine Informationen sind die - von der Inhaberin her -, daß auch dort noch nicht im Innenverhältnis Timing und Größenordnung von Investitionen endgültig ausdiskutiert sind. Es ist vereinbart, daß die Herrschaften dann an unseren Tisch kommen. Ich gehe davon aus, daß ein Unternehmen kaum ein Grundstück in dieser Größenordnung und Preislage kauft, wenn nicht ernsthafte Interessen, dort damit auch etwas zu tun und diesen Kaufschilling zu amortisieren, vorhanden sind.

Damit habe ich aus bestem Wissen und Gewissen einmal die Anfragen beantwortet. Wenn Sie eine Zusatzfrage haben - bitte sehr.

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Ja, ich hätte eine Zusatzfrage! Hr. Bürgermeister, was verstehen Sie unter einer großzügigen Förderung - wie Sie anfangs gesagt haben?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine großzügige Förderung ist eine solche, die geeignet erscheint, daß sich ein Unternehmen bei uns ansiedelt, und die aber

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Haben sie aber nicht!

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist eine "Frotzerei" und keine Antwort! "Frotzeln" sollte man nicht, wirklich nicht, dazu ist die Sache zu ernst!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich will niemanden "frotzeln", aber ich habe auch nicht die Absicht, hier die Zahlen zu nennen! Ich lasse mich nämlich nicht präjudizieren für zukünftige Förderungs-Verhandlungen! Ich kann Ihnen das einmal ins Ohr flüstern, Hr. Koll. Jansky, wenn Sie es vertraulich behandeln, aber wir hätten das ohnehin im GR beschließen müssen. Aber jetzt zu sagen, die Stadt fördert mit Schilling X und zu warten, daß der nächste kommt und ein bißchen mehr verlangt, das halte ich wirklich für keine kluge und sinnvolle Vorgangsweise. Alle, die in der Wirtschaft tätig sind, werden mir zumindest insgeheim zustimmen. Ich bin überzeugt davon, Koll. Holub, daß Du mir auch nicht sagen würdest, welchen Schilling und Groschen Du angeboten hast. Das ist wirklich nicht zweckmäßig! Man muß nämlich von Fall zu Fall verhandeln; es ist ein sehr großer Unterschied, um welches Unternehmen es sich handelt, wieviele Arbeitsplätze es sind, welche Branche es ist, wie die Zukunftsaussichten zu bewerten sind. Alle diese Dinge spielen eine Rolle, und man kann nicht nur sagen, mit Schilling X fördert die Stadt Steyr beispielsweise diesen Arbeitsplatz. Die heute stattfindende Großveranstaltung in Lenzing zeigt ja, daß auf diesem Gebiet ein "Poker" in Gang ist, den wir uns nicht wünschen brauchen. Wir sollten hier vernünftig und seriös über diese Dinge diskutieren - darum würde ich auch sehr bitten!

Zu Punkt Nr. 3) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS" darf ich Ihnen berichten, daß ein sehr erfreulicher Beschluß erreicht werden konnte in der kürzlich stattgefundenen Sitzung des FHS-Trägervereines OÖ: Es wurde nämlich eine eindeutige Haltung eingenommen bzw. der Beschluß gefaßt, in Steyr einen FHS-Studiengang "Produktions- und Managementtechnik" noch heuer im Herbst zu errichten. Jedenfalls ist dieser Antrag - mit diesem Beschluß und auch mit der zugehörigen Finanzvereinbarung - vom Land OÖ an den FHS-Rat gegangen; vorbehaltlich, was die Finanzierung anbelangt, des Landtags-Beschlusses, der - glaube ich - nächste Woche schon herbeigeführt werden soll. Aber die Zusage des Landes-Finanzreferenten, LH-Stv. Dr. Leitl, liegt vor. Die Finanzierung und die Kosten sind erheblich; es ist so, daß das Land OÖ für diese ersten fünf Jahre - um fünf Jahre

geht es zunächst - rund 30 Millionen für Betrieb und Ausstattung beitragen wird. Wir haben einen Grundsatzbeschuß gefaßt, daß wir rd. 40 Millionen Schilling für die Errichtung des Gebäudes und für den lfd. Betrieb beitragen werden. Vom Bund kommt ein Zuschuß pro Student und Jahr in Höhe von 95.000 S - gemäß diesem FHS-Gesetz -, sodaß also hier insgesamt in fünf Jahren eine Investition für Errichtung, Ausstattung und Betrieb von rd. 115 Mill. S präliminiert ist.

Wir wissen, daß am 2. Juni die entscheidende Sitzung des FHS-Rates sein wird. Die Vorbeurteilung war sehr positiv. Aufgrund der jetzt - meiner Meinung nach - fixierten und soliden Finanzierungsbasis dürfte dieser Anerkennung eigentlich nichts mehr im Wege stehen.

Gleichzeitig - und in der Komplexität etwas verwirrend - ist aber auch unter größtem Zeitdruck für das Projekt VPTÖ (Vereinigung zur Modernisierung der Produktionstechnologien in Österreich) am selben Standort zu verhandeln gewesen - und zwar mit dem Land und dem Bund ist das Projekt VPTÖ zu verhandeln gewesen, weil Brüssel aufgrund von Cofinanzierungs-Überlegungen auch noch aus österr. Sicht für Investitionen, die im vergangenen Jahr stattgefunden haben, höchste Eile signalisiert hat. Dieses Projekt war vom Gebäude her zu errichten, die Ausstattung, aber auch der Betrieb werden zu finanzieren sein; und dieser Gebäudeteil wird etwa das ursprüngliche FAZAT III umfassen - FAZAT IV soll einmal die FHS beherbergen.

Wir haben hier sehr hektische Verhandlungen mit dem Land und dem Bund geführt. Es konnte erreicht werden - was besonders erfreulich ist -, daß ein Präliminare von 173 Mill. S in fünf Jahren für Errichtung und Betrieb des VPTÖ vom Verkehrs- und Wirtschaftsministerium mit 50,66 Mill. S gefördert werden soll, vom Land OÖ mit 36 Millionen, und von der Stadt würde nach diesem Finanzierungskonzept ein Anteil von 28,66 Mill. S getragen werden müssen. Dieser Betrag ist hier um 6,6 Mill. S höher als die ursprüngl. angenommenen 22 Millionen; allerdings waren in diesen 22 Millionen die Errichtungskosten des Gebäudes nicht enthalten, in welches das VPTÖ dann hineingesiedelt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist also so, daß FHS und VPTÖ eine Förderung von Land, Bund und Brüssel sozusagen "auslösen" und daß die Gesamtsumme eine enorme Höhe von 288 Mill. S erreichen wird - daß bereits 62 Mill. für FAZAT I und II investiert wurden, ist ja auch kein Geheimnis! Es sind gewaltige Investitionen, und wir glauben, daß damit auch Wirtschaftsbelebung für die Region zu erwarten sein wird und daß es aufgrund dieser "Investitionen in die Zukunft" und diesem histor. Platz auch zu einer pos. Wende für die ganze Region kommen kann und kommen sollte.

Positiv ist auch noch zu vermerken, daß sich der Trend, in Steyr Betriebe anzusiedeln bzw. Gewerbebetriebe oder Gewerbeberechtigungen zu erwerben, der sich im vergangenen Jahr abgezeichnet hat, auch 1995 fortsetzt. Das geht noch ein bißchen in die Fragestellung des Koll. Jansky hinein.

Immerhin haben wir im Vorjahr ein Plus von 100 neuen Gewerbebetrieben und Gewerbeberechtigungen gehabt. Im heurigen Jahr sind es schon 60 Gewerbenueuanmeldungen, dazu kommen 15 Standortverlegungen nach Steyr sowie Erweiterungen von Betriebsstätten. Den in Summe 80 neuen Gewerbeberechtigungen und -erweiterungen sind 10 Entzüge der Gewerbeberechtigung sowie 3 Standortverlegungen und 39 Gewerbeabmeldungen gegenüber zu stellen. Das ist immerhin ein beachtliches Plus von 31 neuen Gewerbeberechtigungen in der Stadt, welches auf eine doch optimistische Grundhaltung hinweist. Interessant ist, daß immer mehr Menschen den "Sprung" in die Selbständigkeit wagen.

Abschließend möchte ich noch berichten über ein - meiner Meinung nach - auch sehr wichtiges und pos. Gespräch, das gestern geführt wurde; und zwar von meiner Person, dem Hrn. StR Schloßgangl, dem Hrn. Magistratsdirektor und dem Hrn. Baudirektor bei Hrn. LH Dr. Pühringer, Hrn. Baulandesrat Hiesl und Hrn. Landesbaudirektor Hofrat Schacherl. Es war dies eine Vorsprache im

Hinblick auf die Fragen Nordspange, Bahnhofs-Überbauung, Hallenbad und auch noch im Hinblick auf eine strittige Frage, betreffend einen Finanztransfer für die Hausleitenstraße. Wir haben absolute Übereinstimmung erzielt, daß der Baubeginn der Nordspange spätestens Mitte nächsten Jahres sein wird. Wir haben die Akzeptanz - nicht nur des Bundes, sondern auch des Landes -, daß die Nordspange vorfinanziert werden darf. Das ist nicht reine Freude alleine, aber mit dieser Vorfinanzierung ist ja auch einerseits die Garantie verbunden, daß die Bundesmittel 1998 fließen müssen. Andererseits können wir dieses wichtige Bauvorhaben zwei Jahre früher beginnen.

Im Hinblick auf die Bahnhofsüberbauung haben wir gestern vereinbart, daß sich das Land mit einem Kostenbeitrag von 25 Mill. S beteiligen wird. Das ist eine Erhöhung um 5 Mill. S gegenüber schon früher erzielten Verhandlungsergebnissen.

Gestern wurde auch vom Hrn. Landeshauptmann neuerlich bestätigt, daß auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bäderbeirates der Oö. Landesregierung unser Hallenbad steht. Wir haben auf die Umstände hingewiesen, auf die desolante Situation und auf die Dringlichkeit, hier eine Sanierung vorzunehmen.

Weiters wurde dann noch die strittige Frage mit diesem Transfer behandelt. Hier ist es um 700.000 S eines Zuschusses des Landes gegangen für die Errichtung der Hausleitenstraße. Auch hier hat uns der Hr. Landeshauptmann zugesagt, daß uns dieser Betrag "zugeschossen" wird, sodaß also insgesamt doch 11,7 oder noch mehr Millionen Schilling zusätzliche Mittel in die Stadt fließen aufgrund dieses Gespräches.

Zur Arbeitsmarktlage kann ich berichten, daß - soweit es nicht ohnehin bekannt ist - sich die vorgemerkten Personen im März 1995 zum Glück um 11,1 % deutlich verringert haben und der Gesamtbestand der Arbeitslosen - noch immer viel zu viele - 3.283 Personen beträgt; allerdings gegenüber 3.694 im Jahr vorher. Bemerkenswert und positiv ist, daß sich der Vorgemerktenstand der über 50jährigen um 22,8 % verringert hat.

Nun möchte ich noch auf die Einladung hinweisen, die hoffentlich überall vorgelegt wurde, zu unserer Festsitzung anlässlich "50 Jahre Zweite Republik".

Einladen möchte ich noch zu einer Kranzniederlegung bzw. zu einem Empfang, der anlässlich des Besuches einer US-Delegation stattfindet. Es handelt sich hier um die Teilnehmer des 2. Weltkrieges - amerikan. Soldaten der 71. US-Infanteriedivision, die an diesem Tag vor 50 Jahren die Stadt Steyr befreit haben. Es soll eine Kranzniederlegung stattfinden. Ich darf Sie also für den 4. Mai um 16 Uhr recht herzlich einladen, im Anschluß daran findet ein Empfang im Festsaal statt. Wir konnten noch keine schriftlichen Einladungen versenden, weil sich die Termine ständig verändert haben und nach wie vor ein Informations-Austausch zw. Amerika, Washington und unserer Stadt stattfindet. Wir haben noch immer nicht die letzten Informationen. Ich nehme jedoch diese Gelegenheit wahr, um auf diese Veranstaltung, die immerhin nicht alltäglich ist, hinzuweisen und Sie dazu einzuladen.

Damit hätte ich die Mitteilungen abgeschlossen. Ich darf Sie bitten, die Beschlüsse des StS, die mit den GR-Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Zu Punkt Nr. 5) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE" möchte ich den Vorsitz an Fr. Vbgm. Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bgm. um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BGM. HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Die Freiheitliche GR-Fraktion hat Änderungen in den gemeinderätl. Ausschüssen gewünscht.

Der Amtsbericht lautet wie folgt:

1) Präs-1166/91Freiheitl. GR-Fraktion; Bekanntgabe von Änderungen in den gemeinderätl. Ausschüssen.

Der GR möge beschließen:

In der konstituierenden Sitzung des GR der Stadt Steyr vom 7. Nov. 1991 wurden die gemeinderätl. Ausschüsse gemäß § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt.

Nunmehr gibt die GR-Fraktion der FPÖ im GR der Stadt Steyr mit Schriftsatz vom 30. März 1995 folgende Änderungen bzw. Neubesetzungen (*welche fett/ kursiv gekennzeichnet sind*) in der personellen Zusammensetzung der gemeinderätl. Ausschüsse wie folgt bekannt:

1. FINANZ- UND RECHTSAUSSCHUSS:

FPÖ:

Roman Eichhübl, Dr. Leopold Pfeil, Dr. Tilman Schwager

Ersatz:

Dipl.-Ing. Frank Mundorff, Hans Dieter Götz, Ulrike Fuchs

2. KULTURAUSSCHUSS:

FPÖ:

Felicitas Bauer, Dr. Leopold Pfeil (Stv.), Dr. Tilman Schwager

Ersatz:

Hans Dieter Götz, Ulrike Fuchs, Dipl.-Ing. Frank Mundorff

3. BAUAUSSCHUSS:

FPÖ:

Dr. Leopold Pfeil, Dipl.-Ing. Frank Mundorff, *Hans Payrleithner*

Ersatz:

Roman Eichhübl, Dr. Tilman Schwager, *Felicitas Bauer*

4. WOHNUNGSAUSSCHUSS:

FPÖ:

Hans Dieter Götz (Stv.), Felicitas Bauer, Ulrike Fuchs

Ersatz:

Roman Eichhübl, Dr. Leopold Pfeil, Hans Payrleithner

5. PRÜFUNGS AUSSCHUSS:

FPÖ:

Ulrike Fuchs, Dipl.-Ing. Frank Mundorff, Dr. Tilman Schwager (Vors.)

Ersatz:

Roman Eichhübl, Dr. Leopold Pfeil, Hans Payrleithner

6. AUSSCHUSS FÜR SOZIALE ANGELEGENHEITEN:

FPÖ:

Hans Payrleithner, Hans Dieter Götz, Günter Fürweger

Ersatz:

Felicitas Bauer, Ulrike Fuchs, *Dr. Leopold Pfeil*

7. AUSSCHUSS FÜR SCHUL- UND SPORTANGELEGENHEITEN:

FPÖ:

Ulrike Fuchs, Hans Dieter Götz, Hans Payrleithner

Ersatz:

Roman Eichhübl, *Dr. Leopold Pfeil*, Günter Fürweger

8. VERKEHRSAUSSCHUSS:

FPÖ:

Dr. Leopold Pfeil (Vors.), Dr. Tilman Schwager, Dipl.-Ing. Frank Mundorff

Ersatz:

Roman Eichhübl, Hans Dieter Götz, *Günter Fürweger*

9. UMWELTAUSSCHUSS:

FPÖ:

Günter Fürweger, Ulrike Fuchs, Dr. Tilman Schwager

Ersatz:

Dr. Leopold Pfeil, Felicitas Bauer, Hans Payrleithner

10. AUSSCHUSS FÜR KOMMUNALE BETRIEBE UND FREIZEITEINRICHTUNGEN:

FPÖ:

Roman Eichhübl (Vors.), Dipl.-Ing. Frank Mundorff, Felicitas Bauer

Ersatz:

Dr. Leopold Pfeil, Dr. Tilman Schwager, Ulrike Fuchs

11. AUSSCHUSS FÜR ANGELEGENHEITEN DES ALTEN- UND PFLEGEHEIMES TABOR:

FPÖ:

Hans Dieter Götz, Günter Fürweger, Hans Payrleithner

Ersatz:

Dr. Tilman Schwager, Dr. Leopold Pfeil, Felicitas Bauer

Da die Ausschuß-Mitglieder und auch allfällige Ersatz-Mitglieder grundsätzlich jeweils von der sie nominierenden Fraktion zu wählen sind, darf vorgeschlagen werden, in der nächsten Sitzung des GR der Stadt Steyr eine entsprechende Wahl durchzuführen, wobei im gegenständlichen Fall lediglich die Mitglieder der FPÖ-GR-Fraktion wahlberechtigt sind.

Ich bitte nunmehr, über diese Vorschläge abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort hat sich Hr. Vbgm. Dr. Pfeil gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Es mag vielleicht etwas unüblich sein, daß man sich hier zu Wort meldet, aber dem aufmerksamen Leser wird es nicht entgangen sein, was hinter dieser Umbesetzung in den Ausschüssen steckt. Anlaß dazu war ein Sozialausschuß, wo der Fraktions-Obmann der zweitstärksten GR-Fraktion - nachdem er durch Fragen unangenehm geworden ist - von einem Beamten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er hier nur geduldet sei. So kann man nicht miteinander umgehen.

Der Sinn des ganzen ist es, daß der Fraktions-Obmann zumind. Ersatz in jedem Ausschuß ist, und daß er bei wichtigen Ausschüssen selbstverständlich teilnehmen kann. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir haben das wahrscheinlich alle herausgelesen! Wird ein Schlußwort gewünscht? Bitte sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben natürlich gesehen, daß dies ein Hintergrund sein könnte für dieses Revirement. Es steht Ihnen natürl. zu, aber eines muß noch gesagt werden: Vorher hat der Beamte recht gehabt! Man kann einfach

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann muß er es gleich sagen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn ein Statut vorhanden ist bzw. wenn Regeln vorhanden sind, muß man sich - das gehört auch zu den demokratischen Gepflogenheiten - an diese Regeln halten. Es kann auch nicht jeder andere Fraktions-Vorsitzende - einer anderen Fraktion - in jeden Ausschuß gehen. Es sei denn,

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber der Hr. Vbgm. ist schon anders zu gewichten!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es sei denn,

VERSCHIEDENE, LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Warum könnt Ihr überhaupt nicht zuhören? Das ist ja fürchterlich! Man hört zu, wenn Ihr sprecht; wenn aber ein anderer redet, habt Ihr plötzlich den Drang, ihn zu konterkarieren! Ich halte das nicht für "große Kultur"!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das war ein Zwischenruf!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist darum gegangen, daß Regeln vorhanden waren und daß diese Regeln eingehalten werden müssen. Jetzt ist Hr. Dr. Pfeil in jedem Ausschuß, daher kann er auch in jeden Ausschuß gehen! Alles ist in Ordnung. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung über den Wahlvorschlag innerhalb der F-Fraktion. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den ersuche ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Einstimmig angenommen.

Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Vergabe des Auftrages für den Druck des Amtsblattes. Der Antrag des StS lautet:

2) Präs-1/95 Vergabe des Auftrages für den Druck des Amtsblattes.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stabsstelle für Presse und Information vom 23. März 1995 wird dem Abschluß eines Übereinkommens zwischen der Stadt Steyr einerseits und der Druckerei Prielzel, Pachergasse 3, Steyr, andererseits, betreffend die Drucklegung des Amtsblattes der Stadt Steyr zugestimmt.

Aufgrund der Dringlichkeit wird um die Herbeiführung eines Beschlusses gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr ersucht.

Ich bitte, hierüber die Debatte abzuführen bzw. die Abstimmung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. Vbgm. Dr. Pfeil hat sich zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einsparung bezüglich des Amtsblattes der Stadt Steyr war ganz bes. ein Wunsch der Freiheitlichen seit Jahren. Deshalb stimmen wir auch diesem Antrag zu. Anmerken möchte ich, daß es nur ein erster Schritt sein kann zu einer Verbesserung, zu einer Neugestaltung des Amtsblattes - auch inhaltlich! Nicht nur billiger soll es werden, sondern auch inhaltlich soll es besser werden.

Es kann und darf nicht weiter eine Bürgermeister-Hofberichterstattung sein. Ein Blatt, wo - alleine nur im letzten Blatt, ich habe das heute mittag gezählt - sechsmal der Bgm. abgebildet worden ist und fünfmal die Frau Vbgm.! Einmal ist nach einem Jahr - nach einem Jahr! - auch der Vizebürgermeister ganz klein hinten drauf!

Es gab bisher auch die Regel, daß in diesem Amtsblatt alle geschäftsführenden Stadträte routinemäßig ihre Meinung zu Sachthemen äußern können und sollen. Früher, in den ersten zwei Jahren war es so, daß man verständigt wurde (6 Wochen vorher), daß man wieder an der Reihe ist. Seit einem Jahr ist Pause! Nach meinem Anruf heut

kam die überraschende Auskunft, daß zwischen Oktober und März gar nichts war - vorher waren Ferien, dann kamen 2 - 3 Meldungen, dann war von Oktober bis März gar nichts, das Budget war dazwischen; und dann haben sich einige Mandatäre bzw. Stadträte nicht an die Termine gehalten. Da haben sie einfach ihre "G'schichtln" nicht abgeliefert! Da hat man eben gewartet und die anderen auch warten lassen. So kann es ja wirklich nicht gehen. Wenn einer zum Termin nicht liefert, dann hat er Pech gehabt! Ich fordere und wünsche wirklich, daß wir uns endlich einmal zusammensitzen in einer Redaktionssitzung, daß wir gemeinsam entscheiden, was im Amtsblatt der Stadt Steyr drinnen stehen kann und soll. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Ich glaube, daß dieser Antrag doch Anlaß sein sollte - für mich zumindest -, das, was Dr. Pfeil gesagt hat, zu unterstreichen. Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil ich am Vorsitzenden-Tisch einige lächelnde Bemerkungen gehört habe.

Für mich ist das ganze ein ernstes Thema, meine Damen und Herren des GR! Es geht sicherlich uns von der Freiheitl. GR-Fraktion, auch im bes. Hrn. Dr. Pfeil, nicht darum, im Amtsblatt eine Selbstdarstellung zu betreiben, sondern ich darf Sie daran erinnern, daß ich auch in früheren Jahren - in meiner Tätigkeit als GR - sehr oft darauf hingewiesen habe, daß sich das Amtsblatt eigentl. zu einer Bgm.-Postille entwickelt hat. Jetzt scheint es, daß man einen Schritt weiter gegangen ist. Jetzt entwickelt sich das Amtsblatt offensichtlich zu einer Partei-Postille. Das, meine Damen und Herren, möchten wir in Zukunft nicht mehr so haben; sondern wir wollen, daß man die Bevölkerung von allen Seiten her informiert. Das soll sicherlich nicht in parteipol. Hinsicht geschehen, sondern es soll - wie in der Vergangenheit, einige Jahre hat es ja funktioniert - die Möglichkeit bieten, daß StS-Mitglieder, die für versch. Bereiche verantwortlich sind, auch der Bevölkerung über dieses Amtsblatt eine Mitteilung zukommen lassen können.

Das war der Grund, meine Damen und Herren, warum ich auch immer wieder im Zusammenhang dieser Veränderung beim Amtsblatt darauf hingewiesen habe. Offensichtlich ist man jedoch nicht bereit, hier wieder Veränderungen herbeizuführen, die es eben ermöglichen, auch andere zu Wort kommen zu lassen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu noch jemand das Wort? Hr. StR Ing. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine Damen und Herren des GR! Wir haben in der Budgetklausur sehr vehement befürwortet, daß hier Einsparungen getroffen werden. Ich gebe aber unumwunden zu, daß die Forderung grundsätzlich von Dr. Pfeil gekommen ist. Wir haben es unterstützt, weil wir glauben, daß hier wesentl. Einsparungen getroffen werden könnten und konnten. Die Erstausschreibung war leider nicht so gut vorbereitet - man hat versch. Papiersorten ausgewählt, 70 g, 80 g, wobei der Druck durchschien. Es war vor allem auch die Frage eines Farbbildes auf der Titelseite. Wir waren der Meinung, es soll eine gew. Qualität darstellen, weil es letztendlich ein Aushängeschild der Stadt ist, weil manche diese aktuellen Daten, die drinnen sind, sammeln und aufheben. Daher wurde dann in einer zweiten, überarbeiteten Ausschreibung eine Einsparung erzielt mit immerhin 458.000 S, die sie auch dafür steht.

Zum Inhalt selbst: Man sollte wirklich jede Fraktion zu Wort kommen lassen. Entweder wir gehen von einer pol. Information vollkommen ab und es ist nur ein neutrales Amtsblatt über Sachberichte oder jede Fraktion bekommt die Möglichkeit, dort Stellung zu nehmen. Ich möchte aber nicht, daß es parteipolitisch zu einem "Hick-Hack" wird und daß dort die Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, sondern daß wirklich sachliche, wenn auch politische, Diskussionsbeiträge geliefert werden.

Wir werden auf jeden Fall dieser Änderung und der Vergabe des Druckauftrages unsere Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. GR Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Auch wir werden diesem Antrag zustimmen, denn es ist gut, wenn man in dieser Zeit auch im Öffentlichkeitsbereich nicht unbedingt das Geld beim Fenster hinauswirft. Es ist, glaube ich, verkraftbar für die Stadt Steyr, wenn das Titelbild in schwarz/ weiß anstatt in Farbe gehalten wird.

Ich möchte jetzt noch auf etwas aufmerksam machen: In Linz besteht schon seit längerem die Möglichkeit, daß es alle paar Monate Fraktionsseiten gibt. Hier wird eine Frage gestellt, auf die alle Fraktionen antworten. Das ist an und für sich eine gute Idee, die man auch in Steyr verwirklichen könnte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Mit dem zu fassenden Beschluß kommen wir ja wirklich einer Forderung näher, die wir schon sehr lange erhoben haben. Unsere Kritik hat sich nicht gegen die schönen Farbbilder gerichtet, die wir auf der ersten Seite immer wieder bewundern können, sondern - wie jetzt auch schon vorgetragen wurde - am Inhalt und am Preis.

An eines werde ich mich nicht gewöhnen: nämlich an dieses unmögliche Logo, und daß das Stadtwappen einer Reklame der "**Ybbstaler Obstverwertung**" weichen mußte!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Hr. StR Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, es ist also sicherlich nicht - wie Hr. Dr. Schwager gesagt hat - als ein Logo der "Ybbstaler Obstverwertung" verwendet worden; aber an sich ist bedauerlich, wenn ein offizielles Amts- und Mitteilungsblatt der Stadt Steyr ein Logo verwendet, das nicht das Stadtwappen ist, weil damit ja doch irgendwo eine Kindesweglegung oder eine Vaterschaftsweglegung eigentl. im wahrsten Sinn des Wortes geschieht. Ich will nicht sagen, daß sich eine Stadt damit aufgibt; aber ein Teil der Identität von uns allen ist der Steyrer Panther. Bis jetzt war es ein Zeichen einer stolzen Bürgerschaft, einer starken Wirtschaftsmacht, einer geschlossenen Gemeinschaft, ja sogar eines Herzogtums - das war der Steyrer Panther. Ich glaube, daß es wirklich ganz, ganz schlecht ist, wenn man auf allen Ebenen von seiner eigenen Identität Abstand nimmt, um jeden Preis Neues schafft, wo das Alte doch gut war.

Ich halte es für sinnlos - das "Y" auf unserem Amtsblatt! Aber ich habe seit 22 Jahren schon gesagt in diesem Raum, daß ich eine grundsätzliche Auseinandersetzung ganz gerne hätte - so wie es auch Hr. Dr. Pfeil anzieht -, ob der Anspruch eines Amtsblattes nicht auch beim Verordnungs- und Mitteilungsblatt enden sollte. Diese Diskussion findet nicht statt, daher dann auch das Farbbild auf dem Umschlag - mit oder ohne "Y" ist egal!

Ein wenig Kosten gespart hat man, das ist zufriedenstellend, aber nicht ganz befriedigend. Denn wenn man wirklich sparen hätte wollen, so hätte man schon wissen können, daß man eine sehr funktionierende Presseabteilung im Rathaus hat; so hätte man schon wissen können, daß man sehr gut verbreitete Medien in unserer Region sehr gut konsumieren kann (der Bürger und die Bürgerin) und daß man an sich die Informationswege über die Medien in irgendeiner Form konterkariert mit einem illustrierten und kommentierten Amtsblatt. Im Inhalt selbst liegt an sich in vielem in unserer Gemeinde das Problem - nicht in der Ausformung. Wir werden vielfach so oberflächlich - vielleicht sehen wir heute noch ganz kleine Seitenblicke auf das eine oder andere, das sich in dieser Oberflächlichkeit dann letztendlich äußert oder in dem sich diese Oberflächlichkeit dann letztendlich

äußert. Es genügt nicht, auf den Lippen das Wort "Reform" zu haben, sich ein anderes Abzeichen zu geben und zu glauben, daß Steyr dann anders geworden ist und daß sich die Bürgerinnen und Bürger das in dieser Stadt erwartet haben.

Man ist in Steyr mit dem netten Amtsblatt nicht unzufrieden. Eine Umfrage ergibt das ganz mühelos. Die Frage ist, ob man wirklich Selbstdisziplin genug hat, zu sagen, das war der erste Schritt, wir reduzieren es aber wahrscheinlich weiter. Das wäre eine Frage, wo man in Zukunft ein wenig Dimension gewinnen könnte, daß man nicht nur Tarife erhöht, nicht nur den Leuten das Geld aus der Tasche nimmt, sondern daß man selbst auch in der Ökonomie versucht, den Weg zu finden.

Was ich wirklich sehr beklage, das ist das Stadtwappen als Teil der Identität unserer Region, unserer Stadt, unserer Bürgerinnen und Bürger - dieses so einfach verloren gehen zu lassen, das nenne ich ein kleines Trauerspiel!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. GR Payrleithner ist der nächste.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Willkommen im Club - Koll. StR Holub! Ich kann mich erinnern, es ist noch nicht so lange her, als wir hier über die Einführung dieses "Y" debattierten, haben wir bereits darauf hingewiesen bzw. hat unsere Fraktion darauf hingewiesen, daß man über ein "Hintertürl" das Wappen, mit dem uns auch die ganze Welt identifiziert, abschaffen will. Vielleicht sollten wir die Gelegenheit jetzt - mit einer Neuvergabe des Druckes - nützen. Wir könnten das eigentl. damit verbinden, daß wir das Wappen, für das uns alle in der Welt kennen, wieder auf das Amtsblatt, auf die erste Seite geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun ist Hr. GR Apfelthaler am Wort.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren im GR! Lassen Sie mich jetzt nicht weitschweifig über die Struktur des Amtsblattes erzählen. An und für sich sind schon gute Vorsätze vorhanden. Ich denke mir, wenn man das jetzt auf eine breite Ebene stellt und Einsparungen macht, werden wir sehen, wie es sich entwickelt. Wir werden diese Entwicklung sicherlich beobachten.

Lassen Sie mich aber noch eine Frage stellen, was den Betrieb anbelangt. Beim letzten Ausschuß f. Integrationsfragen - Fr. Vbgm. Mach war Zeugin - ist eine Frage aufgetaucht: Warum wird das Amtsblatt nicht an ausländische Haushalte verschickt? Es hat seitens der Post geheißen, daß es vom Magistrat aus Einsparungsgründen abgelehnt wurde. Wenn Sie, meine Damen und Herren, irgendwo im Resthof oben wohnen oder sonstwo in Steyr, dann werden Sie sicher auch festgestellt haben, daß die Amtsblätter dort haufenweise irgendwo in einem Eck liegen - von wegen Einsparung!

Falls das wirklich stimmen sollte, daß an Haushalte von ausländischen MitbürgerInnen, die auch Mitbürger unserer Stadt sind, unser Amtsblatt nicht verteilt wird, dann möchte ich auf jeden Fall aufs schärfste dagegen protestieren! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren! Das ist jetzt nicht als Pflichtwortmeldung gedacht, aber ich glaube, man sollte trotzdem wieder auf das Wesentliche dieses Antrages zurückkommen; daß nämlich eine Einsparung tatsächlich beabsichtigt ist und auch erzielt wird. Man sollte vielleicht doch mit gew. Genugtuung bemerken, daß die Beiträge im Amtsblatt durchaus Niveau haben, das auch einer Diskussion im GR entspricht, wenn sie nicht dieses Niveau sogar beachtlich überschreiten.

Wir sollten uns in diesem Zusammenhang nämlich freuen, daß die Pressestelle in unserem Haus nicht nur personell aufgestockt wurde, sondern auch qualitativ besonders aufgestockt wurde. Was nicht nur eine erfreuliche Verbesserung der Inhalte im Amtsblatt mit sich bringt, sondern auch die Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den anderen Steyrer Medien (gegenüber der Steyrer Rundschau, gegenüber den Tageszeitungen, die in OÖ und in Steyr erscheinen) breiten Raum eingeht. Ob das Wort "Steyr" mit dem neuen Magistratslogo, dem "Y", auf diesem Blatt oben ist oder ob der Steyrer Panther von dieser Zeitung herunterlacht, glaube ich, sollte nicht das Wesentliche sein und nicht die Kritik in den Vordergrund stellen, sondern wirklich auch das unterstützen, daß Niveau und Inhalt des Steyrer Amtsblattes so sind, wie es sein soll, nämlich Information für unsere Bürger. Die Bürger bekommen diese Information gratis in ihre Haushalte geliefert. Das soll auch als willkommene Ergänzung zu den Berichten und Berichterstattungen der zu bezahlenden Medien dargestellt werden.

Ich glaube, man sollte sich freuen über Qualität, und die Einsparungen, die hier gemacht werden, sollen nicht in eine schlechtere Qualität münden.

Inhaltlich, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Für die SPÖ gratis!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu noch jemand das Wort? Wenn dies nicht der Fall ist, bitte ich um das Schlußwort des Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Wir haben einvernehmlich bei den Budget-Gesprächen im StS gesagt, wir werden dort ebenfalls eine Sparmaßnahme setzen, die zugegebenermaßen von versch. Fraktionen schon auch in der Vergangenheit immer wieder einmal verlangt wurde. Wir haben diesbezüglich eine Ausschreibung gemacht, und wir haben mehrere Varianten eingeholt. Ich glaube, daß dies nichts Schlechtes ist, sondern es hat sich ja gezeigt, daß dann plötzlich, als wir darüber diskutierten, wie es denn wirklich aussehen soll dieses Amtsblatt, doch ein jeder Fraktions-Vorsitzende erklärt hat, "eigentlich soll es so unscheinbar auch wieder nicht sein, daß man das Amtsblatt vielleicht verliert unter dem `Haufen´ von Prospekten und Druckmaterialien, die die Haushalte zugestellt bekommen". Es soll eine gew. Qualität haben.

Wir haben uns nach langen Beratungen letztendlich **einstimmig** - ich habe großen Wert darauf gelegt, meine Damen und Herren -, für eine Variante entschieden, die heute eben beschlossen werden soll in bezug auf diese Auftragsvergabe.

Ich muß sagen, ich bin überrascht, daß ich sechsmal im Amtsblatt vorkomme. Das mag durchaus sein, Hr. Doktor; sehen Sie sich die anderen Nummern auch noch an,

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Alle!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... es wird auch manche

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist derselbe Durchschnitt! Unter sechs tun Sie es nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das sehe ich mir jetzt einmal an. Ich habe diese Eitelkeit nicht an mir, daß ich mich in einer Zeitung suche, wie oft ich dort abgebildet bin. Damit kann ich nicht dienen! Aber ich glaube nicht, daß es der Durchschnitt ist. Es kommt natürlich darauf an, meine Damen und Herren, welche Ereignisse es in einem Monat gibt, über die berichtet werden soll. Da kommt es eben einmal vor, daß der Bürgermeister öfter abgebildet wird. Wenn Sie sich neben mich stellen, sind Sie öfter im Bild. So einfach ist das!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es hat in der Vergangenheit prominente Gemeinderäte gegeben, Hr. Koll. Dr. Pfeil, die haben das immer praktiziert. Aber es ist eben so bei einer Sportehrenzeichen-Verleihung oder sonstwo, daß der Bgm. etwas überreicht oder daß er eine Rede hält - daher kommt er vielleicht öfter ins Bild. Das wird aber auch in anderen Gemeinden so sein. Glauben Sie mir das! Aber daß hier unbedingt eine Parteilichkeit gesehen wird - das sehe ich so eigentlich nicht.

Zu dem, was die Berichterstattungs-Möglichkeit und das Schreiben im Amtsblatt durch die StS-Mitglieder betrifft, kann ich nur folgendes sagen: Diesbezüglich wurde der Weg gewählt - das hat es nämlich früher nicht gegeben, ich halte es aber für positiv und richtig -, daß reihum jedes StS-Mitglied dran kommt. Demjenigen wird mitgeteilt, daß er bis zu einem Redaktionsschluß - so ist das eben einmal - seine Disposition bringen muß. Wenn es jener, der gerade an der Reihe ist, nicht bringt, dann

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das stimmt doch nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So bin ich informiert!

Ich kann nur eines sagen, meine Damen und Herren: Von mir aus - als zuständiger Referent für diesen Bereich - gibt es keine Weisung, keine Direktive, daß irgendjemand verschwiegen werden soll. Ich habe gar nichts dagegen, wir können das auch automatisieren, indem wir sagen: wer beginnt, in welcher Reihenfolge es fortgesetzt wird und wann Abgabetermin ist. Wir haben ja fixe Erscheinungstermine. Dann wird es nämlich vorbei sein, daß man nachher eine Kritik übt, die sehr schwer nachzuweisen ist. Man könnte beispielsweise sagen, Fr. Vbgm. Mach beginnt, Hr. Dr. Pfeil ist als nächster an der Reihe, dann geht es alphabetisch weiter - oder wie es gewünscht wird. So weiß jeder, wann er dran kommt, und man kann es sich in bezug auf den Redaktionsschluß auch einteilen. Das wäre mein Vorschlag dazu, damit wir uns die unerquicklichen Diskussionen ersparen können.

Die Frage "Logo oder Panther" ist für mich keine "Fahnenfrage". Das sage ich ganz offen. Aber man hat eben die Meinung vertreten! Viele Unternehmungen überlegen auf diesem Gebiet; der Magistrat ist ja eine Unternehmung, und es handelt sich um eine Amtszeitung. Davon abzuleiten, daß wir unser altherwürdiges Stadtwappen nicht in Ehren halten - das ist eine Sichtweise, der ich nicht anhänge. Es ist eben einmal ein Betrieb; manche wollen dieses Blatt ohnehin so abmagern, daß es verschwindet unter dem Stoß der Prospekte, aber plötzlich ist der Panther wieder das Herausragende - oder das Logo nicht. Wir können über die Frage "Logo oder Panther" gerne diskutieren. Sollte vielleicht eine Mehrheit im GR für den Panther sein, dann wäre ich der letzte, der hier in irgendeine Richtung kämpfen wird.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Er könnte ja auch daneben sein!

VIELE UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe nichts dagegen, es könnte sicherlich auch eine Kombination sein. Aber das werden wir heute wahrscheinlich nicht ausdiskutieren können.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zusatzpanther!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir werden das gerne bei der nächsten Fraktionsvorsitzenden-Konferenz auf die Tagesordnung nehmen!

Mehr wollte ich dazu eigentlich nicht mehr sagen; daher bitte ich, die Abstimmung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer Subvention - und zwar an den ATSV Vorwärts Steyr für die Verlegung des Hauptspielfeldes.

Der Antrag lautet:

3) Ha-118/93 ATSV "Vorwärts" Steyr; Ansuchen um Gewährung einer ao. Subvention.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Schule und Sport v. 28. März 1995 wird dem ATSV "Vorwärts" Steyr für die Verlegung des Hauptspielfeldes auf der Sportanlage Münchenholz eine einmalige, ao., nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 200.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden für das Jahr 1995 Mittel im Ausmaß von S 200.000,-- bei der VAS 1/2690/777000.5 bewilligt.

Aufgrund der vom GR der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 21. 12. 1994 beschlossenen 10%igen

Kreditsperre gelangen von dem angeführten Subventionsbetrag lediglich 90 % zur Auszahlung.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Fr. Koll. Mach das Wort für ihre Anträge.

BERICHTERSTATTERIN VBGM. FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des GR! Mein erster Antrag betrifft die Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen für das Jahr 1995. Der Antrag des StS an den GR lautet:

4) SH-93/95 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1995.

Der GR möge beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1995 wird der Betrag von S 800.000,-- aus den bei der VAS 1/4291/403000.2 präliminierten Mitteln freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA f. Soziales vom 13. 3. 1995 durchzuführen. Die stadträt. Referentin ist ermächtigt, wie in den Vorjahren in berücksichtigungswürdigen Fällen bei Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für den Vortrag dieses Antrages. Gibt es eine Wortmeldung dazu? Nicht der Fall, dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Mein nächster Antrag betrifft das Rote Kreuz - die Bezirksstelle Steyr-Stadt. Es geht um die Endkosten bzw. um die Ausfinanzierung. Der Antrag des StS an den GR lautet:

5) Ha-7419/90 Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Zu- und Umbau; Finanzierungsbeitrag d. Stadt Steyr; Endkosten.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. öffentl. Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst v. 5. April 1995 wird einer Akontozahlung in Höhe von 500.000 Schilling für die Restfinanzierung für den Um- und Neubau des Rot-Kreuz-Gebäudes in der Redtenbachergasse gegen nachträgliche Spitzabrechnung zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 500.000 werden bei der VSt. 5/5300/ 777000.9 für das Rechnungsjahr 1995 freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen Antrag. Gibt es eine Wortmeldung dazu? Hr. Koll. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vbgm., Hr. Bgm., meine Damen und Herren! Rot-Kreuz-Dienststelle - selbstverständlich ja. Hier wird man nicht umhin können, auch dieser Kostenerhöhung zuzustimmen. Aber ich habe die Worte an diesem heißen Eröffnungstag noch im Ohr - viele unserer GR- und StS-Kollegen auch. Dort ist nämlich gesagt worden, daß die Rot-Kreuz-Baustelle in Plan ist - sowohl baulich als auch finanziell - und daß die Endabrechnung in Bälde kommt. Diese Endabrechnung haben wir in der letzten StS-Sitzung einverlangt. Die Fr. Vbgm. hat zu-gesagt, diese Endabrechnung - ich habe mir das aufgeschrieben - **vor** dem GR den StS-Mitgliedern vorzulegen. Ich habe sie nicht. Vielleicht hat sie jemand; ich habe sie leider nicht, diese Endabrechnung. Sie ist uns versprochen worden. Ohne, daß man irgendwie einen Kommentar dazu abgibt und uns dann zum Abstimmen über eine weitere Kostenerhöhung veranlaßt, das finde ich etwas eigenartig!

Das einzige, wo wir hier im Plan sind, ist, daß wir beim selben Bauplaner dieselben oder höhere Kostenüberschreitungen bei anderen Baustellen auch haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Ich bitte um das Schlußwort der Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte dazu sagen, daß ich die Endabrechnung auch noch nicht habe - sie ist noch nicht

vorhanden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zurückstellung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn wir es zurückstellen, müssen wir dem Roten Kreuz einen Zinsenzuschuß auch geben. Wir haben trotzdem noch - auch wenn wir die Erhöhung von 500.000 S haben - eine Einsparung von rd. 1,2 Mill. S.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das verstehe ich nicht!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich kann das jetzt aufklären, denn ich habe mir das ja besorgt und genau angesehen. In den Jahren 1992 und 1993 wurden jeweils mit gesondertem GR-Beschluß die einzelnen Jahresraten in Höhe von je 4,1 Mill. S bewilligt. Der seinerzeitigen Kostenermittlung lag ein erstellter Vorentwurf samt Kostenschätzung aus dem Jahre 1990 zugrunde, die Gesamtkosten in Höhe von 32,7 Mill. S auswiesen. Diese Kostenschätzung wurde auch zur Grundlage einer Finanzierungs-Besprechung bei Hrn. LH Dr. Ratzenböck am 4. September 1991 gemacht, wobei verbindlich festgehalten wurde, daß diese Baukosten mit Stand 1991 als fixiert angesehen werden und sich lediglich um die Steigerung des Baukostenindex, der zw. der Finanzierungsvereinbarung und der tatsächlichen Bauausführung liegt, erhöhen dürfen.

Die geschätzte Kostensumme von 32,7 Mill. S setzte sich aus ermittelten Baumeister- und Professionistenarbeiten in Höhe von 25,3 Mill. S und aus Kosten für Einrichtung und Ausstattung in Höhe von 7,4 Mill. S zusammen.

Die Kostensteigerung lt. amtlichem Baukostenindex betrug im Zeitraum v. 1. 9. 1991 bis April 1994 - Abschluß der wesentl. Bau- und Professionistenarbeiten - ca. 10 % bei den Baumeister- und Professionistenarbeiten (dies entspricht dem Betrag von ca. 2,5 Mill. S). Das ergibt unter Berücksichtigung der erwähnten eingetretenen Baukostenindex-Steigerung somit eine von den Finanzierungspartnern zugesagte Gesamtauftragssumme von 35,2 Mill. S. 32,7 Millionen ursprüngl. Kostenschätzung + 2,5 Mill. S Baukostenindex-Steigerung (von 1991 bis 1994).

Eine Endabrechnung über das gesamte Bauvorhaben liegt derzeit noch nicht vor, da die Lieferung und Montage der funktechnischen Ausstattung für die Leitzentrale und der Endgeräte noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Eine Endabrechnung kann erst nach vollständiger Fertigstellung - auch des funktechnischen Teils der Leitstelle - erfolgen.

Es gibt eine voraussichtl. Schätzung im Bereich von ca. 34 Mill. S, sodaß sich im Verhältnis zu den ursprüngl. zugesagten Finanzierungskosten von insgesamt 35,2 Mill. S sogar eine Einsparung von rd.

1,2 Millionen ergibt.

Zusammenfassend kann daher festgehalten werden, daß es sich beim jetzigen Zahlungsversuchen des Roten Kreuzes um keine Kostenerhöhung handelt, sondern daß sich gegenüber den ursprüngl. zugesagten Baukosten - einschl. Baukostenindex-Steigerung - von 35,2 mit einer Gesamtbausumme von rd. 34 Mill. S sogar eine wesentl. Einsparung ergeben hat.

Die nunmehr erbetene Akontozahlung wird aufgrund der Verzögerung der Erstellung der Schlußrechnung erforderlich und war auch im Vorjahr bereits entspr. angekündigt und voraussehbar. Allerdings nicht als Akontozahlung, sondern als endgültige Verrechnungszahlung anlässlich der Schlußrechnungslegung und wurde daher vom GR der Stadt Steyr auch bereits bei der Budgeterstellung für 1995 berücksichtigt.

Um Freigabe dieser Mittel in Höhe von 500.000 Schilling als letzte Akontozahlung vor endgültiger Legung der Schlußrechnung wird daher höflich ersucht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Damit ist jetzt auch eine Erklärung erfolgt. Ich weiß nicht, ob sie allen ausreichend ist. Feststeht natürlich, daß es üblich ist und auch zweckmäßig erscheint, nicht die gesamten Summen auszubezahlen bevor die Arbeiten tatsächlich abgeschlossen sind. Man hält sich hier immer noch etwas zurück, und das wird wahrscheinlich auch in diesem Fall so stattgefunden haben.

Feststeht jedoch eines, und das war ein Beweggrund, warum wir - ohne daß wir diese Details wußten - in der StS-Sitzung gesagt haben, wir wollen das doch beschließen: Wenn nämlich hier in dieser Zeit Zwischenfinanzierungen notwendig wären, dann fallen Kapitalkosten an, die uns durch die "Hintertür" ohnehin wieder auf den Tisch des Hauses kommen. Daher würde ich schon sehr bitten, daß wir diese Beschlußfassung heute vornehmen. Die Abrechnung wird dann ja exakt aufgrund der abgerechneten Kosten erfolgen können.

Kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? 2 Enthaltungen (FP). Wenn Sie mit diesem Antrag einverstanden sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bei meinem nächsten Antrag möchte ich nach Rücksprache mit der FA für Privatrechtsangelegenheiten folgenden Abänderungsantrag einbringen:

6) Bau5-7015/91 Kindergarten Fabriksinsel; GWG d. Steyr-Daimler-Puch GesmbH; Erhöhung des Baukostenzuschusses.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 11. 4. 1995 wird der Erhöhung des Baukostenzuschusses für die Restfinanzierung des Kindergartens Fabriksinsel an die Steyr-Daimler-Puch GesmbH von 4,3 Mill. S auf 5,6 Mill. S zugestimmt.

In Verhandlungen mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch GesmbH soll versucht werden, den gesamten Kindergarten im Wege einer Parifizierung in das Eigentum der

Stadt zu übernehmen.

Zum genannten Zweck werden die erforderlichen Mittel in Höhe von S 1,300.000,-- bei VAS 5/2400/010100.5 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine Wortmeldung dazu? Hr. Koll. Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Die Fr. Vbgm. hat uns einen Abänderungsantrag vorgelegt, der materiell absolut zu verstehen ist. Ich bedaure wirklich nur, daß der StS in seiner letzten Sitzung dieses Verständnis nicht gehabt hat. Dort habe ich just genau dasselbe vorgeschlagen, damit die rechtl. Abwicklung dieses angekündigten Eigentums am Eingangsvorbereich, Bewegungsraum inkl. Treppenanlage auch wirklich möglich wäre. Es hat dann geheißen, man denkt eher nicht an eine Parifizierung, sondern man will - weil es so vereinbart ist - das auch so durchführen. Ein Standpunkt, der eigentl. den anwesenden Juristen im Raum weh tun hätte müssen - auch wenn sie beamtet sind und von da her zum Stillschweigen offensichtlich verurteilt waren. Die Wahrheit ist nämlich die, daß ein Eigentums-Übergang in der geschilderten Form - wenn Sie den Amtsbericht ansehen, im 3. Absatz von unten auf der ersten Seite, beginnend mit "Aufgrund der erforderlichen ...", da können Sie lesen, daß man den Bereich der Neubauten einfach trennen wollte und aus einem nicht abgegrenzten Bereich tatsächlich Eigentum entwickeln wollte. Das ist ein Vorgang, der jedenfalls mir als Laie - ich vermute, auch Hrn. Dr. Schwager als Rechtskundigen - ziemlich intransparent erscheint. Ein harmloserer Ausdruck für diese Unsorgfältigkeit fällt mir überhaupt nicht ein. Und es ist an sich des Vorgangs nicht würdig, daß die Geschäftsführende Vizebürgermeisterin einer autonomen Stadt Steyr in der Sitzung einen Abänderungsantrag einbringen muß, mit dem sich im Grunde genommen - wenn man sich vorher nicht auseinandergesetzt hat damit - niemand auskennt. Das ist es mit der Oberflächlichkeit - ein Teil davon -, die ich vorhin gemeint habe, die man nicht mit "Y" vom Tisch bringt, sondern die in den Köpfen und in den Herzen stattfinden müßte - die Veränderung dorthin!

Ich glaube, daß es wirklich richtig ist, daß die Stadt dort den Kindergarten errichtet. Ich glaube, daß es richtig ist, daß diese Zahlung geleistet wird. Ich glaube, daß ein schöner Kindergarten daraus geworden ist. Nur die Summe aller Rahmenbedingungen - für das hätten wir eigentlich nicht einmal so schlecht bezahlte Beamte im Haus, die die Verpflichtung hätten, das vorweg "abzuklopfen" und nicht kleine Gemeinde-Mandatäre, die vielleicht ein Viertel von dem verdienen, was die hohen Rechtskundigen haben.

Hier ist wirklich ein Vorgang zu sehen, der mir völlig unverständlich ist. Völlig unverständlich! Da steht groß Amtsbericht darüber, und drinnen steht schlechtweg gesagt Nonsens, der dann zu einer Abänderung führen muß!

Meine Damen und Herren, wenn wir nicht die Kraft des GR in uns selber finden, den p. t. Hochbeamten im Hause klarzumachen, daß sie hier eine Sorgfaltspflicht haben, dann haben wir keine Chance vor der Zukunft! Das kann so nicht gehen!

Natürlich empfehle ich, dem Antrag in der abgeänderten Form die Zustimmung zu geben, und ich wünsche dem Kindergarten dort recht viel Glück. Ich freue mich wirklich sehr darüber, wenn dieser

Kindergarten, wie alle anderen Kindergärten, in das Eigentum der Stadt - in Form eines Wohnungseigentums - übertragen wird. Weil sich dann nämlich die ganzen "Theaterfolgen", die sich daraus ergeben, mit dem Durcheinander an Besitz- und Benutzungsverhältnissen ein für allemal erledigt haben.

Die Sorgfalt wäre es gewesen, das rechtzeitig zu zeigen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Ich darf fragen, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Koll. Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Koll. Holub hat mir in seiner Wortmeldung bereits sehr viel vorweg genommen. Daher darf ich nur unterstreichen, daß der Abänderungsantrag an sich - was den Inhalt betrifft - durchaus seine Berechtigung hat, daß er auch einer Zustimmung bedarf und daß die Gemeinde-Mandatäre diesem Antrag die Zustimmung geben sollten.

Aber eines, meine Damen und Herren, darf ich auch von dieser Stelle hier sehr deutlich sagen: Ich bin sehr wohl auch für Veränderungen. Ich bin seit 15 Jahren im GR, es soll Veränderungen geben, aber, wie ich glaube, in positiver Hinsicht und nicht in negativer. So etwas, meine Damen und Herren, sollte wirklich nicht passieren! Ich frage mich, wofür sich der StS mit diesem Antrag in X Wortmeldungen sehr lange beschäftigt hat. Es kommen Vorschläge, wie sie Koll. Holub gebracht hat, und dann werden sie einfach negiert. Dann wird darüber abgestimmt, die StS-Mitglieder werden dort davon überzeugt, daß das seine Richtigkeit hat und daß an sich der ursprüngl. Antrag der bessere wäre. Nun kommt die Fr. Vbgm. Mach heraus und verliert einen Abänderungsantrag, den wir, meine Damen und Herren - da meine ich alle GR-Mandatäre aller Fraktionen -, einfach so zur Kenntnis nehmen sollen und dem wir die Zustimmung geben sollen.

Ich halte das, gelinde gesagt, für eine Unverschämtheit, und ich werde mir sehr stark überlegen, ob ich überhaupt mitstimme - obwohl ich nach wie vor der Auffassung bin, daß dieser Antrag, wie er vorgebracht wurde, seine Richtigkeit hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Fr. Kollegin Bauer bitte.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Meine werten Damen und Herren! Zu dieser unendlichen Geschichte der Endabrechnungen und Abänderungen möchte ich nichts sagen. Jedoch bewegt mich ein anderes Kindergarten-Thema. Schloß Vogelsang wurde verkauft, und der Waldorf-Kindergarten hat gestern die Kündigung mit Termin Juli ausgesprochen bekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte?

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das habe ich jetzt nicht genau "mitgekriegt". Könnten Sie das ein bißchen

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Schloß Vogelsang wurde verkauft, und der Waldorf-Kindergarten hat gestern die Kündigung mit Termin Ende Juli ausgesprochen bekommen. Es ist seit drei Jahren bekannt, daß die Franziskaner das Schloß verkaufen wollen. Da die Stadt die Möglichkeit verschlafen hat, eine intelligente Sache daraus zu machen, nehme ich an, daß es nicht verschlafen wurde, eine geeignete Ersatzmöglichkeit zu finden.

Daher meine Frage an Fr. Vbgm. Mach: Wo und ab wann wird dieser Kindergarten seine wertvolle Arbeit fortführen können? Zudem dieser Kindergarten eine der wenigen idealistischen Institutionen ist, der mit ganz geringen Steuermitteln, nämlich ca. 30.000 S im Jahr, imstande ist, eine gute Arbeit zu leisten, und wo man sich gerade für solche Institutionen einsetzen sollte!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Weitere Wortmeldungen? Koll. StR Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich jetzt auch ein bißchen gewundert über den Abänderungsantrag. Wir haben den Amtsantrag in der StS-Sitzung lange behandelt. Ich meine - und darauf möchte ich Bezug nehmen -, daß der Kindergarten im Wehrgraben - das wurde bereits gesagt - hervorragend gelungen ist. Sind wir doch froh, daß er dort existiert! Soviel zum einen.

Natürlich - ich spreche jetzt nicht im Namen der Steyr-Daimler-Puch, daß das nicht falsch verstanden wird - hat man von Steyr-Daimler-Puch einiges abverlangt, sozusagen abzuändern. Aus der ursprüngl. Form hätte ja dort etwas ganz anderes entstehen sollen. Daher glaube ich, daß in der Vorlage der Steyr-Daimler-Puch und dem Auftrag, den sie erhalten haben, was dort gebaut werden soll - nämlich auch noch mit den Stützen und anderen Dingen, die dort zusätzl. eingerichtet wurden - , daß dies eine wesentl. Umplanung und Abänderung gekostet hat. Wir wissen, daß es teurer wird, wenn abgeänderte Baumaßnahmen vonstatten gehen. Daß natürl. das in diesem Zusammenhang

mehr kostet, ist uns klar. Ich möchte darauf verweisen, daß der neue Antrag bzw. der Abänderungsantrag - was Koll. Holub das letzte Mal sehr stark kritisiert bzw. beantragt hat - durch das an die Stadtgemeinde übergehende Eigentum eine erfreuliche Tatsache darstellt bzw. mit sich bringt, und daß u. U. der Preis dafür stimmt. Herzlichen Dank dafür! Ich darf das wirklich sagen und bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu noch eine Wortmeldung gewünscht? Nicht mehr der Fall. Ich bitte um das Schlußwort der Referentin.

GR DR. TILMAN HORST SCHWAGER VERLÄSST UM 15.30 UHR DIE SITZUNG.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte gleich bei Fr. Kollegin Bauer beginnen. Daß Schloß Vogelsang verkauft wurde, weiß ich persönlich nicht. Ich bin eigentl. als zuständige Referentin für die Kindergärten nicht dazu da, daß ich dem Waldorf-Kindergarten ein Quartier suche. Ich habe nicht einmal gewußt, daß sie eine Kündigung bekommen haben.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Seit drei Jahren!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn sie etwas wollen, müssen sie schon zu mir kommen, dann werde ich ihnen auch behilflich sein! Ich werde mich bemühen. Natürlich werde ich von heute auf morgen kein geeignetes Quartier finden, aber ich würde mich bemühen!

Wenn sie es schon drei Jahre wissen, haben sie auch drei Jahre Zeit gehabt, daß sie sich um ein Quartier umgeschaut hätten.

VERSCHIEDENE, UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

... dann müßten sie sich auch um etwas umschaun. Wenn ich weiß, mir wird 1995 die Wohnung gekündigt, dann muß ich mich beizeiten umschaun, daß ich ein passendes Quartier finde. Das ist

meine Meinung.

Ich glaube, ich spreche den Waldorf-Kindergarten wirklich positiv aus - sie bekommen ja auch eine Subvention -, aber für die Quartierlösung bin ich eigentl. als Referentin nicht zuständig! Ich habe absolut nichts gegen den Waldorf-Kindergarten!

Daß seitens des Amtes der Fehler gemacht wurde, gebe ich wahrscheinlich zu, denn sonst hätten wir keinen Abänderungsantrag eingebracht. Das ist eine Tatsache - dazu müssen wir alle stehen. Ich kann wahrscheinlich auch nichts dafür, denn ich bin kein Rechtskundiger.

Ich möchte auch noch erwähnen, daß uns nach Vorsprache unseres Hrn. Bgm. beim LH-Stv. Dr. Eckmayr und Hrn. Hochmair vom Land eine Förderung zugesagt wurde für diesen Kindergarten. Die Förderung haben wir auch bereits bekommen. Das sind immerhin 5 Mill. S, die wir für diesen Kindergarten an Förderung bekommen haben.

Es entspricht auch von seiten der Landesdienststelle durchaus dem Preisniveau für einen zweigruppigen Kindergarten incl. Bewegungsraum - hier wird eine Summe angenommen von 8 Mill. S. Das entspricht auch der Basis, was uns der Kindergarten gekostet hat. Darum ersuche ich nochmals, daß Sie diesem Antrag die Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Fr. Koll. Mach. Nächster Berichterstatter ist Hr. Koll. Vbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile ihm das Wort für seine Anträge.

BERICHTERSTATTER VBG. DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um einen Jugend-Literaturpreis der Stadt Steyr - um den Beschluß der Teilnahmebedingungen für die Ausschreibung eines Jugend-Literaturpreises.

Die literarische Szene in Steyr ist durch die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft für Sprache und Dichtung mit dem Tod von Frau Dora Dunkl und durch das Ende des Vereines "Junges Steyr" unterrepräsentiert. Der gemeinderätl. Kulturausschuß hat nach Vorbereitungen über den Kulturbeirat einstimmig beschlossen, nach Vorschlag von Fr. Prof. Mag. Marlene Krisper und dem Steyrer Dichter Till Mairhofer, einen Jugend-Literaturpreis zu vergeben. Der Jugend-Literaturpreis der Stadt Steyr soll 35.000 S betragen.

Die Teilnahmebedingungen, grob gesprochen, sind: Zur Teilnahme sind berechtigt alle Autorinnen und Autoren aus der Stadt Steyr, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben usw. Dann kommen noch die genaueren Details über die Jury und die Teilnahmebedingungen sowie den Inhalt der eingereichten Arbeiten.

Ich ersuche Sie, mir zu gestatten, das nicht vollinhaltlich durch- und vorzulesen. Falls es gewünscht wird, Hr. Bürgermeister, werde ich dem gerne nachkommen. Ansonsten bitte ich um Diskussion bzw. Zustimmung.

7) K-175/94 Jugend-Literaturpreis der Stadt Steyr; Teilnahmebedingungen.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten und der Empfehlung des gemeinderätl. Kulturausschusses v. 21. April 1994 werden folgende Teilnahmebedingungen des neuen Jugend-Literaturpreises der Stadt Steyr beschlossen:

Die Stadt Steyr schreibt für hervorragende literarische Arbeiten einen Förderpreis in Höhe von insgesamt S 35.000,-- aus.

Teilnahmebedingungen

1. Zur Bewertung sind Autorinnen und Autoren bis zum vollendeten 25. Lebensjahr zugelassen, die die österr. Staatsbürgerschaft besitzen und in Steyr ihren Wohnsitz haben.

2. BewerberInnen müssen die SchöpferInnen der eingereichten Werke und damit Urheber im Sinne des § 10, Abs. 1, Urheberrechtsgesetzes, BGBl. 1936/111 idgF., sein. Die Einreichung gilt zugleich auch als Erklärung, sich den Bedingungen dieser Ausschreibung zu unterwerfen.

3. Der Jugend-Literaturpreis wird für Prosa, Lyrische Prosa und Experimentelle Formen ausgeschrieben. Der Umfang der eingereichten Arbeiten soll 10 Typoskript-Seiten im Format DIN A 4 nicht überschreiten. Die Texte sind in deutscher Sprache und in maschinschriftlicher Form zu verfassen und in sechsfacher Ausfertigung einzureichen. Den Arbeiten ist ein kurzer Lebenslauf beizulegen. Die eingereichten Werke dürfen noch nicht öffentlich mit einem Preis ausgezeichnet worden sein. Für eingereichte Werke wird keine Haftung übernommen.

4. Die Arbeit muß bis spätestens ... in einem verschlossenen Umschlag bei der Informationsstelle des Magistrates der Stadt Steyr, Rathaus, eingereicht werden. Der Umschlag ist mit der Aufschrift "Jugend-Literaturpreis der Stadt Steyr" zu kennzeichnen, die Arbeit selbst ist anonym mit Kennwort einzureichen. Zur Identifizierung ist ein mit dem genannten Kennwort versehenes, verschlossenes Kuvert beizulegen, das den Namen, das Geburtsdatum und die Anschrift des Preiswerbers/der Preiswerberin enthält.

5. Über die Zuerkennung des Preises entscheidet der GR der Stadt Steyr. Zur Bewertung der eingereichten Arbeiten bilden - unter dem Vorsitz eines/einer anerkannten Dichters/Dichterin - Germanisten, Schriftsteller, Kulturjournalisten, Leser sowie eine Neigungsgruppe des Bundesgymnasiums Steyr (Wahlpflichtfach Deutsch) die Jury. Diese von der Stadt Steyr berufene Jury erstattet dem gemeinderätl. Kulturausschuß einen Vorschlag für die Vergabe des Preises - hinsichtlich dessen Empfehlung an den GR. Die Jury entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit, wobei der Neigungsgruppe nur eine Stimme zukommt. Sollte die Jury oder der gemeinderätl. Kulturausschuß zu dem Urteil kommen, daß für die Zuerkennung des Jugend-Literaturpreises der Stadt Steyr keine qualitativ geeigneten Einreichungen vorhanden sind, so behält sich die Stadt Steyr das Recht vor, von der Verleihung dieses Preises Abstand zu nehmen.

6. In engerer Wahl stehende Kandidat(inn)en werden von der Jury zu einem "Hearing" ins Bundesgymnasium Steyr eingeladen. Bei der abendlichen Lesung im Rahmen einer Schlußveranstaltung, an der bis zu sechs Autor(inn)en teilnehmen, werden die Preisträger bekanntgegeben und der Träger des Publikumspreises ermittelt.

7. Es werden drei Preise vergeben:

1. Preis - S 20.000.- Preis der Stadt Steyr

2. Preis - S 10.000.- Preis des BMW-Motorenwerkes

3. Preis - S 5.000.- Steyrer Publikumspreis

8. Die Stadt Steyr ist berechtigt, die prämierten Arbeiten zur Gänze oder in Ausschnitten der Öffentlichkeit vorzustellen.

9. Die Entscheidung und die Vergabe durch den GR der Stadt Steyr ist endgültig und nicht anfechtbar. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Das Ergebnis der Ausschreibung wird im Amtsblatt der Stadt Steyr bekanntgegeben. Die Überreichung des Jugend-Literaturpreises der Stadt Steyr erfolgt im Rahmen einer offiziellen Verleihung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort zum Jugend-Literaturpreis gewünscht? Hr. Koll. Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., sehr geehrte Fr. Vbgm., sehr geehrte Damen und Herren des GR! Ich freue mich, daß nun endlich der Jugend-Literaturpreis der Stadt Steyr im GR vorgelegt wird. Im Kulturausschuß haben wir uns vor einem Jahr - am 21. April 1994 - damit beschäftigt. Wahrscheinlich sind die Bestimmungen so gut und bestens durchberaten worden, daß es ein Jahr gedauert hat. Es ist schade, daß wir 1995 den Jugend-Literaturpreis einfach noch nicht haben können. Sicherlich - und das mag wohl eine Erklärung sein -, vor drei, vier Jahren hatten wir im Kulturbereich eher den Schwerpunkt "bildnerische Erziehung", heuer ist der Schwerpunkt "musikalische Erziehung" - musikalische Förderung der Jugend. So paßt es vielleicht einfach dazu, daß im nächsten Jahr dann der Schwerpunkt "Literatur" gesetzt wird. Wenn man die Sachlage so betrachtet, dann mag das ein sehr sinnvoller Schritt gewesen sein.

Ich möchte das Engagement der Jugend begrüßen. Was mich ein wenig gestört hat, war einfach, daß man den Eifer der Beantragenden so lange hinausgezögert bzw. hinausgetröstet hat, und man eigentl. nie eine richtige Entscheidung für "ja" oder "nein" das ganze Jahr hindurch hören konnte. Das war ein bißchen traurig, daß man den Eifer so gebremst und Verärgerungen eingebaut hat, die eigentl. nicht notwendig gewesen wären.

Im großen und ganzen aber sind wir froh, daß wir nun auch auf der literarischen Seite die Jugend fördern und begeistern. Wenn wir sehen, wie die Planung der Jugendmusik vonstatten geht und wie sehr es große Schwerpunkte in diesem Jahr sind, dann können wir uns auf diese Begeisterung und diesen Einsatz der Jugend auch im literarischen Bereich freuen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Als nächster hat sich Hr. Koll. Philipps zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Gut Ding braucht Weil! Das trifft also auch hier zu. Wenn Sie sich erinnern - wie angekündigt im Dezember 1994 -, soll das Jahr 1995 nicht zuletzt in erster Linie auch unter dem Zeichen der Jugendkultur stehen. Neben den Bestrebungen, hier ein Kulturhaus für die Jugend zu errichten bzw. einzurichten, so bietet sich hier die Möglichkeit, Künstlerjugend fördern zu können. Außerdem sehe ich in diesem Preis einen ersten Schritt - ich betone das Wort "**nur**" ersten Schritt - in die Zukunft, um die Möglichkeit zu schaffen, verschiedene Kunstrichtungen zu fördern.

Ich möchte fast so weit gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und den Gregor Goldbacher-Preis ein bißchen in Frage stellen und ihn u. U. - das ist meine persönl. Meinung - ein wenig als überholt betrachten. Ich könnte mir vorstellen, diesen Preis in Zukunft umzuwidmen, um jungen Künstlern gute Startpositionen geben zu können.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Sie auch um die Zustimmung zu diesem Antrag ersuchen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Werden weitere Wortmeldungen gewünscht? Nicht mehr der Fall. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, ein kurzes Schlußwort bitte. Ich bin sehr froh, daß wir uns alle einig sind über den Jugend-Literaturpreis; daß es uns gelingt, das wahrscheinlich einstimmig zu beschließen.

Eines möchte ich zum Gregor Goldbacher-Preis schon noch anmerken - hier sind wir nicht ganz einer Meinung. Ich glaube nicht, daß der Gregor Goldbacher-Preis überholt ist, sondern daß er auch genauso einen Wert hat. Vor allen Dingen die Periodizität der Ausschreibung hat es sich verdient, daß man - erstens in Würdigung der Preisträger des Gregor Goldbacher-Preises - ihn nicht einschlafen läßt; und zum zweiten auch in Anbetracht des unvergessenen - die ihn noch gekannt haben - Gregor "Gurs" Goldbacher, der sich in Steyr wirklich unheimliche Verdienste erworben hat. Wir haben das beschlossen - unsere Vorgänger haben das beschlossen. Da sollte man vielleicht noch einmal diskutieren darüber, ob man das so einschlafen lassen soll. Ich bin hier anderer Meinung.

Ansonsten bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke schön. Beim nächsten Antrag geht es um den Verein "Museum Industrielle Arbeitswelt" - um

die Jahressubvention für 1995.

Meine Damen und Herren des GR, hier geht es um die Jahressubvention, die unbestritten ist in der Höhe von 950.000 S. Der Verein hat in diesem Jahr insbes. die zentrale Veranstaltung "Netzwerk" - sie wurde unlängst eröffnet. "Aus dorfenger Welt ins weltweite Dorf" wurde am 24. März eröffnet. Dieses Angebot wird auch noch durch Zusätze, wie durch den "Gang durch den Wehrgraben" und die Behandlung des Themas "Juden in Steyr" ergänzt.

An Gesamtkosten, wenn man ganz grob Revue passieren läßt: Laut Jahresendabrechnung 1994 haben sie gut 12 Mill. S an Subvention von Bund, Ländern und Stadt bekommen. Im Voranschlag waren 3,7 Mill. S für diese Veranstaltung "Netzwerk" vorgesehen und zusätzlich 4,3 Mill. S an Gehältern.

Interessanterweise ist bei dieser Jahresendabrechnung 1994 nur 1,0 Mill. S der Stadt Steyr eingesetzt. Sie werden sich alle erinnern, wir haben mehrheitlich - ohne meine Stimme - im GR 1,950 Millionen im letzten Jahr für den Verein "Museum Arbeitswelt" genehmigt. Diese restliche Million wurde vom Verein auf das neue Jahr 1995, auf die Vorschau herübertransferiert. D. h., dem Verein stehen an Subventionen von der Stadt Steyr bereits 1,950 Mill. zur Verfügung. Das Finanzielle ist das eine.

Zum anderen muß man schon die Tätigkeit des Vereines doch manchmal etwas kritisch betrachten; insbes. auch kritisch von seiten der Teilnehmerschaft. Insbes. der 1. Mai bietet uns ein hervorragendes Beispiel, wie das ganze Haus, der ganze Verein "Museum Arbeitswelt" einfach von einer Partei vereinnahmt wird - wie wenn das ihr eigenes Haus wäre. Es sind hier im Wehrgraben schon seit Wochen Plakattafeln, Ständer aufgestellt, wo dort steht: "Politikerdiskussion zum 1. Mai" - "Neu" - "Kommt ins Museum Arbeitswelt". Das steht ganz groß dort! Wenn man näher hingehet und sich die Brille holt, sieht man - so groß, ca. 1 cm - "Sozialdemokratische Wandzeitung". Das finde ich schon sehr interessant. D. h., weil offensichtlich nicht mehr zu viele Genossen zu bewegen sind, an einem Mai-Aufmarsch teilzunehmen, denkt man sich, das MAW hat ein gutes Image, und dort treffen wir uns eben. Da kommt es zu einer Politikerdiskussion - aber ausschließlich natürl. nur unter den Genossen!

Das sei meine Anmerkung zum Verein "Museum Arbeitswelt". Ansonsten bitte ich um Zustimmung für diese Jahressubvention.

8) Fin-89/94 Museum Industrielle Arbeitswelt; Förderung 1995.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Kulturangelegenheiten v. 3. 4. 1995 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt für 1995 eine Subvention in Höhe von 950.000 S gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 1995 auf der VASt 1/3600/757000.7, Heimathaus Steyr, Subventionen Museum Arbeitswelt, vorgesehen.

Aufgrund der vom GR der Stadt Steyr in seiner Sitzung v. 21. 12. 1994 beschlossenen 10 % igen Kreditsperre gelangen von dem angeführten Subventionsbetrag lediglich 90 % zur Auszahlung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. War das jetzt das Schlußwort oder der Vortrag? Sie haben das so abschließend gesagt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Abschließend zu meiner ersten Wortmeldung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, dann kann ja noch diskutiert werden. Hr. Koll. Philipps bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir einen kleinen Zusatz. Koll. Pfeil hat ja bereits erwähnt und aufgelistet, daß hier einige außertourliche Subventionen auch von Bund und Land gegeben wurden - was mir persönlich als Vorsitzender des Kulturausschusses sehr gut gefällt. Denn im Gegensatz zu manchen anderen Kulturvereinen sind die Leute im MAW sehr bemüht, auch andere Subventionsgeber zu finden.

Ich gebe zu bedenken - und ich habe voriges Jahr versucht, es hier aufzulisten -, daß das MAW eine große Möglichkeit für die Jugend bietet. Weil hier nämlich - wenn schon kein eigenes Haus für die Jugend vorhanden ist - im MAW doch immer wieder Gelegenheit gefunden werden kann, die Jugend unterzubringen. Ich denke dabei an die Konstituierung des Jugend-GR zum Beispiel.

Eigentlich empfinde ich es als Kompliment von seiten des Kulturreferenten, wenn eine Partei, wie die SPÖ, sich rechtzeitig darum bemüht, im MAW eine Stelle zu finden, um zukunftsorientiert zu arbeiten; um zu versuchen, zu zeigen, hier ist eine Stelle, die auch in Zukunft noch sehr viel Wert haben wird. Ich glaube nicht, daß es hier irgendwo ein Reglement gibt, das vorsieht, daß eine andere Partei z. B. nicht genauso von diesen Räumlichkeiten Gebrauch machen kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Koll. Payrleithner ist der nächste. Bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich werde mich bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Ich bin nämlich der Meinung, daß ich überhaupt nicht einsehe, daß mit Steuermitteln derartige Dinge subventioniert und gefördert werden.

Ursprüngl. war das sicher eine gute Sache; auch die Absicht war ursprüngl. nicht schlecht. Die erste Ausstellung dort unten war ja auch durchaus unseren Vorstellungen entsprechend. Inzwischen ist das ganze aber in Richtung parteipol. Agitation, meiner Meinung nach, ausgeartet. Es wird auch dazu benützt, hpts. gegen die Freiheitlichen - im konkreten auch gegen Dr. Haider - dort Stimmung zu betreiben. Als Symbol dafür kann man auch beweisen, daß vor dem Gebäude nach wie vor rote Fahnen dargestellt werden. Ich glaube, 1989 ist ganz Osteuropa von diesem kommunistischen

Terrrorsystem befreit worden. In Steyr haben wir 5 Jahre danach noch immer die Symbole vor diesem Gebäude stehen. Das ist nämlich auch ein Zeichen dafür, welcher Geist dort unten offensichtlich vorherrscht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächster ist Hr. Koll. Holub am Wort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen im GR! Ich möchte diese Stunde und genau dieses Thema zum Anlaß nehmen, daß wir uns eigentl. besinnen sollten auf etwas. Unser Heimatland Österreich ist heute 50 Jahre alt. Unser Heimatland Österreich ist seit 50 Jahren wieder Demokratie. Daran sollten wir denken, wenn man die Diskussion zu diesem Thema führt. Unser Heimatland Österreich hat viel geblutet, weil Demokratie an sich selbst zugrunde gegangen ist. Unser Heimatland Österreich hat seine Freiheit verloren, weil die Menschen verlernt haben, miteinander zu reden. Unser Heimatland Österreich ist vor 50 Jahren wieder auferstanden - in Ruinen, und gemeinsam haben die Menschen in diesem Land, die unsere Eltern waren, dieses Land wieder aufgebaut.

Ich glaube, man sollte genau diesen Rückblick machen, wenn man dann zum nächstfolgenden Schluß kommt, daß es einer pol. Bewegung ohne weiteres zukommt, ein öffentl. Gelände für einen traditionellen Gedenktag zu benützen. Daß die roten Fahnen beim MAW auch nicht das sind, was mir ganz herausragend dort gefällt, liegt in der Natur der Dinge. Aber genau beim MAW passen sie aus der histor. Sicht noch hin. Ich bin nur neugierig, ob diese Stadt Steyr das Gedenken "50 Jahre Österreich" dahingehend verwenden wird, daß zum ersten Mal seit 50 Jahren die rote Fahne nicht vom Rathaus-Turm am 1. Mai hängt. Daran wird man messen, ob die Vergangenheit bewältigt wurde oder nicht!

Die Republik Österreich bekennt sich einmütig zum Staatsfeiertag 1. Mai. Es wäre wirklich ein sehr positives Signal, wenn vom Verwaltungszentrum der Stadt - nicht der SPÖ, dort können Fahnen der Bewegung hängen soviel Sie wollen, dazu sind wir Demokraten, und ich entbiete jeder demokratischen Fahne den Respekt, der ihr zukommt. Ich mache mich nicht über Fahnen lustig, ich mache mich nicht über Wappen lustig. Wo die SPÖ ihren Sitz hat, gebührt der Respekt der Fahne der SPÖ. Wo die Verwaltung ihren Sitz hat, gebührt der Respekt dem Symbol der Verwaltung - des Staates unserer 50jährigen Republik Österreich. Darüber sollten wir nachdenken!

Ich bitte Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratischen Fraktion, vergeßt nicht, daß Ihr Euch "Sozialdemokratisch" nennt; und vergeßt nicht, daß genau in diesen Tagen an unserem Rathaus die rote Fahne nichts mehr verloren hat!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber die rot-weiß-rote schon!

STADTRAT KARL HOLUB:

Um die rot-weiß-rote bitte ich! Um die bitte ich!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das glaube ich auch. Ich weiß nicht, wer die Fahnen hinausgehängt hat - ich bin ohnehin für die rot-weiß-rote Fahne am Rathaus. Man hat genug andere Gelegenheiten, die Fahnen aufzuhängen!

Ich weiß nicht, ob das so war, ich habe das nicht so beobachtet. Aber die Sozialdemokraten haben jedenfalls die Demokratie schon verteidigt, lieber Karl - wenn wir schon über Geschichte diskutieren!

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich habe der Sozialdemokratie nicht die Ehre abgeschnitten!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es war eher so mahnend in Richtung Sozialdemokraten. Du hast von der Demokratie gesprochen. Wenn wir über die Geschichte reden, kannst Du noch ein paar Jahre zurückgehen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Auch das habe ich gesagt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Auch dort waren die Sozialdemokraten Geschädigte - aber an der Seite der Demokratie!

Debattieren wir hier nicht etwas hinein in die Subvention für das MAW, was meiner Meinung nach etwas zu weitreichend ist.

Das ist eine sehr lebendige Kultureinrichtung: 80 Veranstaltungen in einem Jahr finden dort statt. Es ist kein Museum in dem Sinn - Gott sei Dank nicht -, wo man nur alte Gegenstände ansehen kann, sondern es ist sehr lebhaft. Ich sehe alle Kreise der Bevölkerung aus allen pol. Richtungen dort. Sehr zu meiner Freude, muß ich sagen. Ich halte daher die Unterstützung dieses Museums, das letzten Endes in Steyr steht auf einem histor. Platz, mit ungefähr 10 % des gesamten Aufwandes (das andere zahlen nämlich Land und Bund - das muß einmal gesagt werden) für in höchstem Maße gerechtfertigt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In den letzten Jahren mit 20 %!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben Projektförderungen gemacht! Aber unsere Normal-Subvention ist weniger als 1 Million Schilling, und das Budget ist rd. 11 Mill. S - wie ich das so im Kopf habe.

So sehen die Dinge aus. Ich habe gesehen, mit welcher großer Begeisterung z. B. die Touristen, die von der Tourismus-Börse dorthin gekommen sind, sich mit diesem Haus beschäftigt haben und welche guten Eindrücke sie gehabt haben. Wir müssen das Positive auch einmal sehen und nicht alles nur negativ beleuchten! Ich glaube, auch das gehört dazu nach 50 Jahren gemeinsamer Arbeit. Meiner Meinung nach muß es auch hin und wieder einen kleinen Streit aushalten - das demokratische Gefüge.

Als nächster hat sich Koll. Tatzreiter zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des GR, wertees Präsidium! Es ist schon ein bißchen eigenartig, wenn ich zurückdenke, wie dieses Museum überhaupt entstanden ist. Wissen Sie, wer die ersten waren? Das waren nämlich die Gewerkschafter. Die Gewerkschaft hat sich dafür interessiert. Damals waren Hr. Udo Wiesinger und Koll. Leithenmayr sowie einige mehr noch in der Gewerkschaft voll engagiert und tätig. Das darf ich wirklich sagen. Ich freue mich darüber. Meiner Meinung nach freuen sich heute alle; und wir sind alle stolz auf dieses Museum, das so entstanden ist und wo sich auch alle damit identifizieren. Das ist für mich nämlich das Wichtigste.

Es kommt mir ein wenig komisch vor, daß man jetzt auf einmal - wenn man irgendwelche Parteiveranstaltungen hat; man sollte ja das wirklich alles nützen - auch noch vorschreibt, welche Fahnen dort hinzuhängen wären. Ich glaube nicht, daß sich die SPÖ eine blaue oder gelb-blaue Fahne von den Freiheitlichen hinhängen wird. Das würden die Grünen wahrscheinlich auch nicht tun, und die haben dort auch schon Veranstaltungen abgehalten - wie auch andere mehr. Wir werden sicher unsere Fahnen benützen - und zwar nach den Notwendigkeiten und nach dem Ausmaß, wie wir es glauben. Ich glaube aber nicht, daß der 1. Mai ausschließlich - darum würde ich wirklich bitten - sozusagen der Ehrentag der Sozialdemokratischen Partei alleine ist, sondern es sollten sich eigentl. alle dazu bekennen. Es wäre sehr erfreulich, wenn alle sagen würden, der 1. Mai ist **unser** Tag. Noch dazu, wo wir die 50jährige Geschichte so knapp beieinander haben innerhalb von 3 oder 4 Tagen. In diesem Zusammenhang darf ich wirklich ersuchen, sich ein wenig mit dem 1. Mai zu identifizieren. Aber zum anderen, zu dieser Veranstaltung darf ich wirklich einladen, wer Interesse hat. Es wird nicht nur ein reines Politikum seitens der Sozialdemokratischen Partei sein, sondern mehrere Leute hätten dort die Möglichkeit und würden Platz finden. Wie ich weiß, kommen nicht nur Partei-Mitglieder, sondern auch andere machen mit. Es ist eben offen, wenn man darüber redet, was wir machen wollen. In diesem Zusammenhang darf ich noch einmal sagen, daß man den 1. Mai und vor allem das MAW in seiner Entstehung und in seinem jetzigen Zustand - auch die Gewerkschaft, das darf ich vielleicht noch mit anführen, die Sozialdemokratische Fraktion in der Gewerkschaft - sehr stark betrieben hat. In diesem Zusammenhang bitte ich um die Zustimmung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Koll. Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., sehr geehrte Fr. Bgm., sehr geehrter Hr. Vbgm., werte Damen und Herren des GR! Eigentlich wollte ich mich nicht mehr zu Wort melden - denn so schön, wie unser Partei-Obmann seine Stellungnahme abgegeben hat, so schön kann ich das nicht. Aber mich haben zwei Dinge bewegt, mich dennoch zu melden. Das erste: Sie wissen, ich bin gegenüber der Arbeitsweise des MAW immer sehr kritisch; weil ich nämlich meine, da müßte sich da und dort wirklich etwas ändern. Wo ich aber nicht zustimmen kann, ist, wenn wir dem MAW aufgrund der Veranstaltung am 1. Mai nun parteipolitisches Taktieren vorwerfen. Das kann ich nicht so stehen lassen! Ich meine, es steht wirklich jeder Gruppe frei, sich um das MAW zu bewerben, um dort eine Veranstaltung abzuhalten.

Der zweite Grund, warum ich mich zu Wort gemeldet habe, ist der, weil gelobt wurde, daß sich das MAW sehr vehement um Subventionsgeber bemüht. Da möchte ich eine Feststellung machen - ich habe sie schon vor einem Jahr gesagt, und ich habe sie auch schon in der Sitzung des MAW gesagt: Mir fehlt bei allen Subventionswerbern und Subventionsgebern einfach der Schwerpunkt der Gewerkschaft! Das war nun mein Ansatzpunkt. Es wird immer wieder gesagt, die Gewerkschaft war die große Gruppe, die sich für das MAW eingesetzt hat. Die Gewerkschaft ist auch dritter Mitbesitzer oder Miterhalter des MAW - da meine ich, müßte etwas mehr an Subventionsgeldern an das MAW kommen. Ansonsten bitte ich aber, dem Antrag für die heutige Subvention die Zustimmung zu geben, weil ja das der im Budget und für lange Jahre vorgegebene Zuschuß für das MAW ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hr. Koll. Fürweger ist der nächste.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Ich möchte nur Hrn. StR Tatzreiter kurz ein bißchen korrigieren. Koll. Payrleithner hat die Fahnen gemeint, die entlang des Gebäudes in Eisen dort stehen. Das sind kommunistische Fahnen, und er hat keine anderen Fahnen gemeint!

Aber vielleicht noch allgemein zum MAW. Ich glaube, wir vergessen immer mehr, daß es sich hier um einen Verein handelt. Ein Verein, glaube ich, muß auch eine gew. Eigenleistung bringen. Ich glaube, das vergessen wir allgemein schon - ob das jetzt ein Sportverein ist oder ein Kulturverein.

Wir haben einen kleinen Verein, der im alten Museum eine Ausstellung macht. Dort sind auch sehr viele Leute und sehr viele Touristen. Die schätzen das auch sehr. Wir könnten, glaube ich, auch das verlangen von einem Verein "MAW" - ein bißchen mehr Eigenleistung!

Bei der Durchführung solcher Ausstellungen haben wir in der Vergangenheit schon gehört, daß es gekaufte Ausstellungen gegeben hat. Ich habe mir auch die letzte angesehen - mir fehlt schon ein wenig der Leitfaden. Wir haben wieder die alte Geschichte, die ohnehin schon jeder kennt: Eisentransport vom Erzberg bis Steyr. Das ist alles sehr gut und schön. Es geht dann weiter auf die Eisenbahn, und dann haben wir oben 5 Terminals stehen - das ist das Netzwerk. Mir hat dazwischen

schon ein bißchen etwas gefehlt! So einfach von vornherein schon zu schwärmen und zu sagen, das ist super - es läuft ja noch nicht lange. Warten wir es einmal ab, wieviele Leute sich das ansehen. Nachher sagen wir, ob es gut war oder schlecht! Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor, daher bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke Hrn. Koll. Lengauer - ich habe mir auch das Stichwort "Gewerkschaft" aufgeschrieben. Die fehlen mir nämlich auch auf der Subventionsliste. Sie machen sich immer so stark: "Wir sind und repräsentieren das MAW" - "Wir haben es mitbegründet". Aber wenn man mit ihnen diskutiert - wie bei der letzten Vorstandssitzung - dann sagen sie ganz offen, die Vertreter der Gewerkschaft, die dort mit Sitz und Stimme wohl drinnen sitzen: Aber subventionieren, das haben wir nicht vorgesehen, das werden wir auch nicht tun. Ich glaube, hier gibt es schon auch noch Nachholbedarf.

Ich glaube, ich wurde absichtlich mißverstanden. Es stört mich überhaupt nicht, daß die SPÖ dort unten eine 1. Mai-Veranstaltung hat. Überhaupt nicht! Aber es stört mich

VERSCHIEDENE, LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber es stört mich, wenn unter Vorspiegelung falscher Tatsachen diese Veranstaltung abgewickelt wird. Wenn Sie jetzt hinunter schauen in den Wehrgraben, nach dem Tunnel, wenn Sie die Plakatständer ansehen, dann sehen sie nirgends den Hinweis, daß das eine SPÖ-Veranstaltung ist. Außer wenn Sie stehen bleiben und schauen - dann sehen Sie die ca. 1 cm großen Inserts drinnen! Ansonsten steht "Museum Arbeitswelt". Das meine ich doch unter Täuschung! Das ist Täuschung, meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen, daß viele Leute hinkommen. Sie werden unter sich sein, denn wenn Sie niemand anderen einladen, werden nur die Politiker der SPÖ miteinander diskutieren. Ich wünsche trotzdem einen schönen 1. Mai!

Zu den kommunistischen, roten Fahnen, die in Eisen gegossen sind. Solange sie im Museumsbereich oder im Bereich eines Museums sind, stören sie mich persönlich überhaupt nicht. Solange sie in einem Museumsbereich sind - ich möchte sie nicht am Rathaus oder sonstwo hängen haben! Aber dort - das ist meine persönliche Meinung - stören sie mich überhaupt nicht!

Interessant zu wissen wäre natürlich auch, welchen Preis die SPÖ für diese Veranstaltung dem Verein zahlt. Ich weiß nicht, ob es in diesem Raum jemand sagen kann. Das ist ja auch immer wichtig, denn diese Vereine sind angehalten, Einnahmen zu machen. Das bei der Jahresabrechnung zu sehen, welche Kosten hier aufgelaufen sind, wird sicherlich interessant sein!

Ansonsten bitte ich um Zustimmung für die Jahressubvention von 950.000 Schilling.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zur Finanzierung möchte ich noch sagen, daß die Arbeiterkammer eine halbe Million zahlt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe gesagt "Gewerkschaft"!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das ist schon richtig; ich wollte das nur bemerken. Das ist ein sehr verwandter Verein, der dort tätig ist!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte Ihnen dann noch etwas dazu sagen. Als wir das "Ding" gegründet haben, war auch die Wirtschaftskammer dabei! So ist das. Die hat aber auch noch nie etwas bezahlt! Nur daß wir es schön austarieren und die ganze Wahrheit zur Diskussion bringen!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die sagen ja auch nicht, daß es ihnen gehört!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was mich bes. freut, ist, daß am 1. Mai nicht gerüttelt wird in diesem demokratischen Gremium und daß wir ihn auch noch weiter feiern dürfen!

Kommen wir jetzt zur Abstimmung über diese 950.000 Schilling für das MAW. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? 3 Enthaltungen (FP). Wer ist für diesen Antrag? Danke, der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Neufestsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die VHS der Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1995/96.

Meine Damen und Herren, auch hier handelt es sich um einen Vollzug eines Beschlusses bzw. eines Übereinkommens im Rahmen der Budgetklausur im Dezember 1994, daß auch diese Beträge den tatsächlichen Kosten näher gebracht werden. Das heißt, daß nicht nur die Kursleiterhonorare aufwandsgemäß verrechnet werden, sondern daß auch eine Aufwandsentschädigung, also Kosten, die von seiten des Amtes verursacht werden, mitgetragen werden.

Ich bitte, auch hier Abstand davon zu nehmen, daß ich das ganze vorlesen darf, soll oder muß und ersuche um ev. Diskussion bzw. Zustimmung.

9) VH-5/95 Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorar f. die VHS der Stadt Steyr; Arbeitsjahr 1995/96.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, FA für Erwachsenenbildung, Dienststelle VHS, vom 13. März 1995 werden die Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die VHS der Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1995/96, entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag, neu festgesetzt.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort? Fr. Kollegin Lohnecker. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Hohes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe sehr kurze Fragen, aber für mich war das schon bezeichnend. Ich verstehe nicht, warum die Leiter von Computerkursen ein Honorar von 600 S bekommen und die Sprachkursleiter 230 S oder Ärzte, Psychologen bzw. Therapeuten 400 S.

Ich verstehe auch hier unten den Satz nicht - da ich denke, daß zum Vortrag nur jene eingeladen werden, die auch etwas können, die also Fachkräfte oder Spezialisten sind -, daß der Fachabteilungsleiter in besonderen Fällen Spezialisten und Fachkräften ein höheres Honorar zubilligen kann. Ich denke, ein Computerkurs ist in der Wertigkeit - für mich ist das ein Ausdruck auch der Wertigkeit. Warum werden Menschen, die Hilfestellung geben, das persönliche Leben zu schaffen oder eine Sprache zu erlernen, um soviel, also um die Hälfte niedriger bezahlt als z. B. jene, die eine Ausbildung am Computer lehren - wo es heute schon so vielfältig ist.

Dann hätte ich - das ist zwar eine Lächerlichkeit, weil es sehr gering ist, aber trotzdem - noch eine Frage zum Leiter der Jugendkurse für Freizeitgestaltung: Was macht der? Darunter kann ich mir überhaupt nichts vorstellen! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht dazu noch das Wort? Keine weitere Wortmeldung liegt vor, daher bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, Fr. Gemeinderätin, die Computerkurse sind deshalb höher angesetzt, weil die Lehrpersonen teilweise oder in der Regel - wenn sie so hoch bezahlt werden - mit den Geräten ankommen. Deswegen das höhere Honorar. D. h., das ist eine Abgeltung für die Geräte. So ist die Auskunft der Fachabteilung. Das ist auch durchaus verständlich - obwohl natürlich im freien Wettbewerb eine Computerstunde eines Experten nicht unter 600 S zu bekommen ist; ich meine eher, daß es doppelt soviel ist. Es ist nicht unter diesem Betrag zu kriegen, und es ist schwierig, für diese Kursleiterhonorare überhaupt noch Fachkräfte zu bekommen.

Ich würde Sie gerne einmal einladen, bei einer Feier - einmal im Jahr kommen die Kursleiter zusammen bei diesem Kursleiterabend, heuer haben wir nur ein Sparprogramm gemacht, daß nur jene zusammengekommen sind, die ein bes. Jubiläum gehabt haben -, daß Sie mit ihnen auch diskutieren können. Da sind wirklich in der Hauptzahl sehr viele Idealisten dabei. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie das wegen Geld machen, sondern sie sind engagiert und idealistisch.

Ich bitte um Verständnis, ich weiß nicht, was der einzelne in dem gerade angesprochenen Freizeitbereich macht. Ich weiß es nicht. Ich bitte um Verständnis. Aber wenn es Sie interessiert, können wir gemeinsam nachfragen.

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir werden dem nachgehen. Ansonsten bitte ich um Zustimmung, weil die Gemeinde Steyr, Hr. Dir. Zagler, mehr Geld bekommt, wenn wir dem jetzt zustimmen! Und das ist unser Versprechen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinem letzten Antrag geht es um die lichttechnische Ausrüstung des Alten Theaters. Sie ist, abgesehen von einzelnen Scheinwerfer-Erneuerungen in den letzten Jahren, ununterbrochen und unverändert seit 1980 in Betrieb.

Im Zuge einer notwendigen Reparatur an den vorhandenen Farbwechselscheinwerfern ist festgestellt

worden, daß aufgrund dieser dauernden Verwendung eben einzelne Ersatzteile nicht mehr repariert werden können bzw. konnten, und daher ein Neuersatz notwendig ist.

Ich ersuche den GR um Zustimmung für die Vergabe des Auftrages im Ausmaß von 100.000 Schilling an die dementsprechende Firma.

Der GR muß sich deshalb damit beschäftigen, weil es sich hier um eine kleine Kreditübertragung in der Höhe von 20.000 S handelt.

10) K-50/95 Austausch von Scheinwerfern und teilweise Erneuerung d. Lichtstelanlage im Alten Theater.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI/FA f. Kulturangelegenheiten wird der Auftrag zur teilweisen Erneuerung d. Lichtstelanlage im Alten Theater an die Fa. Ludwig Pani, Wien, vergeben. Zum genannten Zweck wird einer Kreditübertragung in Höhe von S 20.000,-- von der VASSt 1/3230/619000.1 auf die VASSt 1/3230/043700.2 und der Mittelfreigabe in Höhe von S 100.000,-- netto bei VASSt 1/ 3230/043700.2 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall, wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wenn es recht ist, machen wir eine Pause von 15 Minuten. Die Sitzung ist unterbrochen!

PAUSE VON 16.10 bis 16.25 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte den nächsten Berichterstatter, Hrn. StR Eichhübl, an das Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STR. ROMAN EICHHÜBL:

Seit März 1994 werden im gesamten Siedlungsbereich Christkindl, meine Damen und Herren des GR, wertes Präsidium, wie Sie alle wissen, Abwasserkanäle hergestellt. Es sollen daher gleichzeitig in diesem Bereich bestehende Erdgas- und Trinkwasserleitungen erneuert werden, die aufgrund einer längeren Standzeit nur mehr eine kurze Betriebsdauer haben werden. Das soll auch eine Vorsichtsmaßnahme sein, um Wiederaufgrabungen in Kürze zu vermeiden.

Des weiteren soll in den Straßenzügen Marsstraße, Neptunweg, Saturnweg und in jenem Teil der Aschacher Straße, der von der Zufahrt zur Wegererstraße in den südl. Teil der Christkindlsiedlung

führt, neu aufgeschlossen werden. Weiters soll für die Versorgung der Siedlungsgebiete Sandmayrgründe und zum späteren Zeitpunkt Schlüßlmayrsiedlung ein Hockdruckstrang in den herzustellenden Leitungskünetten mitverlegt werden.

Ich darf eine Frage, die im StS aufgeworfen wurde, vielleicht hier vor dem GR beantworten. Die Frage hat gelautet, inwieweit diese von mir zuletzt genannte Maßnahme mit der Vereinbarung "Proyer-Aufschließungsmaßnahmen" in Verbindung steht. Es ist so, daß es eine Vereinbarung mit Bmst. Proyer gegeben hat, die im StS beschlossen wurde. Und zwar ist es darum gegangen, die Niedergasdruckleitung in diesem Siedlungsgebiet zu verlegen. Jetzt geht es um die Hochdruckleitung. Die Niedergasdruckleitung wurde auf Kosten der Fa. Proyer in bezug auf die Tiefbauarbeiten dort vorbereitet. Das war an sich eine günstige Angelegenheit für die Stadtwerke, weil man sich dadurch - obwohl man auf die Aufschließungskosten verzichtet hat - 200.000 S erspart hat.

Daher darf ich, meine Damen und Herren, zum Antragstext kommen, den ich Ihnen verlesen möchte. Der Antrag des StS lautet:

11) Stadtw-14/94 Kanalbau Christkindlsiedlung; baubedingte Erneuerung bzw. Neuverlegung v. Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen; Neuverlegung Erdgashochdruckanschlußleitung Sandmayrgründe - Schlüßlmayrsiedlung (Teil); Vergabe d. Leistungen.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion v. 13. März 1995 wird im Zusammenhang mit der baubedingten Erneuerung von Erd-Trinkwasserversorgungsleitungen im Siedlungsbereich Christkindl (2. BA) sowie der Neuverlegung einer Erdgashochdruckanschlußleitung Sandmayrgründe - Schlüßlmayrsiedlung (Teil) nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt.

I. Wasserleitungsbau

1. Tiefbauleistungen - Fa. Ilbau GesmbH, Filiale Steyr: S 989.066,-- (excl. USt)

2. Lieferung der Rohrmaterialien - Fa. Kontinentale HG, Wels: S 363.278,-- (excl. USt)

II. Gasleitungsbau

a) Kanalbau- und aufschließungsbedingte Niederdruckrohrverlegungen

1. Tiefbauleistungen - Fa. Ilbau GesmbH, Filiale Steyr: S 611.504,-- (excl. USt)

2. Ankauf der Sphärogußrohrmaterialien - Fa. Kontinentale HG, Wels: S 1,316.176,-- (excl. USt)

b) Aufschließungsbedingte Herstellung einer Hochdruckleitung zu den Siedlungsbereichen Sandmayrgründe und Schlüßlmayrsiedlung (Teil)

1. Tiefbauleistungen - Fa. Ilbau GesmbH, Filiale Steyr: S 275.390,-- (excl. USt)

2. Ankauf der Sphärogußrohrmaterialien - Fa. Kontinentale HG, Wels: S 270.170,-- (excl. USt)

Die hierfür erforderlichen Mittel für den Wasserleitungsbau sind aus der laufenden Gebarung der Stadtwerke aufzubringen. Der Gasleitungsbau wird durch eine dem Gaswerk gewährte Kapitaleinlage der Stadt Steyr finanziert.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über meinen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Zunächst hat sich Hr. Koll. Payrleithner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Selbst auf die Gefahr hin, daß ich mich wiederhole, lieber Koll. Zagler, ist es mir ein Bedürfnis, ein paar Bemerkungen dazu zu machen. Es ist erfreulich, wenn an der Peripherie liegende Siedlungen mit Erdgas versorgt werden und so eine bessere Versorgung im allgemeinen erzielt werden kann. Ich muß aber noch einmal - ich habe das von dieser Stelle aus schon ein paarmal gesagt - an Dich appellieren, auch dafür Sorge zu tragen, daß im Zentrum der Stadt, im Altstadtbereich, für die Menschen, die wirklich ein großes Bedürfnis haben in dieser Richtung, finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um auch hier das System bzw. die letzten Lücken schließen zu können.

Ich muß noch einmal auf den Ortskai, auf die Fischergasse, unterhalb der Schlüsselhofgasse im konkreten Fall, zurückkommen. Wir haben auch mit dem Hrn. Bgm. diesbezüglich schon Gespräche geführt. Getan hat sich bis heute nämlich immer noch nichts, weil es eben leider an der Finanzierung hapert. Ich glaube, das ist ja kein "hinausgeschmissenes" Geld, wenn man hier etwas investiert - ganz im Gegenteil. Das kommt mittel- und langfristig alles wieder zurück, wie wir alle wissen, da das Erdgas ja eine pos. Angelegenheit ist und zusätzlich dort unten die Bewohner durch die Gefahr des Hochwassers in den alten Häusern nicht die Möglichkeit haben, feste Brennstoffe, Öl, Kohlen usw. lagern zu können.

Für mich ist es vollkommen unverständlich, daß man dort Einzelanschlüsse zuläßt, weil gerade diese zunehmende Anzahl von Einzelanschlüssen dazu führt, daß jene Menschen, die es sich finanziell nicht leisten können, dann doch in der Minderheit bleiben und wahrscheinlich nicht so rasch oder nicht in der Zeit, die sie sich vorgestellt haben, zu einem Erdgasanschluß kommen können.

Ich glaube, das müßte ja gerade Dir als Sozialdemokrat ein Anliegen sein, daß man den doch eher sozial Schwächeren, die nicht über die finanziellen Möglichkeiten verfügen, sich einen Einzelanschluß (der ja beträchtlich ist) leisten zu können, daß man denen dort endlich hilft und Sorge trägt, daß sie auch einen Anschluß bekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall.

Ich möchte dazu sagen, daß dieses Problem "Ortskai" an sich eigentlich kein soziales Problem ist, sondern meiner Meinung nach ist hier die Vorbereitung und Durchführung des Anschlusses von Erdgas falsch eingeleitet worden. Man hat nämlich - wie Koll. Payrleithner gesagt hat - Einzelgenehmigungen gegeben und diejenigen Häuser, die direkt unterhalb der Schlüsselhofgasse waren, im Einzelanschluß versorgt von dem dort laufenden Strang. Am Ende unten sind dann, glaube ich, 4 Häuser übrig geblieben, bei denen es natürl. nicht wirtschaftlich ist, sie mit einem Strang durch die ganze Fischergasse anzuschließen. Genau diese Häuser sind aber im

Hochwassergebiet, und dort besteht die Gefahr, daß zum einen Verunreinigungen des Wassers stattfinden; und zum anderen daß ihnen alles "davonschwimmt", daß sie sich nicht ordentlich mit Brennmaterialien versorgen können - egal, ob das Holz ist oder Öl etc.

Das heißt, hier werden wir wahrscheinlich die wirtschaftliche Betrachtung etwas zurückstellen und nach einer Lösung suchen müssen. Ich bin jedenfalls dafür.

In Zukunft sollten wir aber aus diesem Vorgang lernen, daß hier nur eine gesamte Betrachtung zielführend sein kann. In die Richtung geht die Bitte an den stadträtl. Referenten, diese Dinge doch noch stärker ins Auge zu fassen. Im Prinzip geht es, glaube ich, nur so, daß wir gemeinsam nach einer Lösung suchen, wie wir die 4 Häuser dort in diesem Bereich noch anschließen können.

Schlußwort - Hr. Referent!

GR DR. TILMAN HORST SCHWAGER TRIFFT UM 16.45 UHR WIEDER EIN.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf Hrn. Bgm. für die Aufklärung danken, darf aber - nachdem ich mich in der Sache sehr befaßt habe - auch einige Anmerkungen machen. Wir haben ja bereits Gelegenheit gehabt, aufgrund einer Wortmeldung v. Koll. Payrleithner hier den letzten Stand der Dinge zu erfahren - vor einigen Monaten war das zu hören. Ich darf Ihnen jetzt den neuesten Stand berichten oder überhaupt einen kleinen Rückblick machen; weil es einfach wichtig ist, und weil der Hr. Bgm. die Gesamtheit einer Betrachtung "Aufschließung" hier verkündet hat.

Tatsächlich war es ja so, daß ursprünglich in diesem Stadtteil beantragt wurde, eine generelle Aufschließung durchzuführen. Für diese Baumaßnahme war aber offensichtlich kein Geld vorhanden. Das hat dann dazu geführt, daß einige Bewohner, die ihre Häuser näher der Schlüsselhofgasse haben, versucht haben, eben einen anderen Weg zu finden, um zu dem Erdgas zu kommen - und zwar einen Anschluß über die Mauer zu erhalten. Diese Anträge sind in den Stadtwerken behandelt und an das Bauamt weitergeleitet worden. Und zwar deshalb, weil man von seiten der Stadtwerke gemeint hat - unabhängig davon, daß man eine Gesamtheit nicht aus dem Auge verlieren soll -, daß Gefahr besteht, daß durch eine Aufschließung über die Mauer die Mauer einstürzen könnte und man deswegen von dieser Seite her diesem Ansinnen nicht näher treten wollte.

Erstaunlicherweise hat es dann doch seitens des Bauamtes eine Genehmigung gegeben - in bezug auf die Haltbarkeit der Mauer - für Einzelanschlüsse. Soweit mir berichtet wurde, hat man aufgrund gesetzlicher Bestimmungen den Anschlußwilligen dann diese Anschlüsse nicht verwehren können. Tatsache ist aber - und wir stehen jetzt vor der Situation, die Koll. Payrleithner geschildert hat und Hr. Bgm. angezogen hat -, daß die wenigen, die es an und für sich am dringendsten bräuchten, dieses Erdgas, übrig geblieben sind.

Der letzte Stand der Dinge - dann bin ich schon fertig mit meiner Berichterstattung - ist der, daß wir natürl. auch von seiten der Stadtwerke versuchen, jenen zu helfen, um die es hier geht, und das Bauamt nochmals bemüht haben, eine Kostenschätzung zu machen, wenn man dort bei dieser bestehenden Künette, wo versch. Leitungen drinnen liegen, eine Erdgasleitung hinzulegt.

Das ist der letzte Stand der Dinge. Aber der Hr. Bgm. hat ja bereits die Bereitwilligkeit angekündigt, dort zu helfen. Ich stehe selbstverständlich voll dahinter. Denn so kann es ja wirklich nicht sein, daß

jenen, die es am notwendigsten hätten, nicht geholfen wird. Vor allen Dingen geht es um einen Anschlußwilligen - dieser hat wirklich die Schwierigkeiten, daß ihm beim geringsten Hochwasser dort die Kohlen "davonschwimmen". Ich werde mich sicherlich nach wie vor in dieser Frage einsetzen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Dann darf ich zum zweiten Antrag kommen, der ebenfalls nicht nur im Ausschuß, sondern auch im StS bereits behandelt wurde. Und zwar tritt die Gemeinde St. Ulrich bereits seit einigen Jahren an die Stadtwerke bzw. an die Stadt heran, einen Nachlaß für die Wasserlieferungen zu bekommen. Das wird seitens der Gemeinde St. Ulrich damit begründet, daß sie administrative Aufgaben übernimmt, wie die Zählerablesung und auch die Ausfallhaftung für nicht entrichtete Wasserbezugsgebühren. Es hat einige Fälle gegeben, die ebenfalls bisher übernommen wurden.

An sich war die Vorstellung der Gemeinde St. Ulrich die, daß man 1 S pro m³ Wasser nachläßt. Wir haben aber dann intern eine Berechnung durchgeführt und sind - in bezug auf die vorhin genannten Leistungen, die die Gemeinde St. Ulrich für die Stadtwerke übernimmt - darauf gekommen, daß wir durchaus eine Ermäßigung von 30 Groschen je m³ Wasser verantworten könnten. Das beziffert nämlich einen Einnahmen-Entfall in der Größe von 8.400 S jährlich.

Der Antrag des StS an den GR lautet:

12) Stadtw-14/95 Wasserbezugsgebühr f. die an die Gemeinde St. Ulrich gelieferten Trinkwassermengen; Nachlaß in der Höhe von S 0,30 (netto) je m³ ab 1. 1. 1995.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 15. 3. 1. J. wird der Gewährung eines Gebührennachlasses in der Höhe von S 0,30 je m³ Wasser (excl. USt) ab 1. 1. 1995 für die im Gemeindegebiet St. Ulrich abgesetzten Trinkwassermengen bis auf weiteres zugestimmt.

Der daraus resultierende Einnahmenausfall beträgt bei einem durchschnittlichen Jahresbezug von 28.000 m³ Trinkwasser rd. S 8.400,--.

Ich darf bitten, über diesen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, wertere Herren Bgm.! Der dritte und letzte Antrag, den ich Ihnen vorzutragen habe, betrifft eine Kapitaleinlage für die Stadtwerke. Wie Sie aus dem Amtsbericht ersehen können, ist das eine neuerliche Vorlage dieses Begehrens von seiten der Stadtwerke-Direktion, die dann auch mit dem Leiter des GB für Finanzen so abgestimmt wurde und auch im StS - wie ich vorhin bereits erwähnt habe - die Zustimmung gefunden hat. Daher lautet der Antrag des StS wie folgt:

13) Stadtw-13/95 Stadtwerke Steyr/Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Kapitaleinlage 1995.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 23. 2. 1995 in Verbindung mit der Stellungnahme des Geschäftsbereiches für Finanzen v. 10. 3. 1995 wird den Stadtwerken Steyr/Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr als notwendiger Zuschußbedarf und zum Zwecke der Realisierung der im Jahre 1995 vorgesehenen Investitionsvorhaben eine Kapitaleinlage in der Höhe von S 14,867.592,35 (S 8,367.592,35 als Verlustabdeckung 1993 und 6,5 Mill. S für Investitionsmaßnahmen 1995) gewährt.

Gleichzeitig wird festgelegt, daß vorerst dem Betriebsverbund Gas und Verkehr ein Akontobetrag in der Höhe von 12 Mill. S zu überweisen ist und daß die Auszahlung des Restbetrages in der Höhe von S 2,867.592,35 an die Vorlage von Abrechnungen der im Jahre 1995 getätigten Investitionsvorhaben (Summe: 6,5 Mill. S) geknüpft wird.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 14,867.592,35 bei der VASSt 5/8790/779000.6 freigegeben.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird dazu das Wort gewünscht? Ich sehe, dies ist nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. StR Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR Ing. Schloßgangl. Ich erteile ihm das Wort für seine Anträge.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sind das alles Girkinger-Rechnungen?

BERICHTERSTATTER STR. ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei meinem ersten Akt handelt es sich um ein "Findelkind" für mich. Ich bin zuständiger Referent geworden für das Kommunalzentrum - ich war zwar nicht immer so eingebunden in diese Agenden, aber nachdem die Aktivitäten doch den Großteil an baulichen Maßnahmen betreffen, wurde ich mit diesem Aktenvortrag betraut. Ich habe ihn auch angenommen - unter der Voraussetzung, daß der Bauleiter, Hr. DI Kremsmayr, dem Bauamt in dieser Angelegenheit unterstellt ist. Ich darf Ihnen nun den Antrag verlesen, der wie folgt lautet:

14) Bau5-201/93 Kommunalzentrum 2. Bauetappe; Adaptierung u. Einrichtung d. Buseinstellhalle, der Werkstätte u. des Servicebereiches, d. Fahrzeugwaschanlage sowie d. KFZ - Prüfstelle; Vergabe div. Arbeiten.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau v. 6. 4. 1995 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten wie folgt zugestimmt:

A) Heizungs-, Lüftungs-, Druckluft- und Sanitärinstallationsarbeiten

Heizungs-, Druckluft- und Sanitärinstallationen - Fa. Rieder, Bad Hall: netto S 2,801.019,80

Lüftungsinstallationen - Fa. Lengauer, Linz: netto S 1,996.631,39

B) Elektroinstallationsarbeiten

Bietergemeinschaft Berger, Mitterhuemer und EBG, Steyr: netto S 5,177.550,60

C) Lieferung und Installation einer Regelungsanlage für Heizung und Lüftung

Fa. Enerco, Steyr: netto S 1,244.937,--

D) Lieferung und Montage einer Fahrzeugwaschanlage

Fa. Schmidt, Breitenfeld: netto S 880.000,--

E) Eigenleistungen des Geschäftsbereiches VII

netto S 6,000.000,--

F) Honorar Büro Dipl.-Ing. Girkingner

netto S 900.000,--

G) Honorare Projektanten Haustechnik

netto S 613.000,--; Heizung, Lüftung, Druckluft, Sanitär: Fa. Scharoplan, Linz; Elektrotechnik: Fa. Hafergut, Dietach

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 19,614.000,-- bei der VAS 5/0290/010100.2 freigegeben.

Ich bitte um Diskussion und um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Hr. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Das Kommunalzentrum wird uns, glaube ich, noch länger beschäftigen. Jenes Haus, das uns verkauft worden ist als **das** Haus, das wie geschaffen für uns ist. Heute werden und wollen wir 20 Mill. S für die Heizung geben, für die Lüftung, für die Sanitärinstallationen, für Elektroinstallationen, weiters für die Regelungen dieser Heizungs- und Lüftungsanlagen und für Lieferung und Montage einer Fahrzeugwaschanlage. Wohl gemerkt in einem Haus, wo wir nur Kleinigkeiten reparieren wollen! Aussage des Bgm. beim Kauf: 5 bis 7 Mill. S haben wir Reparaturbedarf!

Bis heute fehlen mir 2 wichtige Argumente dazu. Erstens einmal: Wer hat diese Aussage gemacht? Wenn sie der Hr. Bgm. alleine gemacht hat, dann soll er es sagen. Wenn er sie nicht alleine gemacht hat, wenn er sich auf Beamte beruft oder auf eine Firma, die diesen Voranschlag gemacht hat, dann soll er nennen, welche Firma oder welcher Beamte das gemacht hat. Dann müssen Konsequenzen her!

Es kann nicht sein, daß wir um einen 10fachen Preis das Kommunalzentrum errichten! Heute spricht man bereits - ganz offiziell - von einem 95 %igen Neubau. 95 %iger Neubau - ohne Beachtung der städtebaulichen Qualität des ganzen Ensembles dort oben!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

95 % - das habe ich noch nie gehört!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube, wenn wir gerade die Ennser Straße hinaus- oder hereinfahren - auch da hätte sich dieses Kommunalzentrum ein besseres Bild verdient! Hier, bei diesen derzeitigen Kosten, die kolportiert werden - ich habe immer noch keine vorliegende endgültige Schätzung, derzeit werden 63 Mill. S kolportiert -, sind aber keine Mittel vorgesehen für die gestalterische Ausstattung dieses Gebäudes. Es schaut von der Gestaltung her schlechter aus als eh und je. Es hat bei den Steyr-Daimler-Puch-Zeiten besser ausgesehen! Vom Ambiente her hat es besser ausgeschaut. Wenn wir jetzt dieses Gebiet ansehen

Sie können ruhig lachen - die Damen und Herren von der SPÖ - es ist so! Sie ruinieren die Stadt damit. Sie können den Gestaltungsbeirat hernehmen. Fragen Sie den Gestaltungsbeirat, was er dazu meint. Das ist nirgends im Gestaltungsbeirat, weil es eben ein Umbau ist und kein Neubau - da hat man gar nicht daran gedacht, daß man das vielleicht auch gestalten sollte, wenn man schon fast 70 Mill. S dort "hineintut".

Wenn nun zwischen dem Raum Kommunalzentrum, Fiat-Autokonzern und GFM eine Tankstelle oder ein ganzes Gebiet mit einer Tankstelle zum zweitenmal den Gestaltungsbeirat nicht passiert,

weil eben dieses Gebiet so furchtbar wertvoll ist für die Stadtgestaltung - da fehlen mir wirklich die Worte bzw. das innere Verständnis dafür, warum man gerade in diesem Bereich beim Kommunalzentrum nichts dafür übrig hat.

Ich möchte meine Aussage bekräftigen, die ich zum Kommunalzentrum bis jetzt immer gemacht habe: Bevor nicht wirklich eine endgültige Planung vorliegt - was wird man dort hineintun, was wird es kosten, wann wird es fertig sein -, solange diese Vorlagen nicht vorliegen, werde ich diesem Kommunalzentrum, diesem Vorhaben nicht zustimmen. Obwohl ich zugebe, daß wir ein Kommunalzentrum brauchen. Aber so ein "dilettantöses" Vorgehen, wie wir es hier bei diesem Kommunalzentrum gehabt haben, das ist wirklich eine Schande!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übergebe den Vorsitz an Fr. Kollegin Mach, um mich an der Diskussion zu beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bgm. das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrter Hr. Dr. Pfeil, meine Damen und Herren! Unter Dilettantismus verstehe ich persönlich etwas anderes. Zunächst einmal ist es notwendig gewesen, sich über die Umstände im klaren zu sein, unter denen die städt. Unternehmungen ihre Arbeit, nämlich das Service für diese Stadt zu verrichten, durchführen müssen. Wir haben sie verstreut über das gesamte Stadtgebiet - zum Teil in sehr ungünstigen Situationen, in Sackgassen-Situationen. Nehmen wir den Wi-Hof her: ein altes Bauernhaus, dessen Ursprünge ins Mittelalter zurückgehen. In der Zeit, in der dieses Gebäude und dieser Platz für den Wi-Hof dienen, haben sich die Umstände wesentl. geändert - der Verkehr, die Straßenführungen, die Einsatzfahrzeuge. All das ist dort nicht am richtigen Platz, und es wird immer als sehr störend empfunden, wenn man mit den großen Einsatzfahrzeugen bei Nacht und Nebel hier ausrücken muß in diesen Siedlungsgebieten usw.

Nehmen wir das Gaswerk und das Wasserwerk. Im Gaswerk unten: eine Sackgassen-Situation - falsch plaziert, aus heutiger Sicht, aufgrund der Entwicklung, die stattgefunden hat.

Die Stadtwerke selbst mit ihrer Direktion in der Färbergasse waren auch nicht optimal. Die Autobus-Garage in der Schuhmeierstraße - herrührend aus einer Zeit, als eine Autobus-Verbindung nur zw. der Stadt und Münchenholz stattgefunden hat. Alle diese Dinge haben doch dafür gesprochen - neben dem Umstand, daß sich die Gebäude, was ihre Auslegung, ihre Größenordnung anbelangt, aber auch ihre Raumsituationen und ihre techn. Einrichtungen u. Ausrüstungen - und haben danach geschrien, eine Veränderung herbeizuführen. Betriebswirtschaftlich eine Selbstverständlichkeit, daß es notwendig ist, Synergieeffekte zu nutzen, hier diese Betriebe unter einem Dach zu versammeln und natürl. auch sicherzustellen - und zwar in eine Zukunft, die ich mind. mit 3 Jahrzehnten bezeichnen möchte -, alles zeitgemäß unterzubringen und auszustatten.

In dieser Situation und nachdem diese Erkenntnisse vorgelegen sind - zumind. bei mir, nicht alle haben sich mit dem Thema beschäftigt; manche natürl. schon, aber nicht alle -, in dieser Situation hat hier aufgrund der wirtschaftl. Veränderungen bei der SDP AG (Aussiedeln der LKW-Sparte) eben

dieses Angebot an die Stadt stattgefunden. Und hier war es belegt: der gewünschte Verkaufspreis der SDP AG hat immerhin 180 Mill. S betragen!

143 Mill. S Wert hat ein Gutachten, das von uns beauftragt wurde, ergeben. Außerdem wurde in diesem Gutachten bescheinigt, daß sich das Gebäude in einem guten Zustand befinde. Was man eigentl. annehmen kann, wenn man weiß, daß das Gebäude etwas mehr als 20 Jahre alt war zu diesem Zeitpunkt, und wenn man weiß, welche Lebensdauer Gebäuden normalerweise zugerechnet wird.

Wir haben hier sehr intensive, zähe, lang andauernde Verhandlungen über ein Jahr lang getätigt und haben schließlich dieses Objekt zu einem Preis von 100 Mill. S erworben, den wir noch dazu budgetgerecht (oder den Möglichkeiten der Stadt besser entsprechend) in drei Jahresraten erlegen konnten. Ich glaube, das war nicht dilettantisch, was wir hier getan haben!

Ich muß allerdings sagen, daß die Einschätzung des Bauamtes - von dort her ist die Information, von unseren Fachleuten, die es besichtigt haben, die natürl. die Raumerfordernisse vor allen Dingen kannten. Hier wurde die Meinung vertreten, es sei wie für uns gebaut. Für den Laien leicht verständlich - auch für Fachleute akzeptabel, wenn man überlegt, daß dort diese Werkstätte immerhin von Architekten gebaut wurde, weil Sie die Gestaltung angesprochen haben, und sie 20 Jahre vorher jedenfalls zu den modernsten Werkstätten in Österreich gehört hat.

Es ist eine Werkstätte für LKW, für Großfahrzeuge. Genau das ist die Verwendung, die wir in einem großen Bereich mit diesem Objekt vorhatten. Es gibt natürl. weit und breit kein ähnliches Objekt, das so geeignet wäre. Man hätte einen Neubau errichten müssen. Sie haben zuerst gerade die Feststellung gemacht, man spricht von einem 95 %igen Neubau. Das ist eine Interpretation, die ich auch so nicht stehen lassen möchte. Hr. Dipl.-Ing. Kremsmayr hat gemeint, diese Adaptierung, die wir hier durchführen, entspricht in der Ausführung und in der Qualität zu 95 % einem neu geplanten und irgendwo hingebauten Kommunalzentrum - was die Qualität anbelangt! Es ist nicht so, daß Sie meinen, wir müssen zu 95 % dieses Gebäude neu errichten. Das interpretieren Sie offensichtlich falsch.

Ich möchte bemerken, daß natürlich die Möglichkeit bestanden hätte - davon sind auf jeden Fall manche ausgegangen, ich auch -, daß man einfach nahezu 1:1 mit den bestehenden Betrieben dort hätte einziehen können. Wahrscheinlich hätte es dort und da deswegen Schwierigkeiten gegeben, weil die Gesichtspunkte (Dienstnehmerschutz, feuerpol. Bestimmungen und andere Bestimmungen) nicht erfüllt worden wären. Man hätte wahrscheinlich keine Betriebsbewilligung erhalten. Es ist aber so, daß - als sich die Fachabteilungen im Detail damit beschäftigt haben - festgestellt wurde, daß versch. andere Einrichtungen, die man ursprüngl. nicht geplant hat, mit in Betracht gezogen wurden, um sie ebenfalls dort zu situieren. Ich erinnere daran, daß zunächst nicht daran gedacht war, die Gärtnerei dorthin zu bringen. Man hat nicht daran gedacht, die Prüfstelle des Landes, die derzeit auch schlecht untergebracht ist, dorthin zu bringen. Man hat ursprüngl. nicht daran gedacht, ein Altstoff-Sammelzentrum hinzumachen, das alleine mit ungefähr 6 Mill. S zu Buche schlägt.

Es ist also möglich geworden, alle unsere Unternehmungen dorthin zu situieren und unter einem Dach zu versammeln. Man hat auch festgestellt - hier wollte man auch der Anrainer-Bevölkerung entsprechen -, daß die Konzeption geändert werden muß gegenüber der alten Haupt-Repa der SDP AG. Nämlich insofern, als man die großen Busse an die Nordseite dieses Objektes - zweckmäßigerweise - situiert, um nicht - während der Nachtstunden vor allen Dingen - die Wohnbevölkerung in der Nähe mit dem Lärm, der aus dem Betrieb von Bussen entsteht, zu belästigen und zu beeinträchtigen.

Alle diese Umplanungen, die sich dann ergeben haben, schlagen natürlich entspr. auf die Kosten und auf den Preis. Es wäre natürl. möglich gewesen, die Werkzeuge aus der alten Werkstätte in Mönichholz mitzunehmen und dort wieder an die Wand zu hängen. Aber so eine Werkstätte wäre

überhaupt nicht zeitgemäß, und es wären daraus auch nicht die Rationalisierungseffekte abzuleiten. Wir legen ja zwei Werkstätten zusammen usw.

Das ist ein ungeheuer komplexes Thema. Nicht alle Tage geht eine Stadt daran, ihre gesamten kommunalen Unternehmungen und Betriebe zu konzentrieren. Wir haben in der Erkenntnis dieser doch etwas schwierigen Umstände, die sich auch erst gezeigt haben als die Fachabteilungen neue Bedürfnisse angemeldet haben, sofort eine Projektgruppe eingesetzt und Hrn. Dipl.-Ing. Kremsmayr - den Leiter unseres Wi-Hofes, der zusätzlich zu seiner Ausbildung als Dipl.-Ing. noch eine Baumeister-Ausbildung gemacht hat - mit der Leitung dieses Projektes beauftragt. In dieser Projektgruppe sind auch die größeren Fachabteilungen vertreten, sodaß in dem Gremium alle diese schwierigen Abstimmungsgespräche geführt werden können. Also auch Projektmanagement ist etwas, das in dieser Stadt noch nicht gemacht wurde. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit schon sagen. Wir haben uns hier moderner Instrumentarien bedient, um das "auf die Schiene zu bringen".

Daß natürlich Kosten entstanden sind, wenn wir das in einer völlig anderen Weise nutzen und adaptieren mit zusätzl. Aktivitäten und mit zusätzl. Einrichtungen, das ist eine Selbstverständlichkeit; wenngleich ich auch hier gerne zugebe, daß ich von dieser Planung, die zunächst eine Schätzung von 40 Millionen ergeben hat, schockiert war. Als ich gefordert habe, diese Kosten zu reduzieren und zu sparen, waren sie dann bei 60 Millionen. Die letzten Werte waren über 70 Mill. S, aber dann haben wir ganz massiv "draufgedrückt", hier wirklich alle Kostenoptimierungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Gerade hier hat, glaube ich, Hr. Dipl.-Ing. Kremsmayr ausgezeichnete Arbeit geleistet mit seinem Team. Mittlerweile konnten die Kosten auf 63,6 Mill. S gedrückt werden. Es fehlt natürl. noch jede Detailplanung, auch die Möglichkeit, dabei erst die Kostenoptimierung herbeizuführen für die weiteren Betriebe, die dort noch angesiedelt werden sollen - nämlich Wasserwerk, Gaswerk, Gärtnerei und die anderen, die noch in Frage kommen.

Die Waschanlage z. B. war ja auch nicht von Anfang an als Selbstverständlichkeit vorgesehen, erweist sich aber als sehr sinnvoll. Wahrscheinlich wenngleich auch man eine Kostenrechnung unterlegen muß, wie sich diese Kosten möglicherweise gestalten würden, wenn man diese Arbeit fremd vergeben würde - wenn es diese Möglichkeit in der Nähe gibt.

Das ist kein so einfaches Unterfangen, glaube ich, daß man sich einfach herstellen kann und sagt: von vorne bis hinten Dilettantismus. Es ist etwas, das man in Rezeptbüchern nicht nachlesen kann, das eine Stadt wie Steyr angegangen hat, wobei es auch möglicherweise den einen oder den anderen Irrweg gibt. Jedenfalls die Absicht und die Bemühung, die wir in die Tat umsetzen, alle Service-Betriebe so zusammenzufassen, daß auch in der Zukunft und auf einem Zeitraum von den nächsten 2 - 3 Jahrzehnten diese Stadt das zeitgemäße und damit auch kostengünstige Service für die Bürger erhalten kann, ist eine im Prinzip sehr positive Angelegenheit. Das hätte ich bei dieser Gelegenheit doch gerne auch wieder einmal gesagt!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Hr. StR Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Ich wiederhole mich fast, aber ich denke, die Wichtigkeit dieser Angelegenheit ist es, auch dazu Stellung zu nehmen. Wenn Hr. Dr. Pfeil plötzlich die Steyr-Werke in Schutz nimmt und sagt, daß sie so ein schönes Gebäude gehabt haben, mag das stimmen

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe gesagt, es ist schöner gewesen!

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

..... dann mag das ebenso stimmen, wie daß ein Gebäude in den letzten Jahren neu errichtet wurde. Geschmäcker sind eben verschieden. Ich denke, wie schon der Bgm. gesagt hat, die architektonische Darstellung dieses Gebäudes kann sich auch heute noch immer sehen lassen!

Ich denke überhaupt, daß es einzigartig ist, eine grundsätzlich gute und vor allem auch wirtschaftlich einleuchtende Sache, aus welchen Gründen auch immer, zu diffamieren. Da gab und gibt es über das ganze Stadtgebiet verstreutliegende, teilw. artverwandte Abteilungen und Einrichtungen, aus Notwendigkeit traditionell entstanden; untergebracht in von behörtl. Schließung bedrohten Gebäuden, weit entfernt von ergonomisch ausgestatteten Arbeitsplätzen. Da gab es ein entspr. gewerblich gewidmetes Grundstück mit Gebäuden. Eine Preisvorstellung des Eigentümers in Höhe von 180 Mill. S; in der Folge ein unabhängiges Gutachten mit einem ermittelten Kaufwert von 143 Mill. S. In weiterer Folge einen Bürgermeister Leithenmayr, dessen anerkanntes Verhandlungsgeschick den Preis auf 100 Millionen drückte. Zahlbar in 3 zinsfreien Jahresraten.

Damit ging nun eine Situierung in den Besitz der Stadt über, die diese endlich in die Lage versetzt, betriebswirtschaftl. durchdacht Gas- und Wasserwerk, Stadtwerke, städt. Verkehrsbetriebe, Stadtgärtnerei, Wi-Hof, Waschanlage, die Kfz-Prüfstelle des Landes und Altstoff-Sammelzentrum unter ein Dach zu bringen. Zum Beispiel das Altstoff-Sammelzentrum: Eine Stadt wie Steyr mit 40.000 Einwohnern hat ein Altstoff-Sammelzentrum in einer Behelfsgarage untergebracht. Ich schäme mich, dort überhaupt jemanden hinzubringen. So sieht die Situation aus. Die Leute, die dort arbeiten, verbringen wirklich Hervorragendes, in dieser Umgebung die Altstoffe für diese Stadt, für unsere Bürger entspr. zu sammeln und zu entsorgen.

Traf uns die erste Kostendarstellung bei Erstbetrachtung wie ein Keulenschlag, denke ich, daß diese nun eingesetzte Projektgruppe ein sachliches, sparsames, aber doch funktionelles Projekt zum Großteil erarbeitet hat bzw. noch ausarbeitet. Gegenüber der ersten Spontanüberlegung, eine Autobus-Unterkunft mit Wi-Hof-Unterbringung, ist bei Einbeziehung aller neuen und bereits erwähnten Fakten (Gas- u. Wasserwerk, Stadtwerke, städt. Verkehrsbetriebe, Stadtgärtnerei, Altstoff-Sammelzentrum, Wi-Hof, Waschanlage und Prüfstelle des Landes) tatsächlich ein Kommunalzentrum im Entstehen. Ein Kommunalzentrum, dessen Synergie-Möglichkeiten voll und ganz auszuschöpfen sein werden. Dabei ist auch durchaus Phantasie erlaubt, in und über welche Bereiche sich diese Synergie erstrecken wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster hat sich Hr. GR Payrleithner zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich darf vorausschicken, daß ich diesem

Antrag die Zustimmung erteile, denn eine weitere Verzögerung würde nur wieder zu Lasten der Bevölkerung gehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dafür großes Verständnis vorherrscht. Ich muß aber schon anmerken, daß es mir sehr schwer fällt, diese finanzielle "Krot" - wenn ich das so sagen darf - zu schlucken. Wenn man sich vor allem auch einige Posten näher anschaut. Wie z. B. die Honorargebühr. Koll. Dr. Schwager hat ja ironischerweise schon gemeint, als Hr. StR Schloßgangl herausgegangen ist, daß das wahrscheinlich die Rechnungen von Hrn. Girkingler sind. Wenn man das näher ansieht, hat man nämlich wirklich den Eindruck. Vor allem hat er ja die Planungsarbeiten in diesem Projekt nicht einmal beendet und verlangt dafür 2,8 Mill. S und ist während des Baues darauf gekommen, daß man das eigentl. im eigenen Haus auch machen kann. Wie das funktioniert, wäre mir auch eine Erklärung wert - und das ohne Ausschreibung!

Aber vielleicht auch noch etwas anderes: Ich glaube, Koll. Spanring, ich kann mir nicht vorstellen, daß Du das wirklich noch ernst meinst, wenn Du heute noch immer behauptest, daß das - ob es jetzt 180 oder 100 Mill. S waren - ein großartiger Verhandlungserfolg war. Wir haben die Gelegenheit gehabt, im Rahmen einer Besichtigung des Bauausschusses dieses Objekt mit den zuständigen Beamten des Hauses besichtigen zu können. Dort - es gibt Zeugen, die heute auch hier sitzen - ist uns von denen erklärt worden, wir haben eine Ruine gekauft. Kein Mensch würde heute noch diese Behauptung aufstellen, daß diese Ruine um 100 Mill. S jemand gekauft hätte. Das schon zur Klarstellung. Das glaubt inzwischen kein Mensch mehr, wenn man sich das genauer anschaut dort oben.

Vielleicht noch eine kleine Bemerkung in Richtung StR Schloßgangl, was die weitere Verwendung des dann frei werdenden Wi-Hofes im Schlüsselhof anbelangt, nachdem einige Anrainer Vorschläge an mich herangetragen haben. In diesem Stadtteil gibt es kein Lokal. Es gibt eigentl. keine Möglichkeit der Begegnung, und es ist eine große Bundesschule in der Nähe. Es besteht der Wunsch - ich bringe das hier nur vor, ich habe mich nämlich beim zuständigen Planer, bei Hrn. Grassnigg erkundigt. Es gibt keinerlei Planungen - zumind. zu dem Zeitpunkt, wie ich mich bei ihm erkundigt habe -, was mit diesem Objekt geschehen soll. Es besteht dort der Wunsch der Bevölkerung und auch seitens der Schülervereiner, daß man vielleicht ein Begegnungszentrum errichtet; daß die Gemeinde vorsieht, daß Räumlichkeiten geplant sind, um später dort ein Lokal zu errichten, damit die Menschen dort sich auch treffen können. Vielleicht werden aus dem Rest (unten im Wi-Hof) Wohnungen in "sanfter" Weise errichtet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte ebenfalls diesen vorliegenden Antrag, meine Damen und Herren des GR, wertes Präsidium, zum Anlaß nehmen, um einen kurzen Rückblick in der Entstehungsgeschichte des Kommunalzentrums zu machen, das ja inzwischen bereits teilw. adaptiert und saniert ist, wie Sie alle wissen.

Ich kann mich daran erinnern, meine Damen und Herren, daß - als damals der mögliche Ankauf dieses ehem. Areals der Haupt-Repa durch die Stadt zur Diskussion angestanden ist - es sehr viele Gemeinde-Mandatäre gegeben hat, die sehr erfreut darüber waren, u. a. auch ich, daß man nunmehr eine Möglichkeit, ein Areal gefunden hat, noch dazu mit dort situierten Gebäuden, um unter einem Dach Dienstleistungsbetriebe unserer Stadt dort unterzubringen. Wobei noch die örtl. Gegebenheiten in bezug auf Erreichbarkeit vorhanden sind. Natürlich, meine Damen und Herren des GR, habe ich

als zuständiger Referent der Stadtwerke in erster Linie eben an die Stadtwerke gedacht; und hier wiederum im bes. an die desolaten Verhältnisse in der derzeitigen Busgarage und Servicestelle in Münichholz. Ich glaube, ich muß das nicht im einzelnen aufzählen, das wurde ja bereits - nicht nur von mir, sondern von anderen Debattenrednern - bei jeder Gelegenheit aufgezeigt, unter welchen Bedingungen dort unten vom Personal Service-Arbeiten geleistet werden müssen, welche Raumknappheit dort für die Bus-Chauffeure herrscht, welche Knappheit dort herrscht, die Autobusse abzustellen, sodaß eben nicht alle untergebracht werden können. Dann geht es weiter mit der mangelnden Belüftung und einiger anderer sehr mangelhaften techn. Einrichtungen.

Da hat es auch Mandatare gegeben, die geradezu in einen Jubel ausgebrochen sind - da hat auch Koll. StR Zagler dazu gehört -, als kolportiert wurde, daß neben dem Ankauf in der Größenordnung von 100 Mill. S nur mehr 5 bis 7 Mill. S an Adaptierungskosten notwendig sein werden, um all das unterzubringen, was vorhin bereits genannt wurde, und daher - das wurde auch bereits gesagt - dieses Areal incl. der Gebäude für uns wie geschaffen ist.

Die Ernüchterung folgte auf dem Fuß, denn hier hat es auch eine sehr interessante Entwicklung gegeben: Unmittelbar vor Beginn der Klausurtagung zum Budget für das Jahr 1995 im Dezember wurde plötzlich in der Öffentlichkeit bekannt, daß etwa 80 Mill. S an Adaptierungskosten zu erwarten seien.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

76!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Etwa 80 Mill. S! Ich kann mich genau erinnern - ohne daß man jemals in irgendeinem Gremium des GR, des StS oder irgendeines Ausschusses davon gehört hätte. Genau das war es ja auch, meine Damen und Herren, das dazu geführt hat, daß damals bei der Klausurtagung sehr heftige Debatten geführt wurden. Jeder erinnert sich daran, der dabei war. Wir von der Freiheitl. GR-Fraktion, als Vertreter Hr. Dr. Pfeil und ich, haben dort verlangt, eine Kostenaufstellung für dieses Gesamtprojekt in Kürze vorzulegen. Ich darf feststellen, eine Kostenaufstellung in schriftlicher Form ist mir bis heute nicht bekannt. Lediglich bei der letzten Finanz- und Rechtsausschuss-Sitzung wurde mündlich übermittelt, daß man mit allen Etappen mit Aufwendungen in der Größenordnung von 63,6 Mill. S wird rechnen müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Und noch Einsparungen erwartet!

Das muß auch dazu gesagt werden!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

..... mit 63,6 Mill. S wird rechnen müssen! Das ist die eine Seite, meine Damen und Herren!

Herr Bürgermeister, es ist sehr erfreulich, wenn Einsparungen zu erwarten sind. Ich habe es anders übermittelt bekommen. Es waren vorerst Gesamtkosten von etwa 74,3 Mill. S, die dann reduziert wurden auf 63,6 Millionen. Bitte, wenn es weitere Einsparungen gibt, ist das nur mehr als erfreulich!

Aber - wie gesagt - das ist die eine Seite der Medaille. Die zweite Seite der Medaille ist die, daß ich diesem Antrag im Wissen um die desolaten Verhältnisse, die ich vorhin nur andeutungsweise geschildert habe, die dort im Bereiche der derzeitigen Garage in Münichholz vorherrschen, dem Antrag die Zustimmung geben werde. Allerdings die Kritik, die ich geäußert habe, bleibt nach wie vor aufrecht.

Eines darf ich noch dazu sagen - das darf ich auch mit ruhigem Gewissen machen, nachdem ich ja beruflich damit zu tun habe: Und zwar betrifft das die Fahrzeugwaschanlage. Hier bin ich ebenfalls der Meinung, wenn man schon eine Buseinstellhalle errichtet, einen Werkstätten- und Servicebereich errichtet, dann ist es auch zweckmäßig, vor Ort eine Waschanlage zu installieren. Und zwar deshalb, weil man ja - wir haben das in der Firma einige Zeit probiert, auswärtig Wäschen zu vergeben - nicht vergessen darf, daß das Fahrzeug hingebracht werden muß, wieder zurückgebracht werden muß, man dafür Personal benötigt, das auch bezahlt werden muß, und noch dazu den Verkehr um ein Vielfaches "anheizt". Daher, meine Damen und Herren, habe ich bereits angekündigt, daß ich diesem Antrag die Zustimmung geben werde. Ich stelle aber nochmals kritisch fest, daß es nach wie vor keine Kostenrechnung in bezug auf die weiteren Bereiche, die dort installiert werden sollen, gibt und darf daher nachträglich im Namen der Freiheitlichen GR-Fraktion diese Kostenschätzung einfordern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nun ist Hr. StR Holub am Wort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des GR! Ich will Ihnen nicht das Geheimnis vorenthalten, warum ich mich im StS der Stimme enthalten habe. Die Entwicklung rund um das Kommunalzentrum ist also aus versch. Blickpunkten, in begrüßenswerten und weniger begrüßenswerten Einzelheiten geschildert worden. Ich glaube, daß man grundsätzlich einmal in der Debatte anmerken muß, was nicht mehr widerrufbar ist, kann man auch nicht mehr beweinen. Erstens: Die Halle wurde gekauft. Erstens/erstens: Alle Fraktionen haben durch ihre maßgeblichen Sprecher erklärt, daß sie mit dem Kauf nicht nur einverstanden, sondern auch zufrieden sind. Das Lob für den Hrn. Bürgermeister war ein heftiges - von allen Seiten. Zweitens: Die Notwendigkeit, Betriebe umzusiedeln aus allen Stadtteilen, ist unbestritten. Drittens: Die Situation in der Autobusgarage ist eine klägliche bisher - nicht nur die Unterbringung der Fahrzeuge, sondern auch der dort tätigen Menschen; jedenfalls kritikwürdig! Viertens: Die Synergieeffekte sind unbestreitbar. Fünftens: Wir können uns das ganze aber nicht leisten. Und vor diesem Hintergrund spielt es sich ab! Das ist die Heimat meiner Stimmenthaltung.

Es wäre wunderschön, wenn wir alles tun könnten. Es wäre wunderschön, wenn wir alles finanzieren könnten. Es wäre sogar wunderschön, wenn wir einen Plan gehabt hätten dafür! Und es wäre recht beruhigend, wenn man beim jetzigen Antrag sagen könnte, das ist es jetzt! Die Rede hör' ich wohl, allein mir fehlt dazu tatsächlich der Glaube.

Ich kann nicht erkennen, daß hier eine koordinierte Planung stattgefunden hat - vielleicht auch deshalb nur nicht, weil mir der Blick verstellt ist. Ich kann nicht erkennen, daß eine koordinierte Abwicklung der Planung stattfindet - vielleicht auch deshalb, weil mir der Blick verstellt ist; weil ich

nicht direkt Zugang habe zu den Planungsmaßnahmen, sondern weil die Planungs koordinierung in den Händen des Bürgermeisters liegt und sonst niemandes. Darum habe ich auch nicht ganz erkennen können, daß mein Kollege Schloßgangl zum Antragsteller wird und ein "Findelkind" sozusagen als "Adoptivvater" weiter in Pflege nehmen muß, weil sich sonst für das "Kinderl" keiner erbarmt - das arme, kleine, nur 5 Millionen teure!

Ich kann nicht erkennen, daß der Zuzug von einzelnen Betriebszweigen in die Halle geordnet erfolgt ist. Mag sein, daß mir der Blick verstellt ist, weil ich nicht Mitglied der Projektgruppe bin. Mag sein, daß mir in meinem kleinen Geist der Blick verstellt ist auf die Effektivität von Projektgruppen. Aber wenn man so das offene Ohr quer durch die Dienstzweige im Haus richtet, sind nicht alle sehr angetan von der Effektivität verschiedenster Projektgruppen! Als Gemeindevertreter kann man von der Effektivität exakt dieser gegenständlichen Projektgruppe jedenfalls nicht überzeugt sein. Denn sonst wäre es richtig gewesen - in knappen Finanzen -, schrittweise aufzubereiten, den Entscheidungsträgern vorzulegen: "... das und das schlagen wir vor, das kostet es, wenn wir es nicht tun, bedeutet es das". Das vermisse ich! Das ist einer der Heimorte meiner Stimmenthaltung.

Es ist schon richtig, daß man fertig bauen muß, was man begonnen hat. Die Frage ist nur, wieviel auf einmal. Es ist schon richtig, daß man jetzt mit Verordnung Kostenreduktion herbeiführen kann. Der Planende gerät in Panik, reduziert seine Kosten. Am Ende ist es um die Hälfte teurer, das wissen wir - so war es bei der Altersheim-Küche. Genauso geht das nämlich!

Daher - wieder eine Heimat meiner Stimmenthaltung: Ich kann nicht glauben, daß die Planmäßigkeit schon eingekehrt ist. Vielleicht nur deshalb, weil mir der Blick verstellt ist. Mag sein! Ich bin fest davon überzeugt, es wird mir Aufklärung geliefert werden. Vielleicht ist mir so langes Leben beschieden auf dieser Erde, daß ich es auch noch beobachten kann, ob diese Aufklärung richtig war!

Wir haben 63 Millionen oder 64 oder 65 Millionen jetzt gehört - als Sieg über 72 Millionen! Wenn man die Baukostensteigerung für eine Bauzeit von 1 bis 2 Jahren dazu addiert, ist man wieder auf dem Betrag, der nicht sein kann, weil er nicht sein darf. Das ist eine der Heimaten meiner Stimmenthaltung.

Ich bin überzeugt, daß es richtig ist, über Synergien nachzudenken. Aber wenn es ein Machtwort des Bürgermeisters braucht, um herbeizuführen, daß eine einheitliche Telefonanlage installiert wird, meine Damen und Herren, dann zweifle ich an der Effektivität von Projektgruppen! Mag sein, daß mir der Blick verstellt ist, weil ich nicht teilhabe an diesem Prozeß. Aber der Blick sollte nicht verstellt sein dem Leiter des inneren Dienstes, der für die Koordinierung verantwortlich ist; und der Blick kann Unmöglichlicherweise verstellt sein dem Bürgermeister, weil er die Planungshoheit und die Ressortübergreifende Koordinierung hat. Da sage ich nicht mehr, daß mir der Blick verstellt ist! Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erkenne ich nicht, weil sie offensichtlich recht spät begonnen hat - nachdem die Projektgruppen beschlossen haben, was wir beschließen müssen. Und so geht es nicht, meine Herren Magistratsdirektor und Bürgermeister. Das ist eine der Heimaten meiner Stimmenthaltung.

Ich würde wirklich bitten, die Lehren aus diesem Vorgang zu ziehen. Man saniert ein davongelaufenes Projekt nicht dadurch, daß man einen Stadtrat, der die größten Beträge in seinen Büros durchlaufen läßt, zum "Kindesvater" erklärt, sondern man saniert es dadurch, daß man es in den Griff bekommt. In den Griff bekommt man diese Projekte, wenn man sie planmäßig darstellt, wenn man die Ausgaben sequentiell erläutert und wenn man die Folgekosten eines Abweichens vom Plan erwägt. Ich kann nicht erkennen, daß diese Erwägung stattgefunden hat. Vielleicht, weil mir der Blick verstellt ist. Jedenfalls aber deshalb, weil der GR keine Information darüber hat. Und Sie, meine Damen und Herren, heben jetzt die Hand zum zweiten Mal zu den Ausgaben - jetzt sind es 19 Mill. S. Wer von uns weiß, was heuer noch an notwendigen Folgeleistungen einherkommen wird? Wer von uns weiß es? Ich nicht! Das ist einer der Gründe meiner Stimmenthaltung im StS, weil ich dort nicht zustimme, wo ich mich nicht auskenne! Ich bitte Sie um Ihr Verständnis für diese, meine

Haltung - auch wenn sie vielleicht nicht ganz der Stimmung der Mehrheit in diesem Haus entspricht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR Zagler ist der nächste.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte vom Pathos wieder ein bißchen zurückkommen in den Bereich der Realität. Das, was StR Holub hier ausgeführt hat, unterstreiche ich bis dorthin, wo er gesagt hat, dem Bürgermeister hat man hier herinnen applaudiert für den damaligen Vertragsabschluß beim Kauf der Repa. Ich unterstreiche auch, daß es wirklich eine unabdingbare Notwendigkeit ist, für kommunale Dienstleistungsbetriebe in einer Stadt wie Steyr ein zentrales Gebäude zu finden. Ich möchte das noch deutlicher untermauern dadurch, daß ich es als bes. sinnvoll erachte, daß die Führungsebene auch dort angesiedelt ist, wo sich die Produktionsstätten befinden. Gerade in Steyr kann die Belegschaft der SDP AG ein Lied davon singen, was es bedeutet, wenn sich die Verwaltung nicht am Produktionsstandort befindet, sondern - wie in diesem Fall - in Wien. D. h., eine gew. Betriebsblindheit oder eine schlechte Sicht, ein verstellter Blick mag auch hier bis in die Leitungsebenen vorkommen, wenn man nicht an der Basis ist, wo die Dienstleistungen erbracht werden.

Ich glaube, summa summarum, war das auch die damalige einhellige Meinung im GR, daß wir hier einen richtigen Schritt in die Zukunft setzen. Damit bin ich auch bei dem Wort "Zukunft". Das, was wir aus dieser Repa machen sollen, aus diesem kommunalen Dienstleistungszentrum, soll nicht etwas sein, das auf ein paar Tage, auf ein paar Wochen, auf ein paar Monate diese Zusammenführung mit sich bringt, sondern soll in seiner funktionalen Gliederung so sein, daß es die nächsten Jahre, die nächsten Jahrzehnte anhält.

Alleine die erste Bauetappe, die Renovierung des Verwaltungsgebäudes oben, wo inzwischen die Stadtwerke-Direktion mit den administrativen Bereichen eingezogen ist, hat uns ja schon vor die Frage gestellt: "Sollen wir die vorhandenen Büros so belassen und nur die Schreibtische auswechseln und die Personen, die dort aus- und eingehen?" (sprich die Mitarbeiter von SDP durch die Mitarbeiter der Stadtbetriebe zu ersetzen); oder soll man hier bereits eine Renovierung machen, die für die nächsten Jahre hält. Wie sich das eben auch ergibt, bei einem Renovierungsaufwand kann man mit sehr wenigen Mitteln zwar adaptieren, aber diese zukünftige Gestaltung nicht machen. Dann stellen sich die Fragen: Soll man die Fenster erneuern? - Auch aus energiepolitischen Überlegungen. Wenn ja, wird man wahrscheinlich auch die Wände behandeln. Wenn man die Wände behandelt, soll man sich die Frage stellen: Ist das, was an Innenleben in den Wänden drinnen ist, in einer Qualität, die dann 20, 30 oder 40 Jahre noch anhält, oder sollen wir nicht gleich auch hier diese Schritte setzen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das, habe ich gemeint, ist Dilettantismus, daß man hier keinen Plan hat! Genau das habe ich gemeint!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Hier möchte ich Dir ja fast recht geben und das auch bestätigen, daß man uns zwischen einer notdürftigen Adaptierung und einer Benutzungsfähigkeit dieses Gebäudes und einer echten Revitalisierung und Renovierung damals nicht die richtigen Zahlen genannt hat. Daß dann für die Einbauten dieser Betriebe klarerweise die Funktionsüberlegungen anzustellen sind, auch die Überlegungen anzustellen sind, wie bettet sich das ganze in das Umfeld ein - das wurde auch schon angesprochen; Bgm. Leithenmayr hat gesagt, daß man eben sehr bewußt die Bereiche, wo LKW und Autobusse, die vor allem in der Früh bald wegfahren und dort ihre Druckluft entsprechend gestalten müssen, vom Wohnbereich wegrückt, was eben zusätzlicher Investitionen bedarf. Das wäre wieder unsere Entscheidung, zu sagen: Wollen wir hier für die Bevölkerung eine Verbesserung herbeiführen oder wollen wir Kosten sparen?

Auch die Zusatzfunktionen, über die wir uns damals überhaupt nicht bewußt waren, wie beispielsweise ein Altstoff-Sammelzentrum dort oben hinzubauen. Wir wissen, wir brauchen eines, wir müßten es - egal an welchem anderen Ort der Stadt Steyr - errichten. Da ist es doch naheliegend, das wieder hier in die Zentralisierung hineinzugeben, und von den 63 Mill. kann man schon wieder 6 in Klammern schreiben, die ansonsten anderswo in derselben Höhe zu finanzieren gewesen wären.

Eine andere Entscheidung. Du bist doch selbsternannter Retter der Bewohner der Gründbergsiedlung. Du willst jeglichen Verkehr aus der Siedlung draußen haben, aber scheinbar diesen Schluß nicht zutreffen lassen, daß man dort oben durch das Prüfzentrum der Landesregierung in der Repa das Prüfzentrum aus der Gründbergsiedlung herauslösen kann und dort hinaufgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist doch etwas ganz anderes!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Das ist schon ein Zusammenhang, den auch Du unbedingt sehen solltest! Auch hier stecken rd. 6 Mill. S für das Prüfzentrum gemeinsam mit der Waschanlage drinnen.

Mich freut natürlich eines, daß nämlich Koll. Eichhübl hier doch auch für die Mitarbeiter im Betrieb, für die Stadtwerke votiert, wodurch bei Euch in der Fraktion eine gew. Zerrissenheit - aber nicht das erstemal - erkennbar ist.

VERSCHIEDENE, UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da brauchst Du Dir keine Sorgen machen!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Was mir noch bes. ins Auge sticht, ist, daß das Projektmanagement in diesem Fall eingesetzt wurde und auch bislang funktionale Arbeit leistet. Wir könnten daraus lernen und viel mehr - statt Fremdvergaben - an unsere eigene Kraft glauben. Ich glaube, daß das Team unter Dipl.-Ing. Kremsmayr eine gute, profunde Arbeit leistet, und daß dieses Team sich auch darüber nicht hinwegsetzen kann, daß es Arbeitnehmerschutz- u. Brandschutz-Bestimmungen gibt, die eben entsprechende

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die hat es ja früher auch schon gegeben, die sind ja nicht neu! Die sind ja nicht neu, diese Bestimmungen!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

..... die entsprechende Arbeiten ganz einfach notwendig machen. Meine Meinung - und ich bitte den GR, sich auch hier anschließen zu wollen - ist die, daß wir ein deutliches "A" gesagt haben; und wer dieses deutliche "A" gesagt hat, soll auch hier ein deutliches "B" dazu geben, damit wir dieses Jahrhundertprojekt - wie wir es genannt haben - auch wirklich so fortführen, daß es die nächsten Jahrzehnte funktionieren kann. Nicht nur für das Wohl der Mitarbeiter, sondern vor allem auch der Bürger, die unsere kommunalen Dienstleistungen erbracht haben wollen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich muß sagen, für mich ist es auch eine Erlösung, wenn die Busse wegkommen, denn es ist nicht angenehm, wenn sie in der Früh immer kalt starten.

Hr. GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., sehr geehrte Fr. Bgm., sehr geehrter Hr. Vbgm.! Sehr geehrte Damen und Herren des GR! Ich möchte jetzt all das, was an Positivem über das Kommunalzentrum gesagt wurde, nicht wiederholen. Ich möchte einfach eine andere Sicht hereinbringen; ich möchte Ihnen sagen, wie es mir geht, wie es mir gegangen ist, als ich diesen Antrag gelesen habe; wie es mir schon sehr oft gegangen ist bei ganz wichtigen Dingen, die wir im GR abstimmen haben müssen, dürfen, können. Ich glaube nämlich, es geht zumind. für mich - vielleicht träume ich, vielleicht irre ich mich, das mag alles sein, aber ich sage Ihnen, wie es mir geht. Ich habe das Gefühl, und für mich ist die Vorgangsweise falsch!

Für mich ist einfach die Vorgangsweise falsch, wie wir in unserem GR arbeiten müssen. Ich habe jetzt 9 Wochen wenig zu tun gehabt, einfach Zeit gehabt zum Nachdenken und zum Lesen. Ich habe Zeit gehabt, mich in diese Papiere tiefer hineinzudenken und hineinzulesen. Da habe ich mir gedacht, da ist noch etwas falsch. Es hat sich vieles geändert hier in unserem Haus seit der letzten Wahl, aber manche Dinge sind geblieben. Und da meine ich, da ist das eine einmal, daß es noch

immer so ist, daß es genügen soll, wenn der Hr. Bgm., der Hr. Magistratsdir. und einige auserwählte Beamte sich genau auskennen, was geschieht, was geschehen soll - "und dem GR erzählen wir einiges, ein bißchen etwas, daß er ein bißchen etwas weiß, damit er die Hand heben kann, aber nicht zuviel, sonst könnte er sich der Stimme enthalten oder noch mehr denken".

Jetzt, da die Zeit der absoluten Mehrheit vorbei ist, da haben wir alle Verantwortung zu tragen; und da haben wir bitte auch die Verpflichtung, daß wir alles ein bißchen genauer wissen, daß wir mehr hineinsehen, daß wir die ganze Information bekommen, daß wir nicht nur eine Schätzung, eine Meinung erfahren oder etwas, das uns guttut im GR, weil das so "klass" und so billig ist, sondern daß wir wirklich mehr erfahren! Nämlich was geschieht, wie geplant wird, sodaß wir dann auch mitreden können. Ich habe ja immer gemeint, ich gehe in den GR, daß wir da diskutieren, überlegen, daß wir abwägen, daß wir hier nicht streiten und sagen, der bzw. der von dieser Fraktion, sondern daß wir miteinander ein ganzes Projekt durchüberlegen, abwägen und dann abstimmen. Jetzt ist es ja fast schon so geschehen, weil eine ganze Reihe Mandatäre sich zum Kommunalzentrum gemeldet haben. Wir haben es ja schon fast erreicht! Also ich meine, dort liegt aus meiner Sicht - vielleicht träume ich, vielleicht liege ich falsch, aber mir scheint der Punkt des Kommunalzentrums ganz symptomatisch zu sein für all die wichtigen Dinge. Ob das Logo dort oben paßt und der Panther unten hingehört, darüber können wir lange diskutieren. Ich glaube, hier bräuchten wir mehr Information, hier müßten wir mehr eingebunden werden, hier müßten wir alle Informationen bekommen, dann - glaube ich - könnten wir uns manches ersparen. Und dann könnten wir wirklich mit Freude auch Verantwortung für unsere Stadt in gemeinsamer Art und Weise tragen! Danke.

BEIFALLSKUNDGEBUNG VERSCHIEDENER MANDATARE

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Ich muß aufpassen, daß ich nicht mein umfangreiches Konzept in einen "stadträtischen" Handakt einbringe - das würde ja ganz furchtbar aussehen.

Ich darf vorweg sagen, auch ich war einer jener, die die Anschaffung dieses Gebäudes, an dessen Schönheit zumind. **EIN** Architekt in Steyr einmal lange geglaubt hat, sehr, sehr befürwortet haben. Aber ich muß auch dazu sagen, das Motiv dafür war natürl. auch die überzeugende Darstellung des Hrn. Bgm., daß uns das ganze gar nicht so viel kostet, weil ja die idealen Voraussetzungen für die von uns angestrebten Zwecke vorhanden sind. Insbes. waren das die furchtbaren Zustände in der Busgarage, die natürl. auch in anderen kommunalen Bereichen waren, aber damals war z. B. überhaupt noch keine Rede von einem Altstoff-Sammelzentrum sowie von einer Waschanlage und von manchem, was heute in diesem Plan - nennen wir es Plan, ich will hier nicht sehr eng denken - der Baustufe II alles enthalten ist.

Wie hat sich hier jetzt meine Meinung etwas geändert? Da, lieber Freund Zagler, muß ich Dir etwas widersprechen, wenn Du glaubst, es gäbe hier bei uns in der Fraktion eine Zerrissenheit. Wir haben eben den Vorteil, daß wir keine Kollektivmeinung vorgegeben brauchen, sondern wir - jeder - unsere **EIGENE** Meinung nicht nur bilden dürfen, sondern diese auch zum Ausdruck bringen dürfen! Das

nehme ich für uns alle in Anspruch. Das ist für uns keine Zerrissenheit, mit dem können und wollen wir leben, denn das ist meines Erachtens auch eine Grundidee des demokratischen Seins.

Was hat uns nun auf einmal Bedenken gebracht? Wir haben im Verlaufe des vergangenen Budgetjahres immer wieder StS-Anträge, GR-Anträge bekommen, die sich mit dem Kommunalzentrum befaßt haben und wo Mittel freizugeben gewesen wären, die aber budgetär gar nicht bedeckt waren. Es ging gar nicht darum, daß wir das Kommunalzentrum diffamieren wollen, lieber StR Spanring. Das ist nicht unsere Absicht, im Gegenteil! Wir sind davon überzeugt, daß wir eines brauchen. Aber, mit StR Holub zu sprechen, Punkt 5 - seines Dekaloges, hätte ich fast gesagt - hier ist der Ansatzpunkt: Wir können uns eben nicht alles, was wir wollen, leisten. Wir müssen bei dem anfangen, was am notwendigsten ist. Das war die Busgarage. Natürlich ist das jetzt ein Punkt, bei dem wir gerade sind. Hier kommen wir in einen Zwiespalt. In diesem Antrag sind Positionen enthalten, die meines Erachtens nicht absolut schon jetzt notwendig sind, und es sind Positionen enthalten, wie z. B. die Buseinstellhalle, die sehr wohl notwendig sind. Dieser Zwiespalt führt natürl. dazu, daß man dem Antrag nicht vollinhaltlich stattgeben kann.

Ich erinnere noch einmal. Wir haben - wie gesagt - 1994 sehr viele Mittel freigegeben für dieses Kommunalzentrum. Wie kam die "Baustelle Kommunalzentrum" dann überhaupt einmal ins Gespräch? Das war der "böse" Prüfungsausschuß, der sich an das damalige Kontrollamt - jetzt die entspr. Fachabteilung - gewandt hat mit der Bitte, doch einmal zu versuchen, eine Rechnung der Kosten des **GESAMTEN** Projektes zu erstellen. Das war am 28. November 1994, ein Montag - wie bereits bekannt, haben wir um 7.30 Uhr unsere Sitzung. Als ich die Akteneinsicht am Freitag mittag abschloß, war noch keine Zahl da. Mir wurde aber gesagt, "am Montag haben Sie die Zahl". Am Montag hatten wir die Zahl, und jetzt darf ich es ja sagen, weil es draußen ist aus dem Prüfungsausschuß und auch hier schon berichtet wurde, damit ist es außerhalb der dort doch halbwegs gepflogenen Verschwiegenheit. Es waren über 74 Mill. S. Hier ist nicht nur uns - die wir dort im Prüfungsausschuß sitzen -, wie man hierzulande zu sagen pflegt, die "Lade heruntergefallen", sondern da ist natürl., lieber Finanzreferent, Dir auch dieses Mißgeschick widerfahren, daß man Schwierigkeiten gehabt hat, die Schließmuskeln im Gesichtsbereich wieder in Schwung zu bringen.

Dann kam man auf versch. Ansatzpunkte, die natürlich zumind. Fehlplanungen beinhalteten - nämlich im Bereich "Bau I". Da gibt es einen Architkten - der nennt sich so -, der will auch mit diesem Antrag wieder Geld zugewiesen bekommen, und deswegen kann ich auch nicht zustimmen. Er wußte bei der Planung der Büroräumlichkeiten nicht einmal darüber Bescheid, was die einfachsten Dienstnehmerschutz-Bestimmungen sind. Das kann man doch bitte von einem, der ein Bürogebäude plant, sehr wohl erwarten. Ich weiß nicht, was wir an diesen Hrn. Architekten noch für Gewährleistungsansprüche einmal erheben müssen. Das ist, wenn es so weiter geht, wie es im Bauteil I war, nicht auszuschließen. Daher spreche ich mich dagegen aus, daß wir jetzt schon wieder eine Akontozahlung hinausgeben.

Ich bin deswegen auf der Ebene der Stimmenthaltung, weil ich - wie gesagt - eben hier versch. Positionen finde, denen man einfach nicht zustimmen kann. Insgesamt, meine Damen und Herren, brauchen wir das Kommunalzentrum, es muß gebaut werden, aber bitte mit dem, was wir haben, mit dem, was wir finanzieren können. Es passiert doch vielen Leuten so, die in der Überlegung, ein Haus zu bauen oder ein altes zu kaufen, sich für die zweite Variante entscheiden und dann furchtbar "auf die Nase fallen", weil sie dann erst daraufkommen, was das Umbauen kostet! Mehr als ein Neubau meistens! Wenn ich schon etwas baue (um- oder neu-), dann fange ich auch nicht mit der Hauskapelle, mit Fresken oder mit einem goldenen Kreuz oder einem goldenen Wetterhahn an, sondern mit dem, was ich zum Leben brauche!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Ich kann mich noch gut erinnern an die Worte des Hrn. Bgm., "das soll morgen der Hr. Garagenmeister machen", als ich eine Luftmessung in der Busgarage verlangt habe. Wie bin ich dazu gekommen? Durch einen Amtsbericht, in dem es um diese Gemeinde-Schutzkommission gegangen ist. Da hat man in der Busgarage festgestellt, daß - glaube ich - ein Rauchverbotsschild fehlt, aber sonst alles in Ordnung ist. Es ist wirklich schwierig für uns - um auf Koll. Lengauer zu kommen. Ich habe mir dann die Oö. Bauordnung angesehen. Da gibt es Bestimmungen, wo genau drinnen steht, wie Garagen aussehen müssen. Das hat man beim damaligen Zeitpunkt anscheinend bei uns nicht gewußt.

Ich verurteile hier schon ein bißchen unsere Bauabteilung, den Baudirektor. Wenn wir jetzt zu diesen Einrichtungen kommen, die wir dort oben bauen müssen - wir hätten sie auch in der alten Garage machen müssen. Der Arbeitsinspektor ist ja gekommen und hat es sich angesehen. Nach vier Wochen ist er wieder gekommen. So große Sachen kann man natürlich nicht gleich machen, aber sogar kleine Sachen, z. B. der Aushang der Arbeitszeiten, wurden nicht einmal durchgeführt.

Also auch hier sind wieder Mängel in unserem eigenen Bereich passiert, und es fließt eigentl. immer alles zusammen, und da komme ich immer auf den Baudirektor.

Ich habe auch noch die eine Geschichte in Erinnerung bei dieser Tankstelle auf der Seite dort drüben, die man machen will. Auch da ist der Baudirektor doch im Gespräch gewesen.

Ich wünsche mir schon, daß man hier ein bißchen genauer ist. Es sind hier Mängel im personellen Bereich vorhanden, und das soll man aussprechen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Liegt noch eine Wortmeldung vor? Der Herr Bgm. hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Es ist interessant, hier den Ausführungen zu folgen und zu lauschen. Eigentlich sagen alle, wir müssen das tun, und es ist "höchste Eisenbahn", weil eigentlich ganze Betriebe von der Schließung betroffen sein könnten, weil Dienstnehmerschutz-Bestimmungen nicht eingehalten werden - weil man im Freien Wartungsarbeiten durchführen muß, weil wir für Gelenksbusse überhaupt keine Möglichkeit haben, dort in eine Werkstätte hineinzufahren, weil wir nicht ordentlich waschen können u. v. a. Argumente mehr.

Wir waren uns sehr einig, daß wir hier wirklich Nägel mit Köpfen machen müssen. Aber es war auch in der Bauabteilung die Meinung vorhanden, daß dieses Projekt, nämlich ein Layout zu machen für alle Unternehmungen der Stadt in diesem neu gekauften Objekt, daß das bei den Voruntersuchungen, ob es überhaupt Platz hat, ein externer Architekt, ein Planer machen soll und daß man im Haus überfordert sei. Deswegen ist nämlich bei der Vorüberlegung, ob wir das Objekt kaufen sollen, bereits dieser externe Planer beschäftigt worden. Dieser hat hier schon einen Einarbeitungsgrad

gehabt und wurde dann mit dieser Planung beauftragt. Ein Fehler scheint mir dort schon zu liegen, daß nämlich die Honorarordnung der Architekten so gestaltet ist, daß er hier beteiligt ist in seinem Honorar an der Höhe der Aufträge, also der Kosten für ein solches Projekt.

ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Glauben Sie, daß es anders ist?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist seit Jahren nicht mehr bindend! Es gibt wohl eine Vorschrift, aber es ist nicht mehr bindend, und das Honorar - gerade bei so hohen Aufträgen - kann man frei verhandeln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Genau! Deshalb wurde ja

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das wurde ja nicht ausgeschrieben!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..... deshalb wurde ja verhandelt!

Daher ist diese Honorarnote, die in diesem Amtsbericht berücksichtigt ist, eine deutlich reduzierte gegenüber den Vorstellungen, die von seiten des Architekten erwartet wurden.

Ich gebe Dr. Schwager schon recht, daß man sich überlegen muß, was man haben will, ob man gleich alles haben kann und was man sich leisten kann. Aber hier in dieser Diskussion gehen ja auch die Überlegungen auseinander. Koll. Eichhübl ist sehr dafür, daß diese Garage endlich dort hinaufkommt. Das verstehe ich, wenn diese Probleme vorhanden sind. Wir haben das auch an anderer Stelle erkannt, und deshalb haben wir es betrieben. Hr. Dr. Pfeil z. B. mokiert sich, daß die Gestaltung nicht so optimal sei - das Haus sei nicht mehr so schön wie früher bei der SDP AG. Das verstehe ich persönlich nicht, weil wir ja kaum etwas geändert haben - mit Ausnahme der Fenster beim Bürobau. Würden wir hier auch noch Gestaltungsmaßnahmen ins Auge fassen und vielleicht dem Gestaltungsbeirat ein Projekt vorlegen wollen, dann wird uns das bitte keiner gratis und franko machen.

Ich habe mir vorgestellt, daß diese Gestaltung an und für sich, die hier 22, 23 oder noch mehr Jahre allen gepaßt hat - ich kann mich nicht erinnern, daß sich jemals irgendwer beschwert hätte, im Gegenteil, sie ist damals hoch gelobt worden -, daß die auch für uns ausreichend ist. Daß wir das Design außen erst zum Schluß herstellen können, ist auch klar, denn da soll dann oben stehen, was alles drinnen ist. Das ist aber jetzt noch nicht drinnen, daher haben wir dort noch etwas Neutrales, Weißes stehen. Zum Schluß muß ja auch hervorgehen, welche dieser ganzen Aktivitäten, die wir dort versammeln, drinnen sind. Ich kann mir also nicht vorstellen, daß wir uns jetzt noch zusätzlich mit Gestaltungsaufgaben befassen, was das Gebäude und die Baumassen anbelangt. Sehr wohl wird es jedoch eine ordentliche Gestaltung der Ansicht geben müssen, was Beschriftungen, Farbenzusammenstellungen etc. anbelangt. Es ist aber auch von Anfang an mit Gegenstand des Auftrages gewesen, daß es etwas gleichsehen muß.

Ich muß sagen, jeder meint ein bißchen etwas anders, manche betreiben ein wenig "Kindesweglegung" in einem fortgeschrittenen Stadium. Feststeht aber, daß wir ein neues Kommunalzentrum, wenn wir es irgendwo auf die grüne Wiese hinbauen würden, auch nicht billiger bekämen - sicher nicht! Das meinen Fachleute! Und vor allen Dingen nicht in dieser optimalen Lage - das sollte man bei der Gelegenheit nämlich nicht vergessen.

Langfristig gesehen, meine Damen und Herren, ist nämlich der Standort eines solchen Service-Zentrums entscheidend. Das ist betriebswirtschaftlich von entscheidender Bedeutung, weil sonst auf diese Jahrzehnte die Leerkilometer laufen, die alle auch bezahlt werden müssen, die Einsatzzeiten sich verlängern usw. Das war doch auch mit ein Grund, warum wir dorthin gegangen sind.

Architekten, Geschäftsbereichsleiter, Mitarbeiter in dieser Projektgruppe und auch die politischen Vertreter in der Verwaltung haben überall bei solchen komplexen Materien unterschiedliche Zugänge. Daher ist es gar nicht so leicht, und ich behaupte, jeder kann wirklich überzeugt sagen, "ich habe recht mit meiner Vorstellung". Nur aus einer ganzen Reihe von Zuständigkeiten, von Stadträten nach dem Geschäftsverteilungsplan kommen jetzt plötzlich alle diese Unternehmungen und Bereiche unter ein Dach zusammen - da geht es auch um Kompetenzen, da geht es auch um Streitigkeiten, da geht es auch um Verteidigung von Revieren, da geht es auch darum, daß jene, die dort arbeiten, sich - jeder kennt das aus seinem eigenen Unternehmen oder Betrieb bzw. aus seiner Tätigkeit - bei der Gelegenheit ein bißchen ausdehnen möchten oder jedenfalls hier auch viele Reibungsflächen auftreten.

Das alles zu koordinieren, ist eine sehr schwierige Aufgabe. Ich möchte alle auffordern, hier mitzuwirken und mitzuarbeiten im besten Sinn des Wortes, daß daraus etwas wird. Die Bürger werden nämlich diese Versorgungseinheit für das Service der Stadt, genannt Kommunalzentrum für die städt. Betriebe, brauchen. Ich bin der erste, der dafür eintritt, daß man das mit möglichst sparsamen Mitteln zeitgemäß herstellt - das war nämlich der konkrete Auftrag, auch an die Projektgruppe und an Hrn. Dipl.-Ing. Kremsmayr. Nicht in einem Zustand, wo wir uns dann möglicherweise die nächsten 5 oder 10 Jahre ständig mit diesem Haus beschäftigen müssen, weil es nicht entspricht in seiner Ausstattung.

Daher bitte ich auch um Verständnis für diese schwierigen Probleme, die Fachleute eben dort und da auch nicht gleich auf den ersten Blick erkennen können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich bitte um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine geschätzten Damen und Herren! Fast alles, was die Vorredner hier ins Spiel gebracht und gesagt haben, hat eine große Bedeutung und kann ich für richtig heißen. Ich möchte aber trotzdem ganz kurz in die Chronologie einsteigen, weil hier verschiedene Kritiken angebracht wurden - Schuldzuweisungen, die ich nicht so im Raum stehen lassen möchte.

Im Jahr 1990 waren die ersten - soweit es mir bekannt wurde und bekannt ist - Gespräche, das Kommunalzentrum einmal näher in Betracht zu ziehen. Man hat sich dann hier im Haus in der Beamenschaft Gedanken gemacht, was man damit und dort eigentlich anfangen könnte. Es wurde ein Beamter hinaufgeschickt - vom Baudirektor -, sich das einmal anzusehen. Er hat einen Plan mitgebracht, einen ganz groben - ich weiß nicht, in welchem Maßstab, ich glaube, 1:200 - und hat sich dort Notizen gemacht, mit dem Auftrag, nicht aufzufallen, nicht zu fragen, damit keine Unruhe entsteht, es war nämlich noch nicht bekannt, daß das verkauft wird, und damit er dort nicht von den Leuten befragt wird und der Preis vielleicht - wenn bekannt wird, daß es der Magistrat kaufen soll - noch hinaufschnellt.

Daraufhin hat es einige Zeit später eine starke Kritik gegeben an den Baudirektor vom damaligen Magistratsdirektor, warum er nichts anderes zu tun hat, als dort jemanden hinschicken, um das anzuschauen. Dann ist die Sache liegen geblieben und eingeschlafen.

Einige Zeit später - ein Jahr später in etwa, glaube ich, oder waren es eineinhalb Jahre; ich kann es nicht genau sagen, ich weiß das auch nur aus zweiter bzw. dritter Hand - hat man das Projekt wieder aufgegriffen. Dann ist es sehr akut und aktuell geworden. Man hat gesagt, "jetzt schauen wir einmal, Ihr habt ja ein Gutachten, eine Stellungnahme, Ihr habt ja einen Plan gemacht". Man hat dann diese Handskizze hergenommen und gesagt, funktionell würde das eigentlich ganz gut passen: eine große Halle, ein Bürogebäude, da haben 350 Leute drinnen gearbeitet, das kann man fast so übernehmen. Was wird man noch machen müssen? Und hier ist diese ominöse Summe von 3 bis 7 Millionen genannt worden - "ein bißchen etwas wird man schon ändern müssen, das eine oder das andere wird man adaptieren müssen" u. dgl. mehr.

Ganz falsch - muß ich sagen - aus der Situation heraus, denn da hätte man sagen müssen: Projektgruppe - genau untersuchen - anschauen - und dann gehen wir in weitere Verhandlungen. Daher möchte ich schon ein wenig diesen Vorwurf entkräften oder entschärfen, daß der Baudirektor sich geäußert und eigentl. eine vollkommen unzuständige und widersinnige Summe genannt hätte. Aus dieser Situation damals, wie es vorgelegen war, glaube ich, durchaus verständlich. Daß die Projektgruppe nicht vorhanden war und daß das nicht genau untersucht wurde, ist eine andere Sache. Das war der Zeitpunkt.

Dann kam es zu den Verkaufsverhandlungen. Ich möchte das ganz kurz machen, es wurde schon gesagt: 180 Mill. S war das Schätzgutachten und die Vorstellung der SDP AG, 143 Millionen waren vom Gutachter der Stadt. Normalerweise, meine Damen und Herren, würde ein Kauf so aussehen, daß man sich in der Mitte trifft - das hätte also normal 160 Mill. S gekostet. Man hat verhandelt und es auf 100 Millionen heruntergedrückt.

Dann haben alle gesagt: Bravo, eine Superleistung, das ist ein guter Kauf! Ich einschließlich, ich nehme mich gar nicht aus!

Das Gutachten des Sachverständigen war allerdings nicht optimal, muß ich sagen. Er hat sich das Dach nicht angesehen - man hätte vielleicht dadurch den Steyr-Werken noch 8 - 10 Mill. S herunterhandeln können. Er hat vielleicht auch manche andere Sachen etwas zu gut eingeschätzt. Bitte, das war ein unabhängiger Gutachter aus Linz, ich weiß nicht, von wem er empfohlen wurde. Normalerweise muß man sich darauf verlassen. Wenn jemand ein Gutachten in Auftrag gibt, dann ist die Gutachtenerstellung eigentlich immer für den Auftraggeber etwas "gefärbt". Ich glaube, das ist

auch allgemein bekannt.

Gut, wir haben es also um 100 Millionen gekauft, und dann hat sich herausgestellt, was wir hineingeben. Ursprüngl. waren geplant die Garage, die Busse und die Stadtwerke - soweit es mir bekannt ist. Man hätte natürlich jetzt hergehen und sagen können: O. k., wir übernehmen das so, wie es war, lassen die alte Heizung, lassen die alten Geräte und "fahren" mit dem ganzen hinein, beziehen das ganze Gebäude. Aber dann hätten wir eigentl. nie mehr die Chance gehabt - und so gesehen halte ich die Planung für richtig -, daß man gesagt hat, schauen wir, was wir neu machen, was müssen wir neu machen, was kostet das. Die Heizung ist eine alte Mittelölfeuerung mit einer riesigen Kesselanlage, die natürl. vor allem dazu gedient hat, die Werkstätten-Hallen zu beheizen, die wir heute nur noch temperieren müssen, wenn die Busse drinnen stehen! Daher vollkommen unwirtschaftlich!

Wenn ich die Büros ausbaue und 20 Jahre alte Radiatoren und Rohrsysteme habe, so sind diese zu erneuern. Wir hätten natürlich auch sagen können, wir lassen es drinnen und machen es in 10 Jahren, wenn das alles belegt ist. Ich glaube, von dieser Warte war es richtig - noch immer sind wir nicht dort, daß wir vielleicht das Geld nicht dazu haben. Da sind dann diese Kosten entstanden, diese Schätzkosten, die genannt wurden.

Das ist mir auch unbekannt gewesen, warum damals Dipl.-Ing. Girkingler mit der Planung betraut wurde. Es ist auch sehr schnell gegangen, und erst über massive Intervention nach Monaten habe ich dann einmal einen Plan vorgelegt bekommen und bin informiert worden, wie das ganze aussieht.

Tatsache ist, daß dieses Kommunalzentrum dort im Entstehen ist. Ich würde sagen, unter der Voraussetzung, daß das Schätzgutachten richtig gewesen wäre und der Zustand so, wie er es angegeben hat, hätte ich auch bei 143 Mill. S für einen Kauf gestimmt. Denn wenn wir jetzt überlegen und sagen, es werden ungefähr 60 Mill. S zu investieren sein, dann haben wir praktisch eine neuwertige Kommunalanlage.

Es wurde hier schon x-mal gesagt, ich bin nicht der Verfechter dieser Idee. Und ich muß ehrlich sagen, sie hat vielleicht einen Fehler, daß sie nämlich nicht von mir oder von unserer Fraktion gekommen ist. Die Idee an und für sich ist gut, muß ich sagen. Ich glaube, wenn das Kommunalzentrum fertig ist, wird keiner mehr darüber reden. Genauso, wie bei der Überdachung des Eislaufplatzes.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber zahlen werden wir dann noch!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wir werden zahlen, das ist richtig.

Noch eines dazu. Ich werde mir - nachdem ich jetzt damit betraut wurde - sicherlich die weitere Planung und die weiteren Kosten sehr genau anschauen. Ich muß aber dazu sagen, wir haben in der Budgetklausur - in den langen Tagen und Nächten - **einstimmig** beschlossen, daß wir 22 Millionen für heuer für die notwendigen Investitionen freigeben. Ich kann mir daher nicht vorstellen, daß wir jetzt und heute sagen, da können wir nicht mitgehen, weil wir nicht wissen, was vielleicht noch kommt im nächsten oder im übernächsten Jahr. Die anderen Investitionen sind ohnehin aufgeteilt für 1996 und 1997. 1997 soll es fertig werden mit dem Einziehen der entspr. Abteilungen, die dort

hinkommen.

Ich möchte noch etwas dazu sagen. Das ist zwar der geringste Anteil, aber die Halle wird so ausgeführt, daß man dort auch einmal eine Veranstaltung abhalten kann. Ich denke im besonderen an die Gewerbeausstellung - daß 1997 dort die Gewerbeausstellung sein wird. Die Mehrkosten sind gering - ich glaube, es sind ungefähr 300.000 S für Notbeleuchtung, für die entspr. Fluchtwege, Tore u. dgl. mehr. Aber ich glaube, daß das sicherlich eine sehr sinnvolle Investition ist.

Ich würde schon meinen, daß wir heute diese 19 (und etliche) Millionen beschließen, daß wir uns bei den weiteren Ausgaben und Planungen die Sache sehr gründlich ansehen und alles prüfen, und man wird ja sehen, wie sich die Budgets in den nächsten Jahren entwickeln, ob wir das Geld haben, um das fertig zu bauen. Das Bestreben ist: 63 Millionen wurden genannt; ich habe mit Dipl.-Ing. Kremsmayr einmal ein erstes Gespräch geführt - man wird versuchen, und es ist auch sehr wahrscheinlich, daß man unter diese Kosten kommt, unter 60 Mill. S. Man wird danach trachten. Ich möchte sagen, es ist nicht ganz leicht, die derzeitige Vorgangsweise des Bauens auch gegenüber der Bauwirtschaft zu vertreten. Die haben sich nämlich alle "saftige" und große Aufträge erwartet, und nun wird sehr viel von den eigenen Betrieben - Wirtschaftshof - gemacht. Aber ich glaube, daß es mit Dipl.-Ing. Kremsmayr in einer guten Hand ist, und wir sollten einmal diese nächste Etappe, die wir im Budget auch festgelegt haben, beschließen. Vor der nächsten werden wir uns eingehend unterhalten, und ich kann schon jetzt sagen, daß ich Sie auch bestens darüber informieren werde. Ich bin nicht der Verteidiger des Projektes, aber ich glaube, daß es trotzdem eine gute Sache ist - bei aller Kritikwürdigkeit des Vorgehens, wie die ganze Geschichte entstanden ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, es ist nie erwähnt worden, aber man darf eines nicht vergessen: auch der Grund dort oben ist im Wert von ca. 48 bis 50 Mill. S. Das sollte man auch nicht vergessen - die Fläche des Grundes!

Kommen wir zur Abstimmung. Übt jemand Stimmenthaltung? 11 Enthaltungen (6 FP, 3 VP, 2 GAL). Gegenstimmen? Keine. Wer ist für den Antrag? Der Rest. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um den Bebauungsplan Nr. 34 "Schlüßlmayr" - Änderung Nr. 4.

15) Bau2-355/93 Bebauungsplan Nr. 34 "Schlüßlmayr"; Änderung Nr. 4.

Der GR möge beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 34 "Schlüßlmayr" - Änderung Nr. 4 - wird entsprechend den Plänen der FA für Stadtplanung des Magistrates d. Stadt Steyr vom 16. Juni 1993 - Änderungen vom 26. September 1994 und 3. Jänner 1995 - sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 31. Jänner 1995 beschlossen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung

ZWISCHENRUF:

Sind wir überhaupt beschlußfähig?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Zählen wir schnell durch!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zählen wir durch, aber ich glaube, wir sind beschlußfähig! Ja, 26!

Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Fr. Vbgm., ich würde aber schon ersuchen,

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

So kann es ja wirklich nicht sein!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Fr. Vbgm., ich würde schon ersuchen, daß man die Herrschaften wieder hereinbittet.

Jetzt sind wir ununterbrochen in Abstimmung; bei den Anträgen ist keine lange Diskussion zu erwarten - da gehen alle hinaus wie es sie freut. Das kann doch nicht der Sinn und Zweck sein!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann machen wir eben eine Pause von 5 Minuten, damit wir die Fenster öffnen und lüften können. Aber nicht länger als 5 Minuten!

VERSCHIEDENE, LAUTE, UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nicht schon wieder eine Pause!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich brauche keine Pause!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist die Sitzung jetzt unterbrochen oder nicht?

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Man müßte die Herrschaften auffordern, daß sie hereinkommen zur Abstimmung.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich würde vorschlagen, mit der Sitzung fortzufahren. Die Versammlung ist beschlußfähig, wer nicht anwesend ist

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Beschlußfähig sind wir ja!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir setzen die Sitzung fort!

Wer ist für den Antrag? Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im nächsten Antrag geht es um den Bebauungsplan Nr. 35 - "Infang - Erweiterung", Änderung Nr. 1.

16) BauGru-544/93 Bebauungsplan Nr. 35 "Infang - Erweiterung"; Änderung Nr. 1. Der GR möge beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 35 "Infang - Erweiterung" - Änderung Nr. 1 - wird entsprechend den Plänen der FA für Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 20. September 1993 - Änderung vom 15. Dezember 1994 - sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten v. 6. Februar 1995 beschlossen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall, dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Ebenfalls keine. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 47 "Stein", Änderung Nr. 1.

17) BauGru-1/94 Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 47 "Stein"; Änderung Nr. 1.

Der GR möge beschließen:

Gegenständliche Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 47 "Stein" - Änderung Nr. 1 - wird entsprechend den Plänen der FA für Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 5. Juli 1994 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten v. 5. April 1995 beschlossen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wird das Wort gewünscht? Koll. Straßer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Prinzip nichts gegen den Antrag, mir geht es nur um die Vorgangsweise. Koll. Philipps hat zuerst gesagt, gut Ding braucht Weil'. Ich würde sagen, schlechte Dinge brauchen noch viel länger. Wir haben schon voriges Jahr diesen Bebauungsplan beschlossen, dann hat man die Kopien nach Linz geschickt, auf die Landesregierung. Die Landesregierung konnte ihn nicht lesen und hat ihn wieder zurück geschickt. Dann ist nichts mehr geschehen. Jetzt hat der ein paarmal angerufen - ich habe das chronologisch, wie oft er telefoniert hat -, bis man darauf gekommen ist, daß der Plan doch in Steyr ist. Es ist dann rel. schnell gegangen, weil sich auch Hr. StR Schloßgangl einsetzte. Aber so sollte es eigentl. nicht sein, daß sich Bürger darum kümmern müssen, wo die Pläne bei uns im Haus sind.

Wenn es vielleicht auch geht, daß man wirklich jetzt nachschaut, wie weit der Hausplan ist, daß man nicht dann sagt, "jetzt müssen Sie wieder ein halbes Jahr warten, weil Sie dort ein Fenster umzeichnen müssen". Daß man zumind. das dort sagen könnte!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich ziehe meine Wortmeldung zurück, da das Thema bereits v. Koll. Straßer behandelt wurde.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich kann dazu einmal kurz erläutern, wie das vor sich gegangen ist. Am 4. Jänner 1994 war das Ansuchen um Bebauungsplan-Änderung. Am 14. Februar haben wir einen Info-Bauausschuß gehabt und die Beschlußverschiebung auf die nächste Sitzung gemacht. Das war am 26. April - hier hat es den Bauausschuß-Beschluß gegeben.

Am 5. Juli war der Plan vom Planungsreferat fertig und ist dann am 12. Juli in das Baureferat gekommen. Am 9. August war der Amtsbericht für den StS vorbereitet. Am 25. August war der Einleitungsbeschluß des StS.

Am 19. September 1994: Bekanntgabe der betroffenen Dienststellen. Am 26. September: Verständigung gem. § 36, Frist bis 10. November 1994 - das ist die Einspruchsfrist; keine

Stellungnahme des Amtes der Oö. Landesregierung. Am 2. Dezember war die öffentliche Auflage bis 15. Jänner (das war die Einspruchsfrist der Bürger bzw. der Betroffenen).

Am 10. Jänner 1995 war die Stellungnahme des Amtes der Oö. Landesregierung eine Verbesserung der Pläne. Ich habe mit dem Planungsbeamten gesprochen. Er hat gesagt, es wäre richtig, daß die Kopiermaschine manchmal ein bißchen schlecht kopiert; es sei aber sehr darüber zu streiten, ob der Plan lesbar ist oder nicht. Nach Auffassung des Hauses hier war er in Ordnung. Die Linzer haben gesagt, das ist ihnen zu wenig oder zu wenig genau leserlich. Daher haben sie urgiert.

Am 30. März 1995 war eine Verbesserung der Plangrundlagen und am 5. April ist ein Amtsbericht ergangen für den GR-Beschluß. So war der exakte Vorgang.

Ich möchte dazu sagen, daß wir auch beschlossen haben, das damals in der allgemeinen Begutachtung zu machen und haben das dann vorgezogen - Hr. Ing. Grassnigg hat das vorgezogen. Aber es ist trotzdem sehr lange gegangen - überhaupt keine Frage!

Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag behandelt die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 89 "Schützenhofer-Gründe".

18) BauGru-676/93 BauGru-528/93 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 89 "Schützenhofer-Gründe".

Der GR möge beschließen:

Gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes - Änderung Nr. 89 - "Schützenhofer-Gründe" wird entsprechend den Plänen des GB III für Bauangelegenheiten vom 26. April 1994 bzw. 21. März 1995 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten v. 28. März 1995 beschlossen.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kleingartenanlage Staffelmayr.

19) BauGru-288/94 Kleingartenanlage Staffelmayr; Änderung d. Flächenwidmungsplanes Nr. 90.

Der GR möge beschließen:

Gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 90 - Kleingartenanlage Staffelmayr - wird entsprechend den Plänen der FA für Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 6. Juli 1994 - Änderung vom 19. Jänner 1995 - sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten v. 6. April 1995 beschlossen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Hr. Vbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vbgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann diesem Antrag nicht zustimmen! Nicht weil ich gegen Kleingartenanlagen wäre - ganz im Gegenteil, das ist sinnvoll und richtig, und sie passen auch dort. Nur die Auflagen bzw. die Wünsche der Umweltschutzbehörde sind in keinsten Weise erfüllt worden bzw. ist im Amtsbericht darauf eingegangen worden. Auf Seite 2 des Amtsberichtes, unten, heißt es: "Seitens der Umweltschutzbehörde wurde mitgeteilt, daß die Verkehrserschließung für gegenständliches Gebiet **keinesfalls** von der Seite der B 122 erfolgen soll, sondern generell über die Landesstraße nach Wolfern, wobei in diesem Bereich entsprechende Ausbaumaßnahmen vorgenommen werden sollten." Soviel zum einen.

Zum anderen: "Hiezu wird festgehalten, daß seitens des Grundeigentümers und Antragstellers eine Grundsatzklärung abgegeben wurde, daß auf seinem Grund 2 Ausweichbuchten auf seine Kosten zwischen der geplanten Kleingartenanlage und der Wolferner Straße errichtet werden." So weit, so gut; jetzt kommt's: "Zu den Forderungen der Umweltschutzbehörde wird weiters bemerkt, daß in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 2. März 1995 Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Bereich der Gründbergsiedlung, Kegelprielstraße und der Steyrecker Straße beschlossen wurden." Das ist soweit richtig! "Zusätzlich ist beabsichtigt, bei den Ausfahrten der Parkplätze der Kleingartenanlage Abbiegeverbote Richtung Süden anzuordnen." Das ist soweit nicht richtig! Von diesen Dingen wurde nicht gesprochen. Ganz im Gegenteil, es wurde ein Gesamtkonzept, ein Verkehrsgesamtkonzept für die Siedlung Gründberg - unter Betrachtung der neuen Situation mit dem Hofer-Einkaufsmarkt und unter Betrachtung der Kleingartensiedlung in diesem Bereich - gemacht. Es wurde mehrheitlich vom Verkehrsausschuß nur teilweise dieses Gesamtverkehrskonzept zur Kenntnis genommen bzw. empfohlen. Deshalb - das habe ich auch in der Verkehrsausschuß - Sitzung angedeutet, denn es hat ja keinen Sinn, wenn man aus einem in sich geschlossenen Konzept ein paar Teile herausnimmt und ein paar Teile einfach aus irgendwelchen Gründen nicht mitbestimmt. Deshalb habe ich es auch verordnet!

Ich kann mir nicht vorstellen, daß man jetzt irgendjemanden dazu zwingen kann, wenn er vom Wehrgraben in diese Kleingartensiedlung fährt, daß er über die Wolferner Straße fahren muß. Ich kann mir das nicht vorstellen! So geht es bitte wirklich nicht! Da führt oder schleust man den ganzen Verkehr in Richtung Kleingartensiedlungsanlage durch eine andere Siedlung durch! So, meine Herrschaften, geht es sicher nicht!

Ich glaube überhaupt, daß der Verkehrsausschuß hier sehr kurzfristig und sehr unüberlegt gehandelt hat. Ich habe ja nicht aus Jux und Tollerei dann diese Weisung gegeben, daß das gesamte Konzept zu tragen kommt. Wenn Sie sich das einmal vorstellen: Wenn jemand vom Bedienstetenparkplatz kommt, darf er nach dem jetzt beschlossenen Konzept nicht mehr rechts in die Reindlgutstraße einbiegen - nach dem beschlossenen Konzept. Aber er darf sehr wohl in die alte Sierninger Straße fahren - geradeaus. Die werden auch fahren, denn dann können sie ungehindert durch alle Parallelstraßen in der Siedlung hinauffahren in Richtung Staffelmayrstraße. Dann haben wir den Verkehr breiartig über die ganze Siedlung verteilt. Das ist kontraproduktiv! Genau das, was unser Verkehrsplaner, Hr. Prof. Dr. Stickler - nicht wie fälschlicherweise ein Schreiben des Hrn. Bgm. an die Bewohner dort gegangen ist, wo er von einem Verkehrsplaner Prof. Breitling schreibt. Der macht meines Wissens immer noch das Stadtentwicklungskonzept - er ist ein bißchen in Verzug, aber mit dem Verkehrskonzept "hat er nichts am Hut". Also das Verkehrskonzept und die Stelle, auf die man sich bezieht, findet man im Konzept von Prof. Stickler - einwandfrei!

Ich würde also schon sagen, daß wir uns das noch einmal überlegen sollten in Richtung Verkehrsregelung in der Gründbergsiedlung. Dann kann man auch ja sagen zu dieser Kleingartenanlage.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster am Wort ist Hr. GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrtes Plenum, werte Damen und Herren im GR! Das ist typisch ein Projekt, wo sich wieder zeigt, daß die sogenannten verlängerten Balkone, die man durch solche Kleingärten schafft, im Prinzip mehr Schwierigkeiten hervorrufen, als man damit positive Effekte erzielen kann.

Selbstverständlich ist es so, daß jeder von uns, der in einem großstädtischen Raum wohnt, einen best. Platz braucht, wo er sich in der Natur bewegen kann. Voraussetzung dazu wäre, daß man die Wohnflächen so gestaltet, daß man nicht zusätzl. dann außerhalb sozusagen den Bedarf an Natur abdeckt, indem man Problematiken, wie den Verkehrsbereich - wie Hr. Vbgm. Pfeil bereits erwähnt hat -, Problematiken im Abwasserbereich auf sich nehmen muß. Und dann lese ich noch folgendes mit Grausen: Seitens der Bezirkshauptmannschaft, Abteilung Forst, wurde mitgeteilt, daß ein etwa 60jähriger Laub-Mischwald an die Umwidmungsfläche angrenzt. Jetzt kommt's: Um eine Gefährdung auch durch umstürzende Bäume auf ein Minimum zu reduzieren (was passiert im Schloßpark oben), wird seitens der Forstabteilung die Einhaltung eines Sicherheitsabstandes zw. Bauflichtungen und Bestand von etwa 30 m gefordert.

Ich frage mich, ob das Sinn und Zweck ist, daß ich - um die Lebensqualität unserer Mitbewohner zu fördern und zu verbessern - dann rundherum die Bäume abschlagen muß, Straßen verbreitern muß und noch Kanäle obendrein einziehen muß. Da muß ich mich wirklich fragen, ob dieses Projekt sinnvoll ist!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte meine Wortmeldung auch sehr kurz machen, nachdem ja in der kommenden Sitzung des Verkehrsausschusses die Gründbergsiedlung neuerlich behandelt wird. Ich hoffe, daß Ing. Grassnigg dann wieder so weit "beisammen" ist, daß wir dieses Mal eine Darstellung der durchzuführenden Maßnahmen bekommen. Du selbst als Vorsitzender, Koll. Dr. Pfeil, hast damals zurecht bemängelt - wie wir alle -, daß durch den Gesundheitsbedingten Ausfall von Ing. Grassnigg eine Darstellung der Situationen über den Dia-Projektor nicht möglich war, was uns natürl. in der Ausschubarbeit stark behindert hat.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ja, wahrscheinlich bin ich zu dumm, das zu verstehen, wenn da etwas von nördlich, südlich, östlich oder westlich bei jeder Straße steht und diverse Verkehrsschilder. Ich brauche zu lange, um das ganze zu durchschauen. Bei einer Visualisierung fällt es auch mir ein bißchen leichter!

Nur grundsätzlich muß man schon sagen, daß es damit natürl. auch nicht einhergehen kann, daß man Straßen sperrt oder ganze Viertel vom Verkehr sperrt und nur mehr die Bewohner oder Anrainer dort drinnen fahren läßt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist falsch!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Das ist die Sachlage gewesen, weswegen damals ein Antrag gestellt wurde, getrennt abzustimmen, um die Maßnahmen der Verkehrsberuhigung innerhalb der Siedlung von jenen des Durchfahrens in der Gründbergstraße abzukoppeln.

Wenn hier Flächenwidmungsplan - Änderungen vorhanden sind, die in dieses Konzept wieder eingreifen, bin ich auch der Meinung, daß sich der Verkehrsausschuß damit auseinandersetzen muß. Aber eine grundsätzliche Ablehnung einer solchen Anlage sollte man nicht machen, denn die Begehrlichkeit, Schrebergärten zu haben, ist nicht nur in Steyr, sondern überall in urbanen Gegenden besonders groß. Leider ist es eben so, daß sich viele Menschen nicht das Eigenheim mit dem eigenen Garten leisten können, sondern in mehrgeschossigen Bauten, in Mietwohnungen ihr Leben verbringen. Für jene sollte man natürlich schon ein Herz haben!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Die Wohnflächen anders gestalten!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hier kann ich mich nur anschließen, denn ich glaube, jeder ist nicht finanziell in der Lage, sich selbst ein Haus mit eigenem Garten bauen zu können.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das meine ich ja gar nicht!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Hoher Gemeinderat! Ich kann meinem Vorredner nur beipflichten, wie wichtig so eine Kleingartenanlage ist. Nur diese ist eigentlich auf dem falschen Platz, glaube ich. Schauen wir uns an, wie es früher war in Münchenholz. Da waren die Schrebergärten neben den Mietwohnungen in Fußentfernung. Eine Fußläufigkeit war gegeben, die Leute sind eben dann nachmittags zu Fuß oder vielleicht mit dem Fahrrad in ihren Garten. Hier haben wir etwas, wo keine Fußläufigkeit gegeben ist. Diese Gartenanlage wird sogar neben einem Siedlungsgebiet errichtet, wo Häuser mit Gärten sind. Von dort wird sich niemand einen Garten nehmen.

Man kann also davon ausgehen, daß alle 115 diese Siedlung anfahren werden, und - da bin ich dann bei meinem "grünen

Vorredner - dann haben wir den Autoverkehr. Wir haben noch weitere "Gschichtl'n" - wir haben auch zusätzlich Parkplätze, die dort notwendig sind. Die wären alle nicht notwendig, könnte man diesen Garten fußläufig erreichen.

Es gibt noch einen zweiten Zusatzpunkt. Wir müssen überhaupt schauen, daß man unsere Freizeitanlagen zu Fuß erreichen kann! Es hat keinen Sinn, wenn wir Freizeitanlagen errichten, wo man dann wieder mit dem Auto hinfahren muß. Ich denke jetzt an die Unterhimmeler Au, wo auch schon so viele Leute hinfahren, daß dann praktisch auf einmal das ganze umkippt. Man kann dann eigentlich nicht mehr von einer Erholung sprechen!

Prof. Breitling spricht auch nur davon, daß der Nutzen einer Gartenanlage nahe liegt; sehr stark ist er ja nicht dafür. Ich glaube, er hat das selbst auch so beurteilt, wie ich es jetzt vielleicht gemeint habe. Ich kann also dem nicht zustimmen. Es ist eigentlich auf dem falschen Platz!

Wenn es im Norden vom Resthof ist, sage ich jederzeit ja. Dort ist schon ein Bedarf, 5000 Menschen leben hier. Leider hat man auch ein paar Kilometer weiter an der Hangkante - ober Gleink - die Gartenanlage errichtet. Alle Leute müssen wieder mit dem Auto dort hinfahren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Münchenholzerin möchte ich noch etwas zur Aufklärung für Münchenholz sagen. Bei uns kommen sehr viele mit dem Auto, wir haben eigene Parkplätze, wo Berge von Autos stehen. Ich glaube, die Münchenholzer werden mir das bestätigen! Auch in Münchenholz fahren sehr, sehr viele mit dem Auto zu den Gärten.

Hr. GR Gabath ist der nächste.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Kleingartensiedlung ist eine sehr große Nachfrage. Die Frau Vbgm. hat mir eine Erklärung abgenommen - ich kenne nämlich sehr viele Gärten in Münchenholz. Ich komme ja auch aus dieser Gegend und muß zugeben, daß eigene Parkplätze bei den Kleingärten eingerichtet wurden, die fest sind, daß die Autos nicht im "Sumpf" stehen, wenn es regnet. Bei den Schrebergärten in Münchenholz!

Also der Einwand, er soll zu Fuß zu erreichen sein, in einer so motorisierten Gesellschaft, die wir jetzt haben, das ist kein Verhinderungsgrund.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber es wäre wünschenswert!

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Es wäre wünschenswert, aber ich möchte bitte einstreuen, daß auch sehr viele Menschen von der Auto-Industrie leben! Ich bin kein unbedingter Befürworter, aber es gibt eine Hochrechnung: Jeder 4. lebt direkt oder indirekt von der Auto-Industrie! Also 25 % hätten keine Beschäftigung, wenn es kein Auto geben würde. Ich will jedoch keine Auto-Diskussion.

Zum vorliegenden Antrag. Hr. Dr. Pfeil, Sie haben bei den Einwänden dann nicht weiter gelesen. Unten ist dann noch Prof. Dr. Breitling zitiert im vorletzten Absatz - um darauf zurückzukommen, daß Kleingärten eben Bestandteile eines Stadtbildes sein sollen. Und schließlich der letzte Absatz: Da entsprechend dem gegenständlichen Amtsbericht sowie aufgrund der getätigten Ergänzungen und Korrekturen, die der Ansucher alle akzeptiert hat, wie das Linksabbiegeverbot - das haben Sie bereits angesprochen -, öffentl. Interessen und Interessen Dritter nicht verletzt erscheinen, wird dieser Flächenwidmungsplan - Änderung von Amts wegen nichts entgegenzusetzen sein. Darum bin ich dafür, daß abgestimmt wird, daß wir ja sagen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. Vbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da muß ich jetzt natürl. schon noch etwas sagen. Ich habe absichtlich nicht weiter gelesen. Natürlich hätte ich den ganzen Amtsbericht vorlesen können. Ich habe mich beschränkt auf die wichtigsten Passagen, wo der Verkehrsreferent betroffen ist. Dieses Problem ist nicht gelöst.

Wir haben vorsehend versucht, mit einem Gesamtverkehrskonzept Gründberg zu lösen - und das ist nicht gelungen. Ich habe bis heute keine Antwort, warum dieser falsche Satz hereingekommen ist; daß nämlich beabsichtigt ist, von der Siedlung heraus ein Linksabbiegeverbot zu machen in Richtung Siedlung hinunter. Wie stellt man sich denn das vor? Man kann doch nicht jemanden zwingen, wenn er von der Kleingartensiedlung herausfährt, daß er dann nach Wolfers fahren muß und vielleicht über die Tabor-Kreuzung retour. Das ist absolut unvorstellbar! Unvorstellbar! Aber hier steht es bitte!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hier steht: "Zusätzlich ist beabsichtigt, bei den Ausfahrten der Parkplätze

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Kann ich ein Bier haben?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bitte um Aufmerksamkeit!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

"Zusätzlich ist beabsichtigt, bei den Ausfahrten der Parkplätze der Kleingartenanlage Abbiegeverbote Richtung Süden anzuordnen." Wer beabsichtigt das? Das will ich gar nicht!

Hier scheint wirklich eine große Unsicherheit zu sein. Niemand will die Reindlgutstraße total sperren! Es gibt schon Anrainer, die wollen das, aber im Verkehrsausschuß wollte es einstimmig niemand! Was auch der Amtsvorschlag war und was herausgekommen ist nach vielen Diskussionen und bei den Bürgerversammlungen: ein allgemeines Fahrverbot, ausgenommen **Anlieger** - nicht

Anrainer! Im Gegenzug dazu die Abfahrt - nicht ein Linksabbiegeverbot, die sollen da herunterkommen. Und im Gegenzug dazu, beim Motel Maria die alte Staffelmayrstraße in Richtung BMD zu fahren. Das ist zumutbar, und es wäre gescheit, daß man dort die Siedlung vor diesen beiden zusätzl. Verkehrsbeeinträchtigungen bewahrt. So einfach ist diese Geschichte!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sollte eigentlich jetzt überhaupt nicht darum gehen, wer jetzt wann was gesagt hat und wer wann welche Zeile in welchen Amtsbericht geschrieben hat, auch nicht unmittelbar darum, wer jetzt die höhere Weisheit gepachtet hat!

In der Gründbergsiedlung draußen gibt es derzeit ein großes Problem, das ist der Verkehr vom und zum Krankenhaus. Das macht die Bürger dort unzufrieden! D. h., die Aufgabe für die Administration heißt es, hier eine Lösung zu finden. Nachdem die Bürgerinnen und Bürger aus dem Viertel uns offenbar nicht zutrauen, daß wir eine Lösung finden, nehmen sie die Kleingartenanlage zum Anlaß, ihren Unmut zu äußern. Das ist meine Diagnose aus diesem Feld dort. Ich glaube nämlich nicht daran, daß die Inhaber von Kleingartenparzellen nichts anderes zu tun haben, als mit ihrem Lieblingsauto ständig hin- und herzufahren. Dafür nehme ich mir nämlich keine Kleingartenparzelle, sondern für das tanke ich mein Auto und fahre! Es ist ja nicht sehr zu erwarten, daß alle Befürchtungen hier stattfinden.

Ich glaube, es wäre schon recht gut, wenn man diese Anlage einmal zur Beschlußreife bringen könnte, weil der Bedarf an Kleingartensiedlungen sicher groß ist. Es ändert nichts am WOLLEN, Kleingärten nahe am Wohnen zu haben - wenn es nicht geht, daß man die Fläche hat.

Es ist keine Hilfe für den im Resthof, wenn man sagt, in Münchenholz gibt es Kleingärten. Es ist keine Hilfe für den in Münchenholz, wenn er vor seinem Kleingarten dann irgendwann einmal die Nordspange fahren hat. Und es ist keine Hilfe für den im Resthof, im freiliegenden Gebiet, wenn mitten durch seine Kleingartensiedlung dann die Erschließungsstraße gehen soll.

So leicht ist es ja nicht, eine Stadtplanung zu machen - kann ich mir vorstellen! Aber ich meine, daß man irgendwann einmal über die Flächennutzung auch zu Grundsätzen kommen sollte.

Viele wissen noch, daß dort einmal ein Wohnbau-Projekt war. Da hat man dann gemeint, es wäre nicht gut - wir haben zwar kaum Wohnbauflächen, aber es wäre nicht gut, das dort hinzugeben; eine Grünlandnutzung mit einer Sonderdichte wäre vielleicht zweckmäßig! Gut, quälend langer Vorgang, vielleicht finden wir dann noch eine Ausrede, daß man wieder etwas nicht machen kann!

Wohin soll sich unsere Stadt entwickeln, wenn wir es nicht zulassen? Wohin denn? Wollen wir unsere Stadt wirklich so lebensunwert sein lassen, daß die BürgerInnen ihre Erwartungen nicht erfüllt bekommen - nur weil wir vielleicht die eine oder andere Eitelkeit drinnen sehen oder "Muskerln" spannen wollen?

Es ist ziemlich sinnlos, zu sagen, die Leute sollen zu Fuß in die Schrebergarten-Anlage gehen, wenn sie keine verfügbar haben! Und es ist ziemlich sinnlos, ihnen das Autofahren zu verbieten in eine Schrebergarten-Anlage, die es nicht gibt. Lösen wir die Probleme so, wie sie heißen! Versuchen wir,

das Problem mit dem Krankenhaus in den Griff zu bekommen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß unsere Vorväter das Krankenhaus an den Stadtrand gebaut haben - da hat es noch keine Gründbergsiedlung gegeben -, weil es am Stadtrand war, und weil es für die Umlandgegenden über die üblichen Kornwege ganz "locker" erreichbar war. Daß sich an den üblichen Kornwegen Siedlungssplitter oder ganze Siedlungen entwickelt haben, das ist die Realität von heute. Wir können jedoch dieses Krankenhaus nicht mehr wegdiskutieren, und wir können die Siedlung nicht wegdiskutieren.

Es würde also schon tatsächlich den "Schweiß der Edlen" verdienen, nach Lösungen zu suchen, und nicht sich gegenseitig zu sagen, warum was nicht geht. Das wäre mein Wunsch an diesen GR!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Fr. GR Weixlberger ist die nächste.

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich kann einiges dazu sagen. Auch ich bin der Meinung, daß die Flächen für die Kleingartenanlagen so beschränkt sind, daß sie sicherlich nicht mehr für alle Interessenten nur mehr zu Fuß erreichbar sind, sondern daß Autos einfach dazu gehören.

Ich glaube, wenn man die entsprechenden Verkehrsmaßnahmen gleich mitberücksichtigt, wird es keine oder kaum eine zusätzliche Belastung für die Gründbergsiedlung geben. Ein Abbiegeverbot ist für mich schon vorstellbar. Es gibt auch bei der Ausfahrt vom Hofer ein Abbiegeverbot in die Gründbergsiedlung; auch dort funktioniert es großteils. Es wird immer Autofahrer geben, die Verkehrsrichtlinien nicht beachten.

Zur Fahrt über die Straße vom Motel Mayrpeter Richtung BMD. Hier muß man schon dazu sagen, daß die Straße im derzeitigen Zustand sicherlich nicht als Straße oder als Entlastung für die Siedlung berücksichtigt werden kann. Sie ist nur einspurig befahrbar und sehr eng, sodaß sie wirklich als Entlastung für die Gründbergsiedlung im derzeitigen Zustand nicht möglich ist! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Nicht mehr der Fall.

Ich glaube, es wäre auch wichtig, daß wir nicht immer unser Ich-Denken haben, sondern einmal ein Allgemein-Denken.

Jeder sollte das Recht haben, sich irgendwo einen Schrebergarten zu nehmen. Die meisten von uns hier herinnen werden bestimmt mit dem Auto fahren und möchten aber alles absperren, daß nirgends mehr Autos fahren können. So kann es, glaube ich, auch nicht gehen!

Schlußwort - Hr. Referent bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine geschätzten Damen und Herren des GR! Ich habe mir die Entscheidung bei der Planung nicht leicht gemacht. Ich habe als fast direkt Betroffener - genauso wie der Hr. Baudirektor - abgewogen, für oder contra zu sein. Ich bin mit dem Baudirektor übereingekommen und habe gesagt, wir wollen diese Planung ganz objektiv betrachten, dem Städteplaner, Hrn. Prof. Breitling, sein Gutachten erstellen lassen, und danach wollen wir uns halten.

Es wäre für mich ein leichtes, zu sagen, wir sind in der Kegelprielstraße genauso betroffen von den Zufahrern zum Krankenhaus; das beginnt um Viertel nach fünf, fängt um vier Uhr in der Gegenrichtung an, und geht in der Nacht als Schleichweg von Wolfern herein - Halusa udgl. - bis nach Mitternacht. Zwischen 22 und 24 Uhr ist dort ein ganz schöner Verkehr mit einer 30er-Beschränkung, wo viele 60 bis 80 km/h fahren.

Wir haben gesagt, es muß eine objektive Stellungnahme sein, denn ich möchte mir den Vorwurf ersparen, daß man sagt, der Mayr, Staffelmayr, ist ein guter Bekannter, ein Freund, außerdem auch ein GR gewesen bei uns herinnen, daher ist "der Schloßgangl" unbedingt für seine Kleingartenanlage. Ist "der Schloßgangl" dagegen, sagt man: ist doch klar, weil er dort wohnt, möchte er keinen Verkehr haben. Daher habe ich gesagt, wir betrachten das ganz emotionslos, Hr. Baudirektor, bitte keine Empfehlung, keine Einmischung in die Begutachtung, Prof. Breitling soll das entscheiden. Und sein Gutachten ist gekommen. Man hat dann dem Staffelmayr verschiedenste Auflagen gemacht - u. a. der Umweltschutz, ein Kanalprojekt, das einen sehr hohen Betrag gekostet hat. Man hat ihm auch noch verschiedene Verkehrsaufgaben gemacht, wofür der Staffelmayr meiner Meinung nach nicht verantwortlich gemacht werden kann. Er ist ja nicht zuständig. Was soll er denn tun? Er kann bereit sein, eine Ausweiche zu machen, die Erschließung von der Wolfener Straße, einen Ausbau - und das ist ja auch vorgesehen bei der ganzen Verkehrsausschuss - Diskussion - von der Reindlgutstraße, daß beim Mayr peter eine Umlegung des Verkehrs in erster Linie Richtung BMD kommt und über eine Einigung der Straße der Durchzug hinunter in die Siedlung.

Das Linksabbiegeverbot, das angeführt ist, soll auch den Verkehr in diese Siedlung hinunter zumind. eindämmen. Ich glaube, die Verkehrsmaßnahmen, die man ursprüngl. gefordert hat in der Reindlgutstraße - und ich würde mich sehr freuen, wenn es eine Sperre gegeben hätte für Anrainer in der Kegelprielstraße und in der Reindlgutstraße, so war es ja immer

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Anlieger!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, Anlieger!

Entschuldigung - Anlieger in der Kegelprielstraße. Ich kann es mir aber persönlich nicht vorstellen, auch wenn ich dort wohne, daß wir eine Straße haben und daß diese gesperrt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Christkindl! Die ganze Christkindl-Siedlung - das ist genau dasselbe! Haarscharf - seit 10 Jahren!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich muß dazu sagen, wir haben Straßen in Steyr - das ist kein pos. Beispiel -, die 3000 Verkehrsteilnehmer **in der Stunde** haben! Woanders wird protestiert und ein Aufstand gemacht, wenn sie 30 in der Stunde haben. Man muß ja auch diese Relationen irgendwo sehen! Ich bin so viel Demokrat, daß ich sage, ich muß eben auch mit diesen Autos, die bei mir in der Früh und in der Nacht "vorbeiflitzen", fertig werden. Ich kann nicht sagen, deshalb sperren wir die Straße und es darf niemand mehr fahren.

Ich würde meinen, daß man dieser Kleingartenanlage, dieser Flächenwidmungsplan - Änderung einmal die Zustimmung erteilen sollte. Es zieht sich schon wahnsinnig lange hin, und es wird Aufgabe des Verkehrsbeirates und des Verkehrsausschusses sein, auch hier entspr. Verkehrsmaßnahmen zu setzen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? 4 Gegenstimmen (2 FP, 2 GAL). Wer übt Stimmenthaltung? 4 Enthaltungen (FP). Wer ist für den Antrag "Kleingartenanlage"? Danke, der Rest. Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich danke Hrn. StR Ing. Schloßgangl für seine Anträge. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER STR. LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um den Ankauf eines Traktors für die Stadtgärtnerei. Es handelt sich um ein gebrauchtes Gerät. Das ist natürl. um einiges billiger, wie im Amtsbericht dargestellt. Einige meinen, daß dieses Gerät auch noch zu teuer ist. Ich darf aus Erfahrung bzw. als Kenner dieser Produkte sagen, daß es nicht zu teuer ist. Daher darf ich bitten, die 190.000 Schilling dafür zu beschließen, um diese Aufgaben in der Stadtgärtnerei bzw. für die Gemeinde durchführen zu können. Ich bitte um Zustimmung!

20) GHJ1-2/95 Ankauf eines Steyr-Traktors (gebraucht) für die Stadtgärtnerei Steyr.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung v. 21. März 1995 wird der Auftragsvergabe an die Fa. Lagerhausgenossenschaft Steyr-Weyer, 4451 Garsten, Klosterstr. 2, zum Ankauf eines gebrauchten Steyr-Traktors, Type 8055 Allrad, für die Stadtgärtnerei Steyr sowie der Kreditübertragung von S 190.000 von der VASSt 1/ 8150/020000.9 auf VASSt 1/ 8150/040000.5 zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit (befristete Reservierung des Traktors) wird der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nächster Punkt bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um den Zuschuß einer Wohnbauförderung für das Wohnprojekt der Raiffeisenkasse Garsten auf der ehem. Liegenschaft "Beer & Janischofsky". Es geht hier um eine Teilzahlung, und ich bitte um die Zustimmung zu dieser 1 Mill. S und auch dazu, auf die 10 % ige Kreditsperre zu verzichten. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

21) Fin-85/95 Raiffeisenkasse Garsten - Steyr; Wohnbauförderung für Bauvorhaben "Beer & Janischofsky".

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 10. April 1995 wird der Gewährung einer Förderung von S 3,000.000,-- für das Bauvorhaben der Raiffeisenkasse Garsten-Steyr am Hofergraben, ehemaliges Grundstück Beer & Janischofsky, zugestimmt. Die Auszahlung des genannten Betrages hat in drei gleichen Jahresraten in den Jahren 1995 bis 1997 zu erfolgen.

Zur Bezahlung des auf das Jahr 1995 entfallenden Anteiles in Höhe von S 1,000.000,-- wird dieser Betrag bei der VSt 5/4800/775000.1 freigegeben.

Auf die Anwendung der 10 % igen Kreditsperre wird ausdrücklich verzichtet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Niemand. Wer ist gegen den Antrag? Keine Gegenstimmen. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Feuerwehr in der Steiner Straße, um den weiteren Ausbau. Hier haben wir vor, mit einer Subvention die Feuerwehr direkt zu unterstützen, wo sie sozusagen in Eigenregie die Arbeiten durchführen. Und es würde natürl. auch unserer Gemeinde um das billiger kommen.

Wir konnten uns ja schon davon überzeugen - auch die Feuerwehr im Löschzug I hat den oberen Ausbau beinahe selbst durchgeführt, und es hat sich gelohnt. Das sollten wir auch weiter fortsetzen. Daher bitte ich um die Zustimmung zu den 740.000 S, um das Obergeschoß ausbauen zu können. Gleichzeitig ersuche ich Sie, auch auf die Einbehaltung der 10 %igen Kreditsperre zu verzichten.

Ich bitte um Abstimmung.

22) Bau5-2224/90 Freiw. Feuerwehr Steyr, Steiner Str., Erweiterung des Hauses d. Löschzuges III; Mittelfreigabe 1995.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 10. 4. 1995 wird der Vergabe der erforderlichen Materiallieferungen und Arbeitsleistungen für den Dachgeschoßausbau der FFW Steyr, Steiner Straße, Löschzug III, zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 740.000 bei VASSt 5/1630/774100.4 freigegeben.

Auf die Einbehaltung der 10 % igen Kreditsperre wird verzichtet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Keine Stimmenthaltungen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem letzten Antrag geht es um einen Antrag der FPÖ-GR-Fraktion und um die

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

"FPÖ-GR-Fraktion" steht oben drauf!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Es geht um die Verpachtung der landwirtschaftlich genutzten Flächen des Stadtgutes und deren 10 Pächter bzw. um Teilflächen, die dort unten genutzt werden. Ich darf in diesem Zusammenhang mitteilen, daß es erst seit letzter Zeit eine ganz strenge Bestimmung gibt, daß die Chemikalien bei der Düngung weitestgehend zurückgedrängt werden. Persönlich habe ich Freude damit, weil ich immer um das Grundwasser fürchte. Daher ist diese Entscheidung auch richtig gewesen! Auf diesen bes. Anlaß hin brauchen wir uns, glaube ich, nicht mehr fürchten. Und ich meine, daß diese Flächen auch die Austauschbarkeit für unsere notwendigen Umbaumaßnahmen darstellen bzw. deren Gesamtsicht in Zukunft, also der weiteren Entwicklung unserer Gemeinde doch einiges einbringt.

Ich bitte doch, dem die Zustimmung zu geben, daß wir die Pachtverträge mit den Landwirten dort so belassen und damit deren Lebensexistenz nach wie vor sichern.

Ich weiß schon, daß es um die jährliche Kündigung geht. Ich weiß es! Aber wir sollten diejenigen nicht vor den Kopf stoßen und sozusagen in Angst versetzen. Ich würde das nicht tun! Ich bitte darum!

23) Präs-156/95 Antrag der FPÖ-GR-Fraktion, betreffend Kündigung der Pachtverträge über die landwirtschaftlich genutzten Flächen des Stadtgutes.

Der GR möge beschließen:

Kündigung der Pachtverträge über die landwirtschaftlich genutzten Flächen des Stadtgutes.

Begründung:

Derzeit verpachtet die Stadt Steyr das angekaufte Stadtgut (ehem. Chemie Linz AG) an verschiedene Bauern (Ertrag rund 180.000 S/Jahr), die jedoch jährlich gekündigt werden können.

Die Düngung verursacht eine große Belastung des Grundwassers, und teilweise darf das Trinkwasser rund um Steyr nur mehr im abgekochten Zustand verwendet werden.

Die Gründe sollen Naturbelassen bzw. in eine Blumenwiese umgewandelt werden, und sollen diese auch als Naherholungsgebiet für die Steyrer Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Das Land OÖ. fördert bereits derartige, nicht bewirtschaftete Liegenschaften, und man könnte sich diesbezüglich auch um eine EU-Förderung bemühen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zunächst ist Hr. Magistratsdirektor am Wort.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Hier steht nämlich wirklich "FPÖ" drauf!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir können gerne über die FPÖ diskutieren, aber ich glaube, wir haben Wichtigeres zu tun!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt haben wir etwas Wichtigeres zu tun! Jetzt!

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Hier steht es drauf!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube, der Referent weiß nicht genau, was hier gespielt wird!

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Doch, ich weiß es schon! Ich habe es sehr wohl gelesen!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie wissen es nicht, denn der Hr. Magistratsdirektor wird es uns jetzt sagen! Ich bin auch ganz entsetzt! Ich bin entsetzt!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Hr. Magistratsdirektor nimmt dazu Stellung. Bitte sehr.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Ungeachtet dessen, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Mitglieder des GR, möchte ich doch einige rechtliche Ausführungen zu diesem Antrag der FPÖ-Fraktion - so steht es ja auf der Eingabe - vorbringen. Die Stadt Steyr hat mit dem Ankauf des Stadtgutareals auch die bestehenden Pachtverträge, die von der Chemie Linz AG mit den entspr. Pächtern abgeschlossen wurden, mitübernommen. Die Jahreseinnahmen, die die Stadt Steyr aus diesen übernommenen Pachtverträgen erzielt, machen einen Betrag von ca. 185.000 S im Jahr aus.

Nach unserem Statut für die Stadt Steyr ist aber für den Abschluß und die Auflösung von

Pachtverträgen bis zu einem jährlichen Betrag von 250.000 Schilling nicht der GR, sondern der StS zuständig. Auch wenn man jetzt die Gesamtsumme hernimmt, so ist jeder einzelne Pachtvertrag bei weitem unter diesen 250.000 S - die liegen ca. zwischen 10.000 und 20.000 S.

Ich muß Ihnen sagen, daß der GR, falls er hier einen Beschluß auf Auflösung der Pachtverträge herbeiführen würde, einen gesetzwidrigen Beschluß fassen würde, und dieser Beschluß dann vom Bürgermeister sistiert werden müßte. Das ist nur die Darstellung der rechtlichen Situation. Ich kann dem GR nur empfehlen, hier diesem Antrag nicht zuzustimmen - rein von der gesetzlichen Ausgangslage her.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. Vbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Magistratsdirektor, Hr. Präsidialdirektor, Frau Vorsitzende! So kann es ja wirklich nicht gehen. Seit 14 Tagen liegt der Antrag hier im Hause, und heute bei der Sitzung bekommt man einen "Wisch" hergelegt, daß das alles nicht geht, weil der StS zuständig wäre. Ich würde schon höflich bitten, daß man ein Minimum an Zusammenarbeit leistet, daß man es den Fraktionen mitteilt, wenn solche Bedenken bestehen. Nicht, daß man das auf die Tagesordnung setzt und dann sagt, "jetzt kannst Du Dich aber brausen, der StS ist zuständig"!

Ich bin trotzdem der Meinung, Hr. Präsidialdirektor, Hr. Magistratsdirektor und Fr. Vizebürgermeister, daß der GR der Stadt Steyr als oberstes Souverän, als oberstes Organ das sehr wohl bestimmen kann. Das ist meine Meinung dazu, ich bin kein Rechtsgelehrter - wir werden das klären. Ich bin nicht bereit, hier über diesen inhaltlich, glaube ich, sehr wichtigen Antrag zu diskutieren, und dann sagen wir, aber abstimmen tun wir nicht Diskutieren gehe ich ins Wirtshaus, wenn nichts herauschaut - dort kann ich das auch machen. Ich weigere mich, jetzt inhaltlich darauf einzugehen, aber das wird sicherlich Konsequenzen haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. Magistratsdirektor bitte.

LAUTE ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Eine Art ist das! Das ist wirklich ganz arg, daß man das heute bei der Sitzung hergelegt bekommt, aber dann nicht darüber diskutiert bzw. nicht darüber abstimmt! Weil wir nicht zuständig sind! Also ein Minimum an Zusammenarbeit fehlt hier. Das fehlt hier!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wer hat gesagt, daß nicht darüber diskutiert wird?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann möchte ich auch abstimmen dürfen! Diskutieren gehe ich in ein Wirtshaus!

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Wertes Präsidium, liebe Mitglieder des GR! Sie werden sich sicherlich noch an den Dringlichkeitsbeschluß - eingebracht von der FPÖ-Fraktion - erinnern, der die Aufstellung oder den Vertrag mit den Wartehäuschen betroffen hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die sind heute noch nicht fertig!

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Diesbezüglich hat es auch eine Aufsichtsbeschwerde an das Amt der Oö. Landesregierung gegeben. In dieser Aufsichtsbeschwerde wurde uns mitgeteilt, daß wir diesen Dringlichkeitsantrag im GR hätten behandeln müssen, obwohl der GR nicht zuständig ist. Der GR hätte in dieser Sitzung für sich erkennen müssen, daß er unzuständig ist und diesen Antrag ablehnen müssen. Bei diesem Dringlichkeitsantrag ist das ja überhaupt nicht in Behandlung genommen worden. Hier kann dieser Antrag einmal diskutiert, behandelt werden. Die Beschlußfassung sollte jedoch auf eine Ablehnung des Antrages lauten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

"Kasperltheater hoch 3" - mehr braucht man wirklich nicht sagen!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gehen wir jetzt nach Hause oder was machen wir?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, wenn es richtig ist, müssten wir über die Unzuständigkeit des GR bei diesem Antrag abstimmen.

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Dann kann also diskutiert werden?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat doch keinen Sinn, wenn wir diskutieren!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Haben wir nicht irgendeinen Juristen, der sich auskennt?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. Stadtrat Holub bitte!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ist diese Wortmeldung zur Geschäftsordnung oder zum Antrag?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, so etwas ist wirklich noch nie passiert!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Zur Geschäftsordnung! Wir sind ja mitten in der Geschäftsordnungs-Debatte!

STADTRAT KARL HOLUB:

Zur Geschäftsordnungs-Debatte muß sich jeder einzelne zur Geschäftsordnung zu Wort melden!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT KARL HOLUB:

Nein, ich warte! Wenn eine Geschäftsordnungs-Wortmeldung vor mir ist, nehme ich gerne wieder Platz. Ich habe nur nicht gehört, daß sich noch jemand zur Geschäftsordnung gemeldet hätte. Ich melde mich zum Sachantrag

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT KARL HOLUB:

Es gibt keine Geschäftsordnungs-Debatte!

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hr. Vbgrm. Dr. Pfeil hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet!

STADTRAT KARL HOLUB:

Er hat seine Wortmeldung zur Geschäftsordnung gemacht, und jetzt

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Will jetzt jeder von der Rednerliste zum Antrag sprechen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat keinen Sinn! Das hat ja wirklich keinen Sinn!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wäre es möglich, daß unser Hr. Bgm. wieder kommt und wir eine Sitzungsordnung hereinbringen, ansonsten gehe ich nach Hause, und Ihr schreibt mir dann, was passiert ist heute!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben ja eine Sitzungsordnung, wenn wir nicht alle durcheinander schreien!

Zuerst werden wir über die Unzuständigkeit des GR bei diesem Antrag abstimmen

PRÄSIDENTIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Dazu ist eine Debatte zulässig!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Stimmen wir nicht zuerst ab?

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Zur Geschäftsordnung!

PRÄSIDIARDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Darf ich das aufklären! Zur Geschäftsordnung ist grundsätzlich keine Debatte zulässig, es sei denn, es wird ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt - dann hat jede Fraktion eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Nachdem nur eine Wortmeldung erfolgt ist, aber kein Antrag gestellt wurde, ist es entweder möglich, eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung zu stellen; die hat Vorrang vor der Debatten-Wortmeldung. Wenn eine solche Wortmeldung verlangt wird, ist dieser Wortmeldung jetzt stattzugeben. Wird dies nicht verlangt, so geht nach der Rednerliste die normale Debatte vor sich. Nur eine Debatte über den Sachantrag ist zulässig!

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Darf ich festhalten: Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet und wurde zur Geschäftsordnung aufgerufen!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Dann darfst Du sprechen!

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sorgen haben wir?!

Wie gesagt, es hat natürlich einiges für sich, was in diesem Elaborat drinnen steht, das uns jetzt vor wenigen Minuten zugekommen ist. Meines Erachtens wäre es aber immerhin eine Frage der Zuständigkeitsprüfung gewesen, die nicht während des Verlaufes der GR-Sitzung zu erfolgen hat, sondern sofort - unverzüglich heißt das z. B. in der JN oder in der ZPO - vorzunehmen ist, wenn ein Antrag einlangt. Wenn man der Auffassung ist, daß das Gremium, wo der Antrag gestellt wird, nicht zuständig ist, dann ist er eben zurückzuweisen! So steht er aber hier auf der Tagesordnung, und da werden wir wohl oder übel - es sei denn, es gefiele uns, ihn zurückzunehmen - abzustimmen haben!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand zur Geschäftsordnung das Wort?

LAUTE ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zum Sachantrag kann man reden. Zuerst geht die Debatte vor sich und dann stimmen wir ab!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Reden wir eben über den Antrag! Zum Sachantrag hat sich als erster Hr. GR Payrleithner gemeldet. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was hat denn das für einen Zweck?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich muß mich daran halten, daß sich jemand zu Wort gemeldet hat!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber ich habe das Chaos nicht verursacht! Das ist ja wirklich ein Minimum an

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Darf ich jetzt dazu etwas sagen. Ich sehe auch den Sinn nicht, aber wenn

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT KARL HOLUB:

Fr. Vizebürgermeister, Sie haben den Vorsitz - bitte nehmen Sie ihn auch wieder wahr!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, ich habe den Vorsitz; und wenn Wortmeldungen vorliegen, dann muß ich mich daran halten. Jeder hat das Recht, sich zu Wort zu melden! Bitte, Hr. GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Darf ich mich trotz dieses Chaos in der Sache selbst zu Wort melden?! Es ist mir wirklich vollkommen unverständlich, daß man diesen Antrag bis zur letzten Minute einfach auf der Tagesordnung beläßt und uns dann informiert, daß das alles "illegal" ist. Aber darüber brauche ich mir ja jetzt keine Gedanken zu machen!

Zur Sache selbst. Wasser hat inzwischen einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft erlangt. Ich darf vielleicht an die Diskussion erinnern, die wir noch vor nicht allzu langer Zeit hier geführt haben, im Zusammenhang mit Perchlorethylen, mit Problemen in Gebieten, die viel weiter entfernt sind als dieses Gebiet, über das wir heute diskutieren. Ich glaube, daß wir auf die Düngung dort verzichten sollten; und das können wir nur in der Form, indem wir die Pachtverträge aufkündigen. Es geht hier um rd. 180.000 S, die uns dann an Eingängen abgehen würden. Ich darf aber, glaube ich, in diesem Zusammenhang schon erwähnen, daß eine Sanierung, die uns langfristig - wenn wir hier nichts machen - ins Haus stehen würde, ein Vielfaches von dem kosten würde, als wenn wir jetzt darauf verzichten. Wir haben ja gesehen, was diese Strippanlagen usw. im Bereich der Ennser Straße - durch die Gewerbebetriebe, wie man vermutet, verursacht - gekostet haben.

Ich glaube, es ist eine Investition in die Zukunft, und ich glaube, gerade in Zeiten der Überproduktion können wir auch dort auf einen Anbau verzichten; nachdem sich ja - vielleicht in diesem Zusammenhang auch noch ganz interessant - ein paar Kilometer weiter - vielleicht an die Adresse von Koll. Tatzreiter gerichtet - in Kronstorf sehr wohl Deine Parteifreunde noch in ganz schärferer Form gegen die Düngung auf Feldern rund um Kronstorf und das dadurch verseuchte Grundwasser gewehrt haben. Sie haben dort sogar mit Demonstrationen usw. protestiert - die SP-Nationalrats-Abgeordnete Naderer hat sich dort ganz stark gemacht. Im Grunde genommen geht es um genau dieselbe Sache wie bei uns hier in Steyr. Darum verstehe ich Deine Meinung in dieser Angelegenheit nicht ganz, daß Du Dich dagegen querlegst.

Ich darf vielleicht auch noch daran erinnern, daß wir rund um Steyr auch bereits durch diese Düngungsmethoden große Probleme haben; z. B. im Bereich Wolfers auf diesen großen Feldern. Hier hat man auch 40 Jahre lang diese Art der Landwirtschaft betrieben - Maisanbau, bei dem Atrazin als Unkraut-Vernichtungsmittel eingesetzt wurde usw. Heute weiß man nicht mehr, wie man dort das Problem in den Griff bekommt. Das Trinkwasser ist dort größtenteils nicht mehr konsumierbar - nur in abgekochtem Zustand.

Ich glaube, diese Verhältnisse sollen wir unseren Kindern ersparen, und ich bitte doch um Zustimmung zu diesem Antrag - bzw. weiß ich nicht, wie das dann geschäftsordnungsmäßig weitergeht. Geht das zurück an den StS oder nicht?

Es ist eigentlich traurig, daß in dieser Sache eine derartige Vorgangsweise, auch vom Präsidialbüro, gewählt wurde!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster ist Hr. StR Eichhübl am Wort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR! Wertes Präsidium! Sie haben ja selbst bereits festgestellt, daß sich bei der Vorlage dieses Antrages der Sparwille der Freiheitlichen wieder einmal dokumentiert. Wir haben nämlich sogar das alte Papier noch verwendet, wo FPÖ-GR-Fraktion draufsteht!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Super!

GELÄCHTER

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke für diese Beifallskundgebung, Koll. Schloßgangl, aber Spaß beiseite, meine Damen und Herren. Es ist wirklich ein sehr wichtiger Antrag. Ein sehr wichtiger Antrag, und Koll. Payrleithner hat bereits darauf hingewiesen, was sich hier im Zusammenhang der Grundwasser-Verunreinigung bei der letzten GR-Sitzung für Fragen ergeben haben: Einerseits, was die Perchlorethylen-Verunreinigung betrifft und die damit in Zusammenhang stehende Forderung der Grünen Gemeinderäte nach zusätzlichem Einbau einer Filteranlage, und aber auch, was die Verunreinigung des Brunnenfeldes Dietach und Tinsting wegen des überhöhten Desäthyl-Atrazin-Wertes betrifft.

Ich hatte damals die Gelegenheit bei dieser GR-Sitzung, in einem kurzen Statement ein paar Aufklärungen zu geben und kann mich daher heute dieser ganzen Angelegenheit etwas ausführlicher widmen. Irgendjemand hat hier einen "Stoßseufzer" losgelassen - den nehme ich mir sehr zu Herzen und werde mich daher kurz fassen.

Meine Damen und Herren, heute hätten wir die Gelegenheit in diesem Gremium, unser wirklich sehr wertvolles Gut - das Überlebensmittel "Trinkwasser" - zu schützen in Form dieses hier vorliegenden Antrages. Ich bedaure sehr, daß dies aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen offensichtlich nicht möglich ist. Ich bin kein Jurist, ich muß mich an das halten, was der Hr. Magistratsdirektor heute hier kundgetan hat, und was dann offensichtlich zu einer - Koll. Payrleithner hat es gesagt - sehr unangenehmen Situation geführt hat. Denn so ein Chaos habe ich auch noch nie erlebt in meiner 15jährigen GR-Tätigkeit. Das sei nur am Rande bemerkt.

Wie gesagt, wir werden natürlich - wenn es heute hier nicht möglich ist, diesen Antrag abstimmen zu lassen - einen Antrag im StS einbringen. Wir werden das selbstverständlich machen! Wir hoffen, daß wir dort Einigkeit erzielen können. Denn es ist

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

14 Tage liegt er hier im Haus!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Denn es ist wirklich so, daß wir - wenn es um so wichtige Dinge geht - früher eine Information erhalten hätten sollen. Ich glaube - das konnte ich zumind. feststellen -, daß für alle Mitglieder - ganz gleich, welcher Fraktion sie angehören - das Überlebensmittel "Wasser" sehr von Bedeutung ist. Daher hätte ich erwartet, daß wir heute hier einen entspr. Antrag verabschieden können. Das ist nicht der Fall - ich nehme es zur Kenntnis. Wir werden uns sicherlich in der nächsten StS-Sitzung damit auseinandersetzen!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nicht nur dort!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nicht nur dort natürlich! Ich hoffe, daß das auch in der Öffentlichkeit entspr. Anklang finden wird, was sich heute hier abgespielt hat!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. StR Holub hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie alle wissen, ist es mir nicht gegeben - durch meinen Verzicht, weiterhin Mitglied des GR zu sein -, auch zur Geschäftsordnung zu reden. Ich darf also nur zu den Sachanträgen reden, kann aber im Rahmen meiner Erörterung der Sachanträge sehr wohl auch auf die Geschäftsordnung Bezug nehmen - was hiermit geschieht!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist ohnehin schon "Wurscht"!

GELÄCHTER

STADTRAT KARL HOLUB:

Nein, an sich wäre es ja "Wurscht".

Es wird offensichtlich wieder einmal versucht, über die Auslegung des § 47 des Stadtstatutes, der die Zuständigkeit des StS regelt, den Gang von Sitzungen zu beeinflussen - gut. Das passiert nicht zum ersten Mal. Wir haben auf das hinauf schon ab und zu Sitzungen beendet, weil wir den Saal verlassen haben. Ich kann mich recht gut erinnern, daß eine Sitzung nicht sehr lange gedauert hat, weil es eine sehr extensive Auslegung von Bedingungen des Stadtstatutes und der Geschäftsordnung gegeben hat.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß es der Sinn der Demokratie ist, daß das Parlament in seiner Meinungsäußerung insofern beschränkt wird, als es das nächst höhere Organ sozusagen stillschweigend hinnehmen muß. Das ist nämlich der Hintertext, der unter der Anmerkung des Hrn. Magistratsdirektor vorzulesen ist. Ich weiß schon, daß die Quoren bzw. die Betragsgrenzen im § 47 eindeutig geregelt sind; nur hat der Gesetzgeber - das erlaube ich mir als Nicht-Jurist anzumerken - eine bestimmte Absicht dabei gehabt. Er wollte Verwaltungsgänge der Einfachheit halber den häufiger tagenden Gremien zuordnen, wo die Beschlüsse schnell gefaßt werden können. Er wollte aber niemals damit ausschließen, daß das Souverän in dieser Stadt - und das ist der Bürger und die Bürgerin und in dem Delegationsprinzip unserer Verfassung somit der Gemeinderat, nicht aber die Mitglieder der Stadtregierung, daß der sozusagen den "Maulkorb" umgehängt bekommt, weil nur die Stadtregierung zuständig ist.

Das ist also ein Streit, bei dem ich den Vorzug habe, ihn mit dem Hrn. Magistratsdirektor und dem nunmehrigen Hrn. Magistratsdirektor-Stv. schon jahrelang zu führen. Ich glaube, daß es grundsätzlich nicht richtig ist, wenn hier angemerkt wird, "weil der StS nach § 47 zuständig ist, wäre der GR nicht zuständig".

Wenn es so wäre, hätte der Gesetzgeber nämlich gemeint, daß bei den Rechten der Gemeinderäte unter § 12 - wenn ich nicht irre - ausschließlich jene Gegenstände sind, die nicht einem anderen Gremium der Stadt vorbehalten sind. Nachdem dieser Gegenschluß nicht zu verzeichnen ist, glaube ich, daß Du, lieber Hr. Magistratsdirektor, das Stadt-Recht nach eigenen Gesichtspunkten und eigener Zweckmäßigkeit beugst. Dagegen, glaube ich, sollte die Gemeindevertretung zumindest aufmerksam sein. Noch einmal: Wie gesagt, ich kann ja zur Geschäftsordnung keine Erklärungen abgeben. Ich kann einen Antrag der Freiheitlichen Partei Österreichs - die es ja noch immer gibt nach dem allgemein herrschenden Recht -, zu diesem Antrag selbst kann ich sagen, ich halte ihn nicht für zweckmäßig. Ich halte den Antrag nicht für zweckmäßig - ich würde ihn unter dem Gesichtspunkt diskutieren. Wenn ich zur Meinung komme, daß ich den Antrag nicht für zweckmäßig halte, dann habe ich zu begründen, warum ich ihn nicht für zweckmäßig halte. Aber ich kann nicht sagen: "Liebes, hohes Gremium des GR, oh Du Vertreter des Souveräns - das geht Dich nichts an!" Das ist das Schlimme daran! Über den Antrag selbst kann man geteilter oder ungeteilter Meinung sein, aber wer denn, wenn nicht die Gemeindevertretung, sollte sich mit ihren eigenen Interessen auseinandersetzen dürfen?

Es ist meiner Meinung nach höchst unzulässig, die Interpretation nach den Entscheidungsbeträgen, die der § 47 nach der Zweckmäßigkeit und nicht nach der Überregierungsfähigkeit des StS über den GR sich gegeben hat, so auszulegen.

Zum Sachantrag selbst, zu dem ich ja auch nicht mitstimmen darf, kann ich nur sagen: Das Trinkwasser zu schonen, ist gut und richtig! Über die Nutzung von Flächen nachzudenken, ist gut und richtig! Deshalb ist es aber nicht notwendig, Verträge zu kündigen. Das macht man in der Raumordnung, das macht man mit Gewässerschutzzonen, aber nicht über Bestandsverträge. Soweit meine Anmerkung zum sachlichen Antrag. Ich würde aus diesem Grund dem GR empfehlen, den Antrag nicht anzunehmen, weil er grundsätzlich in rechtl. Aspekte eingreift und dabei etwas anderes meint! Der Antrag meint den Gewässerschutz als Raumordnungsprinzip - in diesem Blickwinkel verdient er Ehrerbittung, weil es nichts Wichtigeres gibt, als Trinkwasser. Das wissen wir alle! Aber

das zu regeln, indem man Bestandsverträge auflöst, ist der untaugliche Weg meiner Meinung nach. Man müßte hier den richtigen Hebel am richtigen Eck ansetzen! Das heißt hier: Raumordnung oder Verbote der Nutzung, die sich aus dem Gewässerschutz ergeben können. Die Instrumentarien gibt es ja - da muß man nicht in Bestandsrechte eingreifen.

Noch einmal zum § 47 und seiner Auslegung: Ich finde die Haltung der leitenden Rechtsbeamten im Magistrat jedenfalls nicht demokratisch!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übergebe den Vorsitz an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz.

Man hat natürl. - das möchte ich gleich dazu sagen - auch deswegen rechtskundige Berater vorgesehen, wenn nämlich solche unterschiedl. Auffassungen auftreten können, daß man sich dieser bedient. Das ganze ist für mich eine Frage, die inhaltlich abzuhandeln ist. Diese Frage, ob das zuständige Gremium hier der StS oder der GR ist, enthebt uns ja ohnehin nicht der Aufgabe, uns mit einem Antrag zu beschäftigen. Würden wir uns nicht im GR beschäftigen, müßten wir uns im StS damit beschäftigen. Der ist nämlich nach Aussage

STADTRAT KARL HOLUB:

Eine Schlußfolgerung aus einem angenommenen Antrag - wenn mir dieser Zwischenruf noch einmal erlaubt ist!

Wenn der GR zur Meinung kommt, dem Antrag der Freiheitlichen Folge zu leisten, so wäre er in der Lage, den StS zum Vollzug zu beauftragen. Hier ist die Vernetzung vom § 47 zum

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber das Problem

STADTRAT KARL HOLUB:

Keine Frage!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das kann man so sehen, aber dennoch

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber so ist es, bitte!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Keine Frage! Ich freue mich darüber,

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Würden Sie mir bitte ein wenig zuhören? Erlauben Sie mir, auch meinen Standpunkt zu erläutern - das wird doch wohl noch möglich sein!

Die Juristen haben schon manchmal unterschiedliche Positionen, nicht-juristische Persönlichkeiten natürlich auch. Das ist durchaus möglich! Ich kann Euch nur einen Fall zitieren, den wir hier schon einmal gemeinsam erörtert haben. Ich erinnere an die Aufsichtsbeschwerde der Freiheitlichen in der Frage des Vertragsabschlusses mit der Fa. Werbering, betreffend die Aufstellung von Wartehäuschen. Hier haben wir ganz genau dieselbe Diskussion abgeführt. Damals haben wir im StS - im zuständigen Gremium unserer Meinung nach - die Entscheidung herbeigeführt. Es war dieselbe Diskussion dann im GR - da war nämlich die Freiheitliche Fraktion der Auffassung, das müßte im GR entschieden werden.

Es wurde eine Aufsichtsbeschwerde durchgeführt, die dann so ausgegangen ist, daß das Amt der Oö. Landesregierung

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Diese "Häuschen" sind heute noch nicht fertig gestellt!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... das Amt der Oö. Landesregierung festgestellt hat, daß

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Interessiert uns das nicht oder wie ist das?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das haben wir schon beredet, als Sie nicht herinnen waren, Hr. Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann es ja trotzdem noch einmal zitieren. Man muß auch den Mut zu Wiederholungen haben.

GELÄCHTER

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Den muß man haben - und da bin ich in guter Gesellschaft, wenn ich so in die Runde sehe!

GELÄCHTER

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Damals wurde entschieden, daß der GR von sich aus hätte erkennen müssen, daß er nicht zuständig ist. Das muß man immerhin einmal akzeptieren, wenn es das Amt der Oö. Landesregierung in einem solchen Verfahren feststellt!

Ich glaube einfach daran, daß man auch gut beraten ist, hier den Spezialisten zu folgen in ihrer Meinung. Es ist die Frage, ob man es abhandelt oder nicht! Mir ist dieses Gutachten über das Verfahren, wo die Zuständigkeit liegt, auch erst unmittelbar vor der GR-Sitzung zugegangen. Das ist jedes Mal ein Streit. Wir hatten mit Steyrdorf auch schon so eine "Geschichte".

Ich will ja nicht haben, daß man darüber nicht diskutiert. Verstehen Sie mich bitte richtig! Aber einen rechtswidrigen Beschluß zu treffen, im falschen Gremium etwas zu beschließen, halte ich trotzdem nicht für zielführend.

Ich sage auch dazu, daß ich in inhaltlicher Beziehung nicht der Meinung bin, daß man diesen Beschluß fassen sollte. Ich werde weder im StS noch im GR für diesen Beschluß eintreten, weil das, glaube ich, zutreffend ist, was Koll. Holub gesagt hat - zum einen; weil zum anderen aber auch noch andere Argumente - aus meiner Sicht - dafür sprechen.

Wir haben das Stadtgut erworben in der Absicht, einen Teil dieser Fläche, dieses Areals als Erholungsgebiet für die Stadt und zukünftige Generationen zu erhalten. Wir haben die Absicht gehabt, hier im Zuge der Vorschläge, die vom Stadtentwicklungsplaner kommen, eben zu schauen, daß es auch Vorbehaltsflächen gibt für den Wohnbau, aber auch für Betriebsansiedlung. Ein ganz bedeutsamer Punkt war, daß wir dort die Nordspange errichten wollen, und daß wir nicht nur über unser Grundstück dieses Stadtgutes die Nordspangentrassierung haben, sondern auch noch über Grundstücke einer Reihe von Bauern; und daß wir mit dem Erwerb dieses Grundstückes auch Tauschgründe zur Verfügung haben und damit erst den Bau der Nordspange leichter möglich und gängig machen.

Wenn wir jetzt ein Signal setzen in diese Richtung, wie das von der FPÖ vorgeschlagen ist, dann würde das bedeuten, daß die Grundstücke in diesem Bereich eigentlich nicht bewirtschaftbar sind. Dann können wir uns aber auch die Überlegung, daß man tauschen kann, sozusagen "abschminken". Wer wird sich denn ein Grundstück eintauschen, das er dann nicht bewirtschaften kann? Das ist ein völlig falsches Signal unter diesem Aspekt!

Wir müssen uns das auch überlegen: Wenn nicht einmal landwirtschaftl. Nutzung erlaubt sein soll auf dem Areal, wie werden wir denn andere Gesichtspunkte verfolgen können, die ich zuerst genannt habe (vom Wohnbau bis zu den entspr. Betriebsansiedlungen)? Das würde also in Wahrheit heißen: Wir haben etwas mehr als 80 Mill. S ausgegeben, um dann zu sagen, eigentlich war es nicht sehr interessant und wirtschaftspol. nicht richtig, weil wir eigentlich dieses Hoffungsgebiet vernichten, indem wir sagen, wir betrachten es nur für den Erholungsraum!

Wir haben uns nämlich auch noch vorgenommen, daß wir die landwirtschaftl. genutzten Flächen, die wir nicht für die Nordspange, für Tauschgründe, für Betriebsansiedlungen, für Wohnbau oder für Erholungsflächen benötigen, wieder an die Bauern veräußern, um uns zu refinanzieren. Das ist ja auch noch ein Gesichtspunkt gewesen, den ich hier in Erinnerung rufen möchte. Wenn wir eine Entwertung dieser bäuerlich genutzten Gründe durch so einen Beschluß als Signal hinstellen, dann können wir auch diese Grundstücke nicht veräußern oder es wird jedenfalls den Preis sehr drücken.

Darauf möchte ich, meine Damen und Herren des GR, eben hinweisen und aufmerksam machen. Im übrigen glaube ich, daß natürlich die Reinhaltung des Wassers ein ganz wichtiges Anliegen ist, das wir mit großer Sorgfalt betreiben sollten. Aber hiezu gibt es eben Umweltschutz-Gesetze, und hier gibt es natürlich auch die ganzen Behörden, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Sie sind ja auch tätig, wenn ich daran erinnern darf, daß erst vergangene Woche der Nationalrat z. B. dieses Atrazin-Verbot beschlossen hat und andere Dinge, die das Grundwasser belasten.

Das möchte ich doch alles, meine Damen und Herren, zu bedenken geben, bevor wir uns in einer Formaldiskussion sozusagen entspr. "in die Haare geraten". Das muß doch auch wirklich allen Mitgliedern des GR zu denken geben. Ich würde sagen, daß wir gerne darüber diskutieren können. Und es ist richtig, wenn eine Fraktion oder auch nur ein einzelnes Mitglied des GR in einer wichtigen Frage oder in einer ihm wichtig erscheinenden Frage das Wort im GR ergreifen möchte, dann steht ihm das selbstverständlich frei. Zu dem, was wir beschließen. Da möchte ich mich doch an die Auskünfte halten, die hier von den Rechtskundigen gesagt werden, denn ich bin nicht in der Lage, daß ich das besser erkennen kann als diejenigen, die dieses Fach studiert haben. Das kann ich

nur von meiner Warte aus dazu sagen.

Nun möchte ich weitere Wortmeldungen erteilen. Hr. GR Straßer hat sich schon vor längerer Zeit zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Hr. Bgm. hat ja bereits gesagt, daß dort unten mit der landwirtschaftlichen Nutzung auch ev. eine Verbindung mit den Tauschgründen von der Nordspange besteht. Ich glaube, wir dürfen ein Zweites nicht vergessen: Wir haben nämlich dort unten teilweise den Bauern vor gar nicht allzu langer Zeit auch einen Grund weggenommen - und zwar den, der im Brunnenschutzgebiet ist. Dieser wurde ja auch früher landwirtschaftlich genutzt, und jetzt ist er nicht mehr. Dort sind also schon die Landwirte oft daran interessiert, daß sie den Grund noch dabei haben, denn sonst könnte es ihnen u. U. knapp werden.

Weil das hier noch draufsteht wegen der EU-Förderung: Ich habe mich erkundigt: Die Kommune als solche bekommt keine EU-Förderung. Das geht nicht, das kann nur die Landwirtschaft machen, und dann werden maximal 50 % überhaupt einer Förderung unterliegen.

Zur Frage mit dem Nitrat. Wir haben immer "Perchlor" gehört. Ich glaube, das Perchlor kommt nicht von den Bauern hinein, das ist sicher woanders drinnen - das ist eine Altlast! Aber es ist trotzdem furchtbar - da brauchen wir gar nicht reden.

Von der Bewirtschaftung her müßten das - hier heißt es so schön "Blumenwiese". Eine Blumenwiese wird es wahrscheinlich nicht werden, das wird eine Grünbrache werden, denn wenn man das ein Jahr lang nicht mäht, dann sind die Disteln das erste, das so hoch wird. D. h., man müßte das mind. einmal im Jahr mähen, und es handelt sich um eine rel. große Fläche. Jetzt ist die Frage: Wer soll das tun? - Macht das die Gemeinde? Zahlen wir jemanden? Darf das etwas kosten oder sagen wir - das müßte es ja auch geben, daß wir mit den Landwirten dort reden -, sie sollen das mähen, aber düngemäßig oder fruchtfolgemäßig kann man nur das ansetzen. Meiner Meinung nach - jetzt ist nämlich nicht einmal mehr Mais unten, weil sie das Atrazin nicht mehr spritzen dürfen

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gott sei Dank ist kein Mais mehr dort! Das wäre ja Wahnsinn, dort Mais anzubauen!

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Aber hier hat man doch die ganze Zeit jetzt gehört, das Atrazin ist eigentlich das Gift. In Kronstorf haben die Damen dagegen gestreikt, und das wird dort nicht angebaut und es wird auch dort nicht gespritzt.

Man muß natürlich dazu sagen, daß sich die Landwirte bis jetzt an und für sich gesagt haben, den Tauschgrund bekommen wir für die Nordspange - sie haben damit gerechnet. Das haben wir eigentlich versprochen. Wenn wir jetzt sagen, daß sie dort nichts mehr anbauen dürfen, dann werden sie wahrscheinlich sagen, "Freunde, jetzt wird es schwierig werden". Aufgrund dessen können wir uns sicher etwas überlegen, wie wir dort vielleicht weniger Nutzung hinbekommen. Aber direkt so, daß wir die ganzen Pachtverträge kündigen, ich glaube, das können wir nicht tun!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Als nächste hat sich Fr. Kollegin Radmoser zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ganz kann ich die Freiheitlichen nicht verstehen. Da propagieren sie immer Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - dann dieser Antrag. Wie sehr diese Grundstücke entwertet werden, wenn wir dort nicht mehr landwirtschaftlich nutzen können, wurde bereits mehrmals gesagt. Zur Zeit sind 92,653 ha an zehn Landwirte verpachtet. Dafür bekommen wir 185.000 S Pächterlös. Sagen wir, wir verzichten auf diese 185.000 S - Koll. Straßer hat es schon angesprochen -, damit ist es nicht getan. Bei einer internen Umwidmung würde uns das einmalige Kosten von 400.000 S verursachen und 320.000 S für den Grünschnitt und den Abtransport desselben. Die Stadtgärtnerei könnte das nicht machen, denn die hat nicht die nötigen Geräte und auch nicht das Personal dazu. Diese Arbeiten müßten vergeben werden. Außerdem: wenn man eine Blumenwiese, wie es im Antrag gefordert ist, machen würde, würde das Kosten von 1,970.000 Schilling (!) verursachen. Dann ist nämlich nicht nur der Umbruch, sondern auch die Besämg erforderlich; und zusätzlich diese Wartungskosten natürlich.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werden da Gladiolen verwendet?

GELÄCHTER

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Nein, keine Gladiolen, aber besämt muß es trotzdem werden!

Außerdem sind im Schongebiet sowieso keine Grünflächen verpachtet, und die verpachteten Grundflächen sind nur mit dieser Auflage verpachtet worden, daß die Landwirte in der natürlichen 3-Frucht-Folge bewirtschaften müssen - dadurch fällt ja sowieso der Einsatz von Düngemitteln weg. Was ist gegen ein Blumenfeld, wenn das z. B. ein blühender Klee ist, oder gegen wogende Ährenfelder einzuwenden? Ich finde das schön und hätte nichts dagegen.

Diese Behauptung, daß das Wasser so verunreinigt ist, daß man es nur mehr abgekocht trinken kann, trifft ja auch nicht ganz zu! Es ist bekannt, daß es dieses Problem mit dem "Per" gegeben hat, aber durch den Einbau von Sperrbrunnen und Strippanlage wurde das weitgehend in den Griff bekommen. Die Grenzwerte wurden unterschritten. Auch die Belastung mit Pestiziden ist unter dem Grenzwert. Es wurde auch schon angesprochen, daß der wahrscheinliche Verursacher für dieses Perchlorethylen nicht in der Landwirtschaft zu suchen ist, sondern woanders.

Auch ich bin für einen schonenden Umgang mit der Natur, und wir wissen alle, daß Wasser unser wichtigstes Lebensmittel ist - trotzdem finde ich diesen Antrag nicht zielführend! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste Wortmeldung: Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium! Durch diese vielen lichtvollen Ausführungen wäre ich schon fast irregeführt worden. Es ist schon richtig, daß wir zuerst in der halben Geschäftsordnungs-Debatte uns fast aufs Glatteis begeben hätten - nämlich insofern, als wir den Herren Beamten geglaubt hätten. Es ist eine alte Geschichte: 3 Juristen - 4 Meinungen. Nur die Meinungen von den Herren Beamten sind wohl absolut unrichtig! Denn da hat der Stadtrat Holub recht: Wenn ein übergeordnetes Gremium etwas delegiert, dann kann es das jederzeit wieder an sich zurückziehen. So ist es auch hier. Es ist nichts anderes als eine Vereinfachung, daß etwas vom größeren Gremium mit 36 Leuten an 9 delegiert wird zur Entscheidung; die können dann wieder sagen, "Du Einzel-Stadtrat machst das auch alleine". Aber bitte, das ist einfach eine Frage des Verständnisses im Stufenbau des Rechtes.

Zur Sache selbst. Es ist ein Antrag, der gut gemeint ist in Richtung "erhalten wir dort die Blumenwiese". "Blumenwiese" nicht so, wie Du, Fr. Kollegin, es gemeint hast mit dem Saatgut

ZWISCHENRUF

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Ja, ich weiß, was ein Grassamen kostet; ich weiß, was Blumenwiesensamen kosten - das ist irrsinnig teuer. Aber das braucht man ja nicht überzüchten. Die Absicht ist einfach, daß dort die Qualität des Wassers erhalten werden soll, und daher kommt dieser Antrag. Absolut kontraproduktiv ist z. B., daß die Firma, die wir heute einmal gesprächsweise erwähnt haben, sich an den rechten Fuß des Heuberges begibt. Das wird auch wieder eine "Wassergeschichte"!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Hr. Koll. Apfelthaler ist der nächste.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im GR! Ich fürchte, daß die Qualität dieser Diskussion mind. ebenso betrüblich sein wird, wie das Wasser, das wahrscheinlich in 3 bis 4 Jahren - ich hoffe, erst in 3 bis 4 Jahren - aus unserer Wasserleitung kommen wird. Denn jedes Mal, wenn es darauf ankommt, im Naturschutz Flagge zu zeigen - ich spreche jetzt nicht nur von OÖ, sondern auch speziell von Steyr -, verzieht man sich hinter Formalismen und sagt, die Wirtschaftlichkeit steht im Vordergrund, wir dürfen dann nicht mehr - wir werden wahrscheinlich auch dann nicht mehr können, stelle ich mir

vor. Denn wenn wir weiterhin unsere Ressourcen verbrauchen, wenn wir uns weiterhin hinter einer gew. Wirtschaftlichkeit verstecken, dann werden wir eines Tages begreifen müssen - auch im Zusammenhang mit "50 Jahre Republik", wo wir auf einen gew. Wohlstand zurückblicken können -, dann werden wir einen Teil unseres Wohlstandes dazu benützen müssen, daß wir das, was wir zerstört haben, wieder aufbauen. Dazu gehört auch die Natur!

Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen den Bericht in den OÖN gelesen hat über den "Club of Rome", der sagt, daß der Wohlstand oder das Bruttonationalprodukt, das wir erwirtschaften, im Prinzip ja gar nicht stimmt, sondern daß wir eigentlich ganz anders rechnen müssen. Wir müssen nämlich so rechnen: Was wir der Natur wegnehmen, müssen wir der Natur wieder zuführen. An Lebensqualität - jetzt sind wir z. B. wieder bei der Kleingartensiedlung - werden wir nichts gewinnen können, wenn wir so wirtschaften, wie es eben zuerst vorgekommen ist, wie so manche Debattenredner und Debattenrednerinnen sich das vorstellen.

Zum Koll. StR Holub möchte ich noch folgendes sagen: Ich konnte diesem Gedanken momentan auch etwas Positives abgewinnen, als Du gesagt hast, "warum gleich wegnehmen?". Das war Deiner Ansicht nach ja nicht sinnvoll. Warum schauen wir nicht darauf, daß dort das passiert, was passieren soll im Interesse der Stadt? Dazu möchte ich nur folgendes sagen: Ich möchte nicht präjudizieren, daß die Bauern dort draußen so arbeiten, daß es für die Natur schädlich ist. Aber Sie wissen alle, daß es speziell auch in OÖ oder Österreichweit allgemein die große Problematik der Abwässer und der verwendeten Abwässer aus Sickergruben gibt, die als Gülle-Ausbringer auf die Felder dort verwendet werden.

Das derzeit gültige Oö. Bodenschutzgesetz besagt, daß die Inhalte von Senkgruben, die bei landwirtschaftl. Betrieben existieren, auf landwirtschaftl. Nutzfläche ausgebracht werden dürfen. Allerdings mit einer Mengenbeschränkung, die sehr wohl auch notwendig ist. Diese Mengenbeschränkung sind 50 m³ pro Jahr und ha Boden. "Alles in Ordnung", denkt sich jeder, "das ist reglementiert, das ist vom Gesetz her so geregelt, also kann im Prinzip nichts passieren". Es passiert aber schon etwas; es ist nämlich de facto so, daß in ganz Österreich, oder bleiben wir nur bei OÖ, jeder einzelne Einwohner im Jahr ca. 40 m³ Abwasser produziert. Das geht in den Millionenbereich hinein. Und wenn man das jetzt umlegt, wer die Möglichkeit hat, bei den Landwirten z. B., das in der Landwirtschaft auszubringen, dann kommen wir genau dorthin, daß das schier unmöglich ist. Sprich: im Prinzip ist der Landwirt gezwungen, auch seine Abwässer auf das Feld aufzutragen, und kein Mensch kontrolliert, ob das jetzt 50 m³ im Jahr und pro ha sind; und kein Mensch kontrolliert, wie sich das auswirkt, weil es seitens des Landes und des Bundes keine Möglichkeiten gibt, das genauer zu betrachten.

Ich will nicht in den Raum stellen, daß das die Bauern im Stadtgut draußen tun. Aber kein Mensch kontrolliert das, kein Mensch will sich "die Finger verbrennen". Genauso, wie hier herinnen einige Debattenredner und -rednerinnen. Natürlich ist das ein Problem, das sich auch auf die Zukunft der Bauern auswirkt. Aber wenn wir in 5 oder 10 oder manche von Ihnen vielleicht erst in 15 Jahren hier aus dem GR austreten, weil wir in die Pension gehen - dann sind Sie sozusagen aus der Verantwortung entlassen, die Sie hier herinnen hätten beweisen müssen - heute und jetzt zu diesem Thema!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste Wortmeldung: Hr. GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, hoher GR! Ich möchte fast soweit gehen, daß ich sage, es ist Gefahr in Verzug! Hr. Bgm., stellen Sie sich vor, es passiert mit dem Trinkwasser in den nächsten zwei Wochen etwas - Kinder werden krank etc. Ich kann mich gut erinnern an diesen Fernsehbeitrag Ihres Kollegen in Linz, LH-Stv. Hochmair, wie es um die Sonnenschutzcreme gegangen ist, die nicht diesen Faktor hat. Wie er gesagt hat, was passiert, wenn ein Kind dann auf einmal einen Sonnenbrand bekommt - dasselbe ist eigentlich hier mit dem Wasser.

Wenn jetzt wirklich etwas passiert, und dann stellt sich heraus, nur weil das jetzt vom GR zuerst in den StS gehen muß ... Das kann man dann, glaube ich, niemandem mehr erklären! Das wird dann niemand mehr verstehen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Das ist wieder eine andere Sichtweise. Aber das können Sie natürlich nicht nur auf die Stadtgut-Bauern beziehen; da würden Sie alles andere, was in diesem Bereich vom Gesetz her und von Rechts wegen zuständig ist, außer Kraft setzen. So ist doch das nicht!

Jetzt auf einmal die Schuld an den GR zu delegieren, weil diese 10 Bauern dort noch weiterhin die Gründe bewirtschaften, die sie immer bewirtschaftet haben, und alle anderen auch - das ist also ein sehr merkwürdiger Vorgang, den Sie hier praktizieren. Dem kann ich so wirklich nicht folgen!

Koll. StR Spanring hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Fürs erste wäre man in Anbetracht der jüngsten Meldungen, betreffend die Überdüngung der Böden und die daraus entstehenden Belastungen des Grundwassers, verleitet, dem vorliegenden Ansinnen, landwirtschaftl. nutzbare Flächen des Stadtgutes nicht mehr zu verpachten, näher zu treten. Nur meine ich, man sollte "die Kirche doch im Dorf lassen"! Das Stadtgut wurde von der Stadt aufgekauft - wie bereits dargestellt -, um wieder in den Besitz von Grundstücksreserven zu gelangen und u. a. auch Tauschgrundstücke für die zu errichtende Nordspange zu haben - da liegt auch das, was ich mit "Kirche im Dorf" meine. Das Stadtgut ist kein isolierter Inselbetrieb, sondern in einträchtiger Nachbarschaft mit Haupterwerbslandwirten zu sehen. Ich denke, etwa 10 Bauern haben in der Umgebung, im Einzugsbereich des Brunnenschutzgebietes seit Jahrhunderten ihre Höfe, ihre Gründe, Felder, Äcker, ihre Existenzen. In letzter Konsequenz wären auch diese vom vorliegenden Ansinnen betroffen. Ich glaube, das ist eigentlich undenkbar! Vielmehr sind und werden einige dieser Landwirte durch das Projekt "Nordspange" und noch andere, vor uns liegende Projekte betroffen. Sie würden einen Teil ihrer Existenzgrundlagen verlieren, hätte nicht die Stadt mit dem Erwerb des Stadtgutes vorgesorgt, um Betroffenen in unmittelbarer Nähe ihrer Betriebe Ersatzgrundstücke anbieten zu können.

Die Größe des Stadtgut-Areals ließ und läßt ohne weiteres eine Symbiose zw. Bewirtschafter der Ackerfläche, Grünland und nahezu unberührter Natur zu. Betreffend Düngung, Anbauart und Anbaufolge, kann und wird auch Einfluß genommen werden! Unter anderem - das wurde auch heute schon erwähnt - hat der Nationalrat ein entsprechendes Atrazin-Verbot beschlossen.

Die SPÖ-Fraktion - wie immer wir es dann auch halten werden - wird diesem vorliegenden Antrag nicht nähertreten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Werden weitere Wortmeldungen gewünscht? Hr. Dr. Pfeil ist als nächster am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren! Ich habe mich und werde mich aus Protest an der inhaltlichen Diskussion dieses Antrages nicht beteiligen - wie ich anfangs bereits gesagt habe.

Wir diskutieren jetzt schon eine Stunde teils über die Geschäftsordnung, teils über den Inhalt dieses Antrages.

Ich hätte nur eines schon noch ganz gerne erfahren - ich habe heute schon ein paar Fragen gestellt, auf die ich keine Antwort erhalten habe. Ich möchte wenigstens auf diese Frage eine Antwort, wie der Hr. Bgm. heute dazu Stellung nimmt, wenn ein Antrag einer GR-Fraktion, geschrieben am 20. 2. 1995, eingelangt im Büro des Bgm. am 7. 4. 1995, abgesandt in die Magistratsdirektion am 10. 4. - dort verfügt vom Magistratsdirektor: Referent Gemeinderat. Dann steht es auf der GR-Tagesordnung, und während der Sitzung bekommen wir Bescheid vom Bgm., daß alles nichts ist, und wir uns in allem getäuscht haben. So kann es ja wirklich nicht gehen! Und ich frage

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das stimmt ja gar nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich frage noch einmal ganz ernst: Ist das die Form der gewünschten Zusammenarbeit, wie wir miteinander umgehen? Wenn man einmal anderer Meinung ist, dann kann und soll man das ausdiskutieren - aber ausdiskutieren im Vorfeld und nicht hier ein einstündiges "Kasperltheater" abführen! Wir haben diskutiert - aber was passiert jetzt? Wenn wir abstimmen, ist es nicht recht; und wenn wir abstimmen, dann ist es Ihrer Meinung nach ja gesetzwidrig. Also wir werden das sicherlich einer rechtlichen Beurteilung zuführen lassen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil, erstens einmal hoffe ich doch, daß nicht die Mehrheit im GR das als ein "Kasperltheater" betrachtet, was wir hier tun!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die letzte Stunde - ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben mit Ihrer Fraktion einen Antrag gestellt - er befindet sich auf der Tagesordnung. Sie können also nicht unterstellen, daß man das Thema nicht behandeln wollte. Der Antrag steht auf der Tagesordnung, es wurde aber zwischenzeitlich auch die Frage der Zuständigkeit geprüft. Ich habe das Ergebnis dieser Prüfung auch erst unmittelbar vor dieser Sitzung bekommen.

Ich erinnere aber an einen - selbst wenn Sie jetzt wieder sagen, ich wiederhole mich - ähnlichen Vorgang, wo in der Stellungnahme der Landesregierung drinnen gestanden hat, daß ich damals diesen Antrag zulassen hätte sollen - nicht einfach abschmettern -, obwohl der GR nicht zuständig war! Sondern der GR hätte von sich aus erkennen müssen, daß er nicht zuständig ist. Selbst wenn ein Beschluß in dieser Causa damals herbeigeführt worden wäre, wäre der Beschluß nicht rechtsgültig gewesen, und ich hätte ihn als Bürgermeister sistieren müssen, nicht ausführen dürfen! So war damals die Stellungnahme in der Frage dieser Aufsichtsbeschwerde!

Ich pflichte Ihnen in einem vollkommenen bei, wenn Sie sagen - ich habe es dem Hrn. Magistratsdirektor schon gesagt, ich möchte eine inhaltliche Diskussion in keiner Weise verhindern - , dieses Thema ist so wichtig, daß man darüber sicher reden muß. Es hat nur verschiedene Aspekte, und die sollten durchaus in einer kultivierten, inhaltlichen Diskussion hier vorgebracht werden können. Sie müssen sogar vorgebracht werden, wenn ein derartiger Antrag kommt.

Aber, meine Damen und Herren, das heißt noch nicht, daß das zutreffend ist, was einer meint - wenn Sie auch bezweifeln, was hier unsere rechtskundigen Mitarbeiter meinen. Ich möchte nämlich auch genau und gerne wissen, wie das jetzt wirklich zu handhaben ist. Ob Hr. Dr. Schwager recht hat, der meint, wir hätten etwas an den StS delegiert und können uns das als GR dann jederzeit zurückholen. Oder ob Hr. Dr. Schmidl recht hat - beide haben ja das Fach studiert -, der sagt, wir können uns natürlich etwas zurückholen, was wir im GR an den StS delegiert haben, weil es uns zweckmäßig erschienen ist und effektiv gehandhabt werden kann; wir können aber nicht in einer Sache entscheiden, die vom Landtag mit Beschlußfassung des Statutes hier dem StS zugewiesen ist; das können wir uns nicht in den GR holen. Das ist die Rechtsmeinung des Hrn. Dr. Schmidl. Hr. Dr. Schwager hat eine andere Meinung verkündet - andere haben noch eine andere Meinung.

Ich bin durchaus der Meinung, wir können heute über diesen Antrag abstimmen. Ich würde diese Abstimmung aber in inhaltlicher Sicht verstanden wissen. Wir werden uns dann in der Zwischenzeit erkundigen - ich bin selbst höchst interessiert daran. Treffen wir uns, um zu hören, was die Oö. Landesregierung bzw. die zuständigen Juristen in einer Beurteilung zu diesem Streit, der sogar auch unter Juristen ausgetragen wird, zu sagen haben. Dann werden wir uns leichter tun. Es ist eben so, daß man manchmal einen Schiedsrichter braucht. Deswegen sollten wir uns nicht "in die Haare geraten", wenn wir es in dieser ganzen Angelegenheit ehrlich miteinander meinen.

Weitere Wortmeldungen?

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Zur Geschäftsordnung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. GR Oppl wünscht das Wort zur Geschäftsordnung - bitte sehr.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine Damen und Herren! Ich muß mich auch vollinhaltlich der Auffassung des Koll. Holub anschließen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es nicht möglich ist, daß der GR solche Themen diskutiert - auch wenn formell der StS für die Beschlußfassung zuständig ist!

STADTRAT KARL HOLUB:

Zum Vollzug!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das sage ich doch auch!

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Bzw. zum Vollzug zuständig ist, ja.

Der einzige Lapsus bei diesem Antrag, glaube ich, ist - jetzt unabhängig davon, wie man inhaltlich dazu steht -, um das bereinigen zu können, daß ein Abänderungsantrag eingebracht wird, wo einfach steht: "... der StS wird beauftragt". Der GR beschließt also, daß man den StS beauftragt, die Pachtverträge zu kündigen.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß hier gesetzl. Bestimmungen oder das Statut dagegen sprechen, daß der GR so einen Beschluß fassen kann. Wenn wir dann als GR diesen Antrag ablehnen, dann geht er gar nicht in den StS - somit hat sich diese "Geschichte". Wenn die Mehrheit dafür ist, dann geht der Antrag in den StS, und der StS muß dann de facto dieses Thema als zuständiges Gremium, weil es eben statutenmäßig unter 250.000 S ist, behandeln.

Ich glaube, das Sachthema selbst wurde jetzt bereits diskutiert. Um einen Ausweg aus dieser Situation zu finden - das müßte jetzt abgeklärt werden - könnte ich mir das als Nicht-Jurist sehr wohl vorstellen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dazu wird uns jetzt noch Hr. Dr. Alphasamer seine Rechtsmeinung mitteilen! Bitte sehr.

PRÄSIDIARDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Grundsätzlich hat der GR natürlich das Recht, zu allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches Diskussionen abzuführen - und auch Beschlüsse. Allerdings dürfen das keine Beschlüsse sein, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Stadtstatutes stehen. Im Widerspruch stehen sie so lange, solange die Zuständigkeitsregelungen der §§ 46 und 47 Abgrenzungen schaffen zw. GR und StS.

Die Regelung, die Du ansprichst, wäre grundsätzlich nur dann denkbar, wenn der GR nicht einen Antrag auf Beschlußfassung und damit auch auf Vollzug und Durchführung fassen würde, sondern wenn der GR lediglich einen Antrag auf Fassung einer Resolution an den StS richten würde, denn diese bindet ja den StS nicht. Die Resolution stellt nur eine Anregung an den StS dar, daß der StS diese Problematik behandeln und einer Beschlußfassung zuführen möge. Der StS ist dadurch aber rechtlich nicht verpflichtet, dieser Resolution nachzukommen. Er kann sie auch unbearbeitet lassen.

Würde hingegen hier ein Beschluß gefaßt, so würde man sich erstens über die Kompetenz des StS zur endgültigen Beschlußfassung hinwegsetzen, und zweitens würde der StS oder auch der GR damit endgültig gebunden. Genau das ist durch die Trennung der Kompetenzen in § 46 und § 47 und auch durch die Trennung der Gemeindeorgane (in Magistrat, Bgm., StS, einzelne Mitglieder des StS und GR) in § 7 des Statutes nicht gewollt. Genau der § 7 trennt die Organe der Stadt einzeln, zählt sie nebeneinander auf und sieht keine Über- oder Unterordnung - wie auch immer das empfunden wird. Vom Rechtsempfinden her, gebe ich Ihnen durchaus recht, daß man die Meinung vertreten kann, der GR ist das demokratisch gewählte Organ und vertritt somit die Bürger; und alle anderen Organe der Stadt leiten sich vom GR ab - sie sind ja nicht unmittelbar gewählt, sondern mittelbar gewählt.

Hätte der Gesetzgeber das aber so gewollt, daß hier eine Hierarchie bestünde, dann hätte er den § 7 nicht so formuliert, daß er ein Nebeneinander der Organe bestimmt hätte, sondern dann hätte er eben diese Hierarchie in § 7 auch entspr. zum Ausdruck gebracht. Das hat er eben nicht, er zählt die Organe der Stadt nebeneinander auf und legt Hierarchien nicht fest. Ganz im Gegenteil, er legt im § 46 und im § 47 auch nebeneinander Zuständigkeiten des GR und des StS fest.

Unbenommen bleibt natürlich jedem Organ - ganz gleich, ob Bgm., StS, dem einzelnen Mitglied des StS, oder, wie z. B. auch hier, dem hohen GR -, Resolutionen zu richten - an wen auch immer; an die Bundesregierung, an die Landesregierung oder auch an den eigenen StS. Allerdings ohne die rechtl. Verpflichtung, daß der StS dieser Resolution nachkommen muß, und ohne Bindungscharakter! Während eine Beschlußfassung über diesen Antrag heute unzulässigerweise einen Bindungscharakter hätte. Daher wäre dieser Beschluß gesetzwidrig!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Warum haben wir das nicht vor einer Woche erfahren?

PRÄSIDIARDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Weil ich das erst heute auf den Tisch bekommen habe.

LAUTE ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann ist das aber wirklich "ein starkes Stück"!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Herrschaften, das war die Rechtsmeinung des Hrn. Dr. Alphasamer. Jetzt ist Koll. StR Holub am Wort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich bin sicherlich - das sage ich jetzt laut, damit es im Protokoll steht - nicht so präpotent, mir anzumaßen, daß ich mit Fug und Recht Rechtsmeinungen äußern könnte. Ich bin kein Jurist, aber ich glaube zu wissen - aus vielen Gesprächen -, was sich der Gesetzgeber mit welchem Gesetz in diesem kleinen Segment "Stadtverfassung" gedacht hat.

Die Ernsthaftigkeit, das Wasser zu schützen, wurde von niemandem bezweifelt. Absolut von niemandem! Jeder muß sich darüber im klaren sein, daß wir das tun müssen! Ich gehe nicht weg von meiner Behauptung, daß man zuerst - bevor man in Besitz- oder Bestandsverhältnisse eingreift - alle anderen Ordnungsbeziehungen herstellen muß, und dann erst, wenn das nicht fruchtet, eingreifen kann in das persönliche direkte Recht. Aber Du wirst das wahrscheinlich jetzt nicht akzeptieren können, ich kann Deinen Standpunkt nicht akzeptieren, daß man sagt

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wenn Du mir sagst wie, dann schon! Wie willst Du das exekutieren?

STADTRAT KARL HOLUB:

So wie jetzt, indem man die Schutzgrenzen des Trinkwassers überdenkt, eine neue Schutzzonen-Verordnung machen kann nach den erforderlichen Gegebenheiten; und in der engen Schutzzone ist jetzt schon Düngen und eine intensive Landwirtschaft verboten und alles andere. Da müssen wir uns jetzt nicht gegenseitig Bitte?

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich möchte Dich wirklich herzlich einladen, nicht irgendjemanden um irgendetwas zu fragen, sondern tatsächlich Dich einmal sehr gewissenhaft zu informieren, wo die Bedingungen wirklich sind. Der Gewässerschutz ist kaum so gut reglementiert, wie irgendetwas anderes. Da kann man also

sehr gut erkennen, was man wirklich tun kann, wenn man will. Nur muß man wollen - das ist eine der Voraussetzungen! Mit quasi Pachtvertrags-Auflösungen oder korrekten Pachtvertrags-Auflösungen ändert man am Problem nichts! Die Wasservergiftung, von der hier gelegentlich die Rede ist, findet im wesentlichen nicht vor Ort statt, sondern von der Verfrachtung aus größerer Entfernung. Jetzt bin ich beim Grund meiner zweiten Wortmeldung. Nicht weil ich mir anmaße, in das Rechtsduell der Titanen einzugreifen, sondern weil ich ganz einfach als Steyrer Bürger fragen will: Wie weit sind wir denn mit dem Suchen nach sonstigen Quellen? Wie weit sind wir da, lieber Roman Eichhübl? Die Wasserwerke budgetieren das seit vielen Jahren. Gut 2 Jahre haben wir uns darüber unterhalten in diesem GR, daß hier einmal etwas geschehen müßte! Ich kann mich nicht erinnern, daß irgendetwas geschehen wäre - außer einer Untersuchung, die nicht von uns aus veranlaßt wurde, sondern von den Ennskraftwerken beispielsweise. Und daß man uns seit vielen Jahren damit vertröstet, daß es vielleicht die Zentrale Wasserversorgungs-Unternehmen des Landes OÖ geben wird, die dann - der "rettende Engel" kommt herab - für die Sicherheit des Steyrer Trinkwassers sorgen wird. Das ist die stereotype Erläuterung des Problems. Denn die Sache passiert ja bitte nicht nur über Eintrag von Pestiziden, sondern die passiert, wie wir gesehen haben, über die Verunreinigungen, die entweder historisch oder vielleicht - was das Schlimmste wäre - noch gegenwärtig sind, und Folgen in vielen Millionenhöhen zur Gewährleistung der Trinkwasserqualität mit sich bringen. Weil wir Glück haben und es überhaupt können. Wir könnten ja Pech auch dabei gehabt haben, daß Prozesse vorgekommen sind, die wir nicht kontrollieren können. Das muß uns doch bitte klar sein!

Meine Damen und Herren, wir stehen - was die Trinkwasser-Versorgung betrifft - wirklich nur auf einem Bein. Ich bin für den Antrag der Freiheitlichen aus dem einen Blickwinkel nicht unfroh, weil er Gelegenheit gibt, über diese Notsituation zu reden, die die Stadt in der Tat hat - sie jedoch noch nicht erkennt, weil sie es sich noch leisten kann, Schöpfbrunnen zu schlagen; weil sie es sich Gott sei Dank noch leisten kann, die Reinigung vorzunehmen. Aber was machen wir bitte, wenn das Ende kommt? Hier liegt unsere Aufgabe; und nicht darin, sich darüber abzuspötteln, ob man jetzt einen Antrag so vom Tisch bringt oder nicht.

Laßt uns doch die Kraft finden, liebe Kolleginnen und Kollegen, wieder einmal über das wirklich Wichtige zu reden! Und es gibt kaum etwas Wichtigeres, als die Sicherheit der Wasserversorgung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Hr. StR Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR ULRIKE FUCHS VERLÄSST UM 20 UHR DIE SITZUNG.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR! Werter Hr. Bgm., Frau Vbgm.! Es ist genau derselbe Ablauf, wie bei der letzten GR-Sitzung. Da bemüht man sich in Sache "Grundwasser-Reinhaltung", da bemüht man sich überhaupt generell um unser Überlebensmittel "Wasser", und dann wird wieder plötzlich der Referent zitiert, der zuständig ist für das Wasserwerk - das ist sicherlich richtig. Da wird wieder der Referent zitiert und befragt, der auch Obmann des Wasserverbandes der Region Steyr ist.

Ich bin gerne bereit, meine Damen und Herren, das zu wiederholen, was ich das letzte Mal gesagt habe - auch aufgrund einer Anfrage von Dir, Koll. Holub -, was in den versch. Bereichen geschehen

ist. Gerne! Ich bin durchaus in der Lage, auch etwas länger darüber zu reden, wie ich es das letzte Mal gemacht habe. Ich möchte den GR wirklich nicht so lange aufhalten damit, aber es erscheint mir doch wichtig zu sein, einige Aufklärung zu geben in Bezug auf die Neuerschließung oder die Bemühung um Neuerschließung von neuen Grundwasserquellen.

Koll. Holub hat richtig gesagt, daß es auf der einen Seite die Bemühung der Ennskraftwerke gab oder noch gibt. Aber das darf ich auch in einem anderen Zusammenhang hier darlegen. Nämlich in dem Zusammenhang, daß von seiten des Vorstandes des Wasserverbandes die Bemühungen in die Richtung gegangen sind: Was kann man aus dem Gebiet Molln für Steyr machen? Hr. Bgm. selbst war mit dabei, als wir vergangenes Jahr - glaube ich, um das richtig zu sagen - bei Landesrat Achatz waren wegen diesem Problem, das wir hier in Steyr haben - nämlich auf dem einen Bein, auf dem wir stehen -, um ihm deutlich zu machen, daß es dringend notwendig ist, nach neuen Wasser-Erschließungen zu schauen. Die Situation ist eben so, daß aufgrund verschiedenster Überprüfungen, die noch stattfinden, es noch nicht auf dem Tisch liegt, ob eine Wasserversorgung aus dem Gebiet Molln für Steyr überhaupt möglich ist. Das hängt zusammen mit der Fließgeschwindigkeit des Wassers, und mit der damit in Verbindung stehenden Größenordnung hängt auch zusammen, daß man - wenn man diese Brunnenfelder erschließen möchte im Gebiet Molln - sehr wohl überlegen muß, inwieweit andere Bereiche dadurch in ihrer Umwelt geschädigt werden. Das ist keine Frage! Das ist im Laufen - bitte, dort geschieht sehr wohl etwas, aber ich kann eben als Referent auch nichts dafür, wenn versch. Begutachtungen und Überprüfungen eine gew. Zeit in Anspruch nehmen.

Hier hat es eben auch - Gott sei Dank - Überlegungen der Ennskraftwerke gegeben, aus versch. Bereichen Wasser für die Stadt Steyr zur Verfügung zu stellen. Aber hier hat sich inzwischen leider herausgestellt, daß dies aufgrund der Aufstauungen und der damit in Verbindung stehenden möglichen Wasserverunreinigungen nicht möglich ist.

Das kann ich aus meinem Wissensstand dem GR weitergeben. Ich habe auch eine Reihe von Unterlagen schriftlicher Art mit, wo ich mich bemüht habe, in der Frage "Wasserversorgung Molln" entspr. Beschleunigung zu erwirken. Aber es ist leider bis jetzt nicht anders gegangen, es finden - wie gesagt - noch Untersuchungen statt.

Eines möchte ich schon noch klarstellen: Es kann nicht so weitergehen, daß immer und bei jeder Gelegenheit der Referent hierher zitiert wird, und es dann so dargelegt wird, als sei der Referent schuld daran, daß nichts geschieht - nur, um einen Antrag, der einem unangenehm ist, irgendwo in Abrede stellen zu können oder dem das Gewicht nehmen zu können. So kann es ja auch nicht sein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

Zur Wasserversorgung möchte ich vielleicht noch ergänzen, daß wir ja damals, als diese Gefahr in Verzug war, wieder einen Vorstoß mehr gemacht haben beim zuständigen Landesrat, Hrn. Dr. Achatz. Wir haben ihm und seiner Beamtschaft unsere Besorgnisse vorgetragen und den Wunsch und die Forderung geäußert, hier ein "zweites Bein" - das ist nämlich der Punkt an der Sache - zu installieren, weil nicht das Volumen alleine, über welches wir lange Zeit sehr glücklich waren, ausreichend ist für eine saubere Wasserqualität, sondern hier Verunreinigungen auftreten können, die uns in die ärgste Situation bringen könnten.

Dort wurde vereinbart, daß ein Arbeitskreis gebildet wird zw. dem Land OÖ, den Ennskraftwerken, die wir auch ins Spiel gebracht haben, und der Stadt. Ich muß allerdings sagen, daß die Initiativen an sich nicht vorhanden sind in der ausreichenden Weise - ich spüre hier sehr wenig.

Ich habe erst vorgestern bei der Aufsichtsrats-Sitzung der EKW - weil ich dort ehrenamtl. Aufsichtsrats-Vorsitzender bin - dieses Thema wieder im Arbeitsausschuß und auch im Aufsichtsrat zur Sprache gebracht. Ich habe hier auch von den Vertretern der "Mütter" - links und rechts -, nämlich Verbundgesellschaft und OKA - wo jetzt ein neuer Generaldirektor bei der Generalversammlung gewählt wurde in den Aufsichtsrat der EKW -, Zustimmung erhalten, daß es sich dabei um ein Geschäftsfeld handelt, dem die EKW nachgehen will.

Ich persönlich vertrete die Auffassung - und ich wäre glücklich, wenn sich der hohe GR in diesem Fall einmal meiner Meinung anschließen würde -, daß wir versuchen sollten, eine Gesellschaft zu bilden mit der EKW, mit dem Land und unter Einschluß der Stadt. Eine Gesellschaft, die sich mit diesem speziellen Problem "Wasserversorgung für die Stadt und für die Region" - Aufbau eines "zweiten Standbeines" für diese Versorgung - beschäftigen sollte. Ansonsten, meine Damen und Herren, können wir nämlich möglicherweise noch 5 oder 10 Jahre offensichtlich einen Budgetansatz von 1 Mill. S für die Landes-Trinkwasser-Versorgung Molln vorsehen. Einmal könnte das aber sehr viel zu spät sein!

Daher wäre ich wirklich dafür und würde mich freuen, wenn es ein Plazet gibt. Wir können noch einmal in Ruhe darüber reden. Ich weiß auch nicht die genaue Konstruktion, aber nur so sehe ich eine Chance, daß wir auf diesem Gebiet wirklich weiter kommen.

Gibt es noch eine Wortmeldung zum Antrag? Nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Auch nicht der Fall.

Das ist jetzt eine ganz "nette" Situation, wo wir normalerweise über den Antrag gar nicht abstimmen lassen dürften - nach der Rechtsmeinung. Wenn Sie aber den Antrag unter diesen Umständen aufrecht erhalten, Hr. Dr. Pfeil, und hier die Meinung vorherrschend ist - auch von anderen -, man sollte darüber abstimmen, dann werden wir das tun. Für mich ist ja nicht das formelle Prozedere so bedeutsam, obwohl der Antrag ungültig sein wird - wenn wir eine Rechtsauskunft dazu einholen und unsere Juristen uns richtig Auskunft gegeben haben, und diese Meinung bestätigt wird -, sondern für mich ist eigentlich die inhaltliche Diskussion von entscheidender Bedeutung.

Jetzt stellt sich die Frage, ob wir über den Antrag abstimmen. Meinungen wurden gebildet, wir können das auf jeden Fall dann auch im StS nachvollziehen. In der Zwischenzeit können wir Rechtsauskunft einholen. Die Diskussion selbst war interessant, und unterschiedl. Positionen wurden eingebracht.

Wenn Sie einverstanden sind, stimmen wir über den Antrag der Freiheitlichen ab. Ich stelle die Frage, wer für diesen Antrag stimmt? 9 Pro-Stimmen (7 FP, 2 GAL). Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Wer stimmt gegen diesen Antrag? 18 Gegenstimmen (SP + VP). Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir werden aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Rechtsauskunft einholen über dieses Thema, weil ich nicht gerne bei jeder dritten GR-Sitzung über solche formale Vorgangsweisen sehr lange, heftige Debatten haben möchte.

Damit ist dieser Punkt abgehandelt. Es war der letzte Antrag des Koll. Tatzreiter, dem ich herzlich danke. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR Dkfm. Zagler.

BERICHTERSTATTER STR. DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich habe Ihnen bei drei Anträgen insgesamt 6 Kreditüberschreitungen vorzuschlagen. Und zwar deswegen 6, weil sie jeweils einnahmenseitig und auch ausgabenseitig zu budgetieren sind.

Es handelt sich bei allen 3 Anträgen um die Weiterleitung von Bedarfszuweisungsmitteln des Landes OÖ. - in Punkt Nr. 24) um 1,333.400 Schilling als Weiterleitung an das FAZAT, 2. Ausbaustufe, II. Bauetappe 1995; von einem Gesamtvolumen von rd. 37 Mill. S.

Ich bitte um Zustimmung.

24) Gem-Erl.-87/93 Bedarfszuweisungsmittel f. das FAZAT - Forschungs- u. Ausbildungszentrum f. Arbeit u. Technik (2. Ausbaustufe); Weiterleitung einer Landesförderung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen v. 2. März 1995 wird der Weiterleitung der vom Land OÖ gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von S 1,333.400,-- an das FAZAT - Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik zur Errichtung der 2. Ausbaustufe zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VASSt 5/2890/777000.2 für das Rechnungsjahr 1995 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von S 1,333.400,-- genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch eine Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen Antrag - wird das Wort gewünscht? Nachdem dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Bei Punkt Nr. 25) geht es um Bedarfszuweisungsmittel für den Oö. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr. Es handelt sich ebenfalls um eine Weiterleitung der Landesförderung.

Kreditüberschreitung auf der Ausgabenseite und auf der Einnahmenseite bei den Bedarfszuweisungsmitteln in Höhe von 300.000 Schilling.

Ich bitte um Zustimmung.

25) Gem-Erl.-87/93 Bedarfszuweisungsmittel f. den Oö. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Weiterleitung einer Landesförderung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen v. 29. März 1995 wird der Weiterleitung der vom Land OÖ gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von S 300.000,-- an den Oö. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr, für die Erneuerung der Zwischenwände und zum Ankauf einer Außentüre, eines Fleischwolfes und einer Tiefkühltruhe, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VASSt 1/5810/777000.6 für das Rechnungsjahr 1995 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von S 300.000,-- genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch eine Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr - wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Bei Punkt Nr. 26) geht es um eine Weiterleitung einer Bedarfszuweisung als Landesförderung an den SK Vorwärts Steyr in Höhe von 400.000 Schilling für den Ausbau des Dachgeschosses im Kabinengebäude.

Ich bitte um Zustimmung.

26) Ha-3719/90 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention v. S 400.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Schule und Sport v. 28. März 1995 wird dem SK Vorwärts Steyr eine Subvention als Weiterleitung einer vom Land OÖ bewilligten zweckgebundenen Bedarfszuweisung für den Ausbau des Dachgeschosses des Kabinengebäudes in Höhe von S 400.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 400.000,-- bei der VASt 5/ 2624/777000.5 in Form einer Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den Bedarfszuweisungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Hr. Koll. Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Wir haben seinerzeit die Bürgschaft beschlossen, und ich habe in meinem Kurzreferat den Hrn. Sportreferent und auch den Hrn. Finanzreferent ersucht, alle Schritte zu unternehmen, daß das Risiko für die Stadt möglichst gering gehalten wird.

Ich möchte ganz kurz Auskunft von einem der beiden Herren, wie der Verein "Vorwärts" kontrolliert wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte, Hr. Finanzreferent, das ist Dein Antrag. Dann haben wir gleich die Antwort und das Schlußwort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

An und für sich wollte ich auf das Schlußwort verzichten, weil ich angenommen habe, daß hier die Zustimmung gegeben wird. Über die Kontrolle ist ja in diesem Vertrag, der mit Vorwärts abgeschlossen wurde, beinhaltet, daß ein Mitarbeiter unseres Hauses die Kontrollfunktion ausübt.

Es ist damals zumind. bei der Budget-Klausur unter den Fraktions-Obmännern vereinbart worden, daß Hr. Dr. Gottlieb-Zimmermann diese Rolle annimmt. Ich glaube, das ist auch in der Zwischenzeit geschehen.

Ich darf aber andererseits sagen, daß auch der Direktor der Raika Sierning, Hr. Lumplecker, in einer Kontrollfunktion bei SK Vorwärts fungiert. Das hat aber mit dem Antrag an und für sich nichts zu tun.

Ich bitte, die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ist die Antwort ausreichend?

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Danke, ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist erschöpft. Wir haben heute Beschlüsse gefaßt über Ausgaben von 42,121.600 Schilling.

Ich darf fragen, ob zur Aktuellen Stunde ein Thema gewünscht wird? SPÖ? Nicht der Fall. FPÖ-Fraktion? Nein. ÖVP-Fraktion? Auch nicht der Fall. Die Grünen? Auch nicht.

Danke sehr. Die Sitzung ist geschlossen. Ich bedanke mich für die Teilnahme.

ENDE DER SITZUNG: 20.18 UHR